

Bericht des Landesvolksanwaltes

an den Vorarlberger Landtag
gemäß Artikel 59 Absatz 6
der Vorarlberger Landesverfassung
über seine Tätigkeit im Jahre

2004

61.Beilage im Jahre 2005 zu den Sitzungsberichten
des XXVIII. Vorarlberger Landtages

Landesvolksanwalt von Vorarlberg
Dr. iur. et phil. Felix Dünser
Jur. Mitarbeiter: Dr. iur. Josef Scherer
Büro: Hannelore Vonach, Rosmarie Streibl
Römerstraße 14, 6900 Bregenz
T 05574 47027
F 05574 47028
buero@landesvolksanwalt.at
www.landesvolksanwalt.at
Sprechstunden:
Montag – Freitag jeweils 8 –12 und
14 – 16.30 Uhr; Dienstag bis 18 Uhr
Vorankündigung empfohlen



Vorwort

Seit nahezu 20 Jahren gibt es in Vorarlberg einen Landesvolksanwalt. Die Büroräumlichkeiten und die Mitarbeiterzahl sind trotz des deutlich gestiegenen Arbeitsanfalls gleich geblieben. Auch wenn unter diesen Umständen aufwändige Verfahren nicht immer so schnell erledigt werden konnten wie erhofft, wurde mit entsprechendem Arbeitseinsatz der Großteil aller Anliegen doch in vertretbarer Zeit bearbeitet und abgeschlossen. Für ihr Engagement möchte ich mich vor allem bei meinen MitarbeiterInnen bedanken.

Wenn in weiterer Folge in diesem Bericht geschlechtsspezifische Bezeichnungen verwendet werden, gelten diese grundsätzlich für Männer und Frauen.

Geändert haben sich manche Rahmenbedingungen. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union gehören gemeinschaftsrechtliche Regelungen zum Rechtsbestand, an dem die Verwaltung ebenfalls zu messen ist. Unter dem Schlagwort des „Bürgerservice“ hat sich die Einstellung der Bürger zur „Obrigkeit“ verändert, aber auch (zum Positiven) die der meisten Mitarbeiter der Verwaltung zu den Bürgern. Nicht nur die Einhaltung der Gesetze, auch der Umgang mit dem Bürger und die in den letzten Jahren entwickelten Grundsätze einer „guten Verwaltung“ gehören zum Prüfmaßstab des Landesvolksanwaltes.

Die Beachtung der Menschenrechte ist nicht nur eine Aufgabe der – oft als Menschenrechtskommissare bezeichneten – Ombudsleute in neuen Demokratien und schwachen Rechtsstaaten. Der bindende Charakter und das weite Konzept der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie die Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Grundrechte macht alle Ombudseinrichtungen zu Menschenrechts-Institutionen, auch wenn dies (wie in Vorarlberg) im Gesetz nicht erwähnt wird.

Im Gesetz nicht ausdrücklich als Aufgabe des Landesvolksanwaltes genannt ist auch die Vermittlung zwischen Staat und Bürger. Im französischen Sprachraum werden Ombudsleute als „mediateur“ bezeichnet. In der täglichen Praxis geht es oft weniger um die Feststellung von Rechtsverletzungen als um die Vermittlung und Lösung von Konflikten zwischen Behörden und Bürgern.

Die Aufgabenstellung des Landesvolksanwaltes ist dadurch vielfältiger und interessanter, mitunter auch schwieriger geworden. Ich hoffe, dies in diesem Tätigkeitsbericht im Überblick sowie anschaulich an Einzelfällen darstellen zu können.

Bregenz, im September 2005

DDr Felix Dünser, Landesvolksanwalt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Inhaltsverzeichnis	4
Abkürzungen.....	6
1. Allgemeiner Teil	7
1.1. Rechtsgrundlagen	7
1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes	7
1.1.2. Zuständigkeit	7
1.1.3. Aufgaben.....	7
1.2. Büro, Mitarbeiter und Bürgerkontakte	8
1.2.1. Vorsprachen und Telefonate	9
1.2.2. Form der Kontaktaufnahme	9
1.2.3. Persönliche Merkmale der Klienten	10
1.2.4. Herkunft der Klienten	10
1.2.5. Sprechtage und Ortsaugenscheine	11
1.3. Institutionelle Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit	11
1.3.1. Vorarlberger Landtag	11
1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen	11
1.3.3. Internationale Kontakte.....	12
1.3.4. Öffentlichkeitsarbeit	12
1.4. Geschäftsanfall	13
1.4.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr	13
1.4.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung	13
1.4.3. Betroffene Gebietskörperschaften und Behörden	14
1.5. Erledigung der Misstandsprüfungen	15
1.6. Aufteilung der Fälle nach Rechtsmaterien	16
1.7. Arbeitsschwerpunkte	18
1.7.1. Bauverfahren.....	18
1.7.2. Raumplanung	18
1.7.3. Straßenrecht, Straßenpolizei	18
1.7.4. Sozialhilfe	19
1.7.5. Wohnbauförderung und andere Beihilfen	19
1.7.6. Gemeindeverwaltung und Gemeindeabgaben	19
1.7.7. Verwaltungsstrafrecht.....	20
1.7.8. Dienstrecht.....	20
1.8. Verfahrensdauer	20
2. Besonderer Teil	21
2.1. Anregungen zur Gesetzgebung	21
2.1.1. Ausübung des Wahlrechtes auch bei Aufenthalt außerhalb Vorarlbergs.....	21
2.1.2. Änderung oder Abschaffung des Kriegsofferabgabegesetzes	21

2.2.	Anregungen zur Verwaltung	22
2.2.1.	Kostenbeiträge für die Unterbringung von Menschen mit Behinderung überdenken.....	22
2.2.2.	Beim Sozialhilferückersatz künftigen Erhaltungsaufwand berücksichtigen	23
2.2.3.	Keine Einrechnung der Wohnbeihilfe als Einkommen beim Heizkostenzuschuss	23
2.3.	Anträge auf Verordnungsprüfung durch den Verfassungsgerichtshof.....	24
2.3.1.	Hochwertige Landwirtschaftsflächen für Golfplatz umgewidmet	24
2.3.2.	Sägewerk: Mehr als 20 Jahre lang Gesundheitsgefährdung ignoriert	26
2.3.3.	Kerngebietswidmung für Einkaufszentrum als Geheimsache	27
2.4.	Förmliche Empfehlungen	28
2.4.1.	Verzicht auf Wahlempfehlungen in Rundbriefen der Gemeinde	28
2.4.2.	Keine Vorschreibung von Selbstbehalten für den Schulbesuch in Nachbargemeinde.....	29
2.4.3.	Über Berechnung des Tourismusbeitrages korrekt informieren.....	30
2.4.4.	Überprüfung der Wohnbeihilferichtlinien im Sinne des Gender Mainstreaming.....	30
2.5.	Berichtenswertes aus der Landesverwaltung	33
2.5.1.	Getrennt lebende Eheleute gibt es für die Landesregierung nicht	33
2.5.2.	Seltsame Rechenkunststücke der Wohnbeihilfenstelle	33
2.5.3.	Wohnbeihilfe abgelehnt, obwohl Ausgleichszahlung nicht einbringlich ist.....	34
2.5.4.	Wohnbeihilfe für zweifache Mutter wegen Aufnahme eines Studiums abgelehnt	34
2.5.5.	Wohnbauförderung gekürzt, weil Hausanteil zu früh übergeben	35
2.5.6.	Wegen Sozialhilfe-Antrag mit Abschiebung bedroht	35
2.5.7.	Sozialhilfeanspruch falsch berechnet	36
2.5.8.	Förderung privater Trinkwasseranlage doch noch ermöglicht	36
2.5.9.	Illegale Abfalldeponie – Behörde schaut jahrelang zu.....	37
2.5.10.	11 Jahre für Berufsentscheidung zu Verwendungsänderung eines Kellerabteils.....	37
2.5.11.	Auch für Gartenhütte aus dem Baumarkt gilt das Baugesetz	38
2.5.12.	Nach einem Fest betrunken Rad fahren kam Schüler teuer zu stehen	39
2.5.13.	Ratenzahlung ist dem Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe vorzuziehen	39
2.6.	Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden.....	40
2.6.1.	Der verschwundene Parkplatz – Entschädigungslose Enteignung	40
2.6.2.	Bebauungsplan und Bausperre für projektierte Wohnanlage gefordert	41
2.6.3.	Erst nach Einschaltung des Staatsanwaltes Baubescheid erlassen	43
2.6.4.	Auch ausnahmsweise keine Ausnahmegenehmigung für Ausbau der Terrasse.....	44
2.6.5. aber großzügige Ausnahmegenehmigung für Wohnanlage	45
2.6.6.	Wenig Nachbarrechte bei Errichtung von Handymasten.....	46
2.6.7.	Handymast vor der Landesbibliothek vorläufig verhindert	47
2.6.8.	Recht auf Schulbesuch auch bei Nebenwohnsitz	48
2.6.9.	Der Wunschkinderkarten kann doch noch besucht werden	48
2.6.10.	Durch Schneeräumung entstandener Schaden wurde doch noch ersetzt.....	49
2.6.11.	Nach Grundstückskauf von Kanalschließungsbeitrag überrascht	49
2.6.12.	Ungerechtfertigte Vorschreibung von Kanalbenützungsgebühren.....	50
2.6.13.	Gemeindeabgaben rechtswidrig durch Inkassobüro eingetrieben	51
2.6.14.	Übereifrige und ordnungswidrige Vorschreibung von Friedhofsgebühren.....	51
2.6.15.	Anbringung eines Sterbebildes auf der Grabplatte verboten.....	52
3.	Anhang: Gesetzliche Grundlagen	53
3.1.	Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug)	53
3.2.	Gesetz über den Landesvolksanwalt	54

Abkürzungen

AbgVG	Abgabenverfahrgesetz
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs ()	Absatz
aMP	amtswegige Missstandsprüfung (AZ)
AnGe	Anregungen zur Gesetzgebung (AZ)
AnVe	Anregungen zur Verwaltung (AZ)
Art	Artikel
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AuBe	Auskunft und Beratung (AZ)
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
AZ	Aktenzeichen
BauG	Baugesetz
BGBL	Bundesgesetzblatt
BH	Bezirkshauptmannschaft
bMP	beantragte Missstandsprüfung (AZ)
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
EKZ	Einkaufszentrum
EO	Empfehlungen an oberste Organe (AZ)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
FAG	Finanzausgleichsgesetz
G	Gesetz
GBedG	Gemeindebedienstetengesetz
GEG	Gerichtliches Einbringungsgesetz
GV	Gemeindevertretung
GVG	Grundverkehrsgesetz
GV-LK	Grundverkehrslandeskommission
idF, idgF	in der Fassung, in der geltenden Fassung
iVm	in Verbindung mit
KanalG	Kanalisationsgesetz
Kap	Kapitel
LGBL	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
lit	litera (Buchstabe)
L-PGG	Landes-Pflegegeldgesetz
LReg	Landesregierung
LV	(Vorarlberger) Landesverfassung
LVA	Landesvolksanwalt
LVA-G	Gesetz über den Landesvolksanwalt
PA	Patientenanwalt, Patientenangelegenheiten (AZ)
RPG	Raumplanungsgesetz
S	Seite, Sonderregister (AZ)
SH, SHG	Sozialhilfe, Sozialhilfegesetz
StrG	(Vorarlberger) Straßengesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VGKK	Vorarlberger Gebietskrankenkasse
VO	Verordnung
VP	Verordnungsprüfung (AZ)
VStG	Verwaltungsstrafgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof

1. Allgemeiner Teil

1.1. Rechtsgrundlagen

Die **verfassungsrechtliche Grundlage** für die Einrichtung des Landesvolksanwaltes von Vorarlberg wurde mit der Landesverfassung 1984 geschaffen (Art 59, 60 und 61 LV). Die **Unabhängigkeit**, auch gegenüber allen politischen Institutionen, wird durch die **6-jährige Amtsperiode** ohne Abwahlmöglichkeit und die weitgehende **organisatorische Selbständigkeit** (Einrichtung des Büros, Bestellung der Mitarbeiter, Verfügung über Haushaltsmittel) gestärkt. Nähere Regelungen enthält das **Gesetz über den Landesvolksanwalt**, LGBl Nr 29/1985 idgF. Die angeführten Artikel der Landesverfassung sowie das Gesetz über den Landesvolksanwalt sind im Anhang (Kap. 3) wiedergegeben.

1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes

Der LVA wird vom **Landtag** mit einer **Mehrheit von $\frac{3}{4}$** der abgegebenen Stimmen gewählt, einzige Voraussetzung ist die Wählbarkeit zum Landtag. Eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig, bei Verhinderung der Amtsausübung durch mehr als 6 Monate erfolgt eine Neuwahl. Mit der Novelle zum Gesetz über den Landesvolksanwalt LGBl Nr 14/1987 wurde die **öffentliche Ausschreibung** und die **Anhörung** der zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber im **Volksanwaltsausschuss** festgelegt (§ 6a). Am 30.10.1985 wurde **MMag Dr Nikolaus Schwärzler** zum ersten LVA von Vorarlberg gewählt und 1991 für eine zweite Amtsperiode wieder gewählt. Seit 30.10.1997 ist **DDr Felix Dünser** LVA von Vorarlberg, welcher am 08.10.2003 für eine zweite Amtsperiode (bis 29.10.2009) wieder gewählt wurde.

1.1.2. Zuständigkeit

Der LVA wird bestellt zur **Beratung** der Bürger und **Prüfung ihrer Beschwerden** betreffend die **Verwaltung des Landes**. Dazu gehören gemäß § 2 Abs 5 LVA-G:

- Alle Verwaltungsangelegenheiten des **selbständigen Wirkungsbereiches des Landes** einschließlich der Tätigkeit des Landes als **Träger von Privatrechten**, die von Organen des Landes selbst oder von **anderen Rechtspersonen** im Auftrag des Landes besorgt werden;
- die Angelegenheiten des **eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden**, soweit er Angelegenheiten aus dem Bereich der Landesvollziehung umfasst, und die Tätigkeit der Gemeinden als **Träger von Privatrechten**.

Keine Zuständigkeit besteht für **privatrechtliche** sowie für Angelegenheiten der **Bundesverwaltung** einschließlich der mittelbaren Bundesverwaltung, auch wenn diese durch Landesbehörden wahrgenommen werden. Der LVA leitet Anregungen und Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die in Betracht kommenden Organe, etwa die Volksanwaltschaft, weiter (Art 59 Abs 5 LV).

1.1.3. Aufgaben

Auskunft und Beratung: Der LVA hat jeden, der dies verlangt, in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen (Art 59 Abs 2, 1.Fall LV, § 2 Abs 1, 1. Satz LVA-G).

Anregungen zu Gesetzgebung und Verwaltung: Jedermann kann beim LVA Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen (Art 59 Abs 2, 2. Halbsatz LV). Der LVA hat diese entgegen zu nehmen und Anregungen betreffend die **Gesetzgebung** des Landes an den **Landtag** weiter zu leiten. Anregungen betreffend die Verwaltung des Landes sind an die **Landesregierung**, in Angelegenheiten der Gemeinden an den **Gemeindevorstand** weiter zu geben (§ 3 Abs 5 LVA-G).

Beantragte Missstandsprüfung: Jedermann kann sich beim LVA wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und soweit ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede solche Beschwerde ist vom LVA zu prüfen und dem Beschwerdeführer das Ergebnis mitzuteilen (Art 59 Abs 3 LV, § 2 Abs 2 LVA-G).

Amtswegige Missstandsprüfung: Der LVA ist berechtigt, von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen (Art 59 Abs 4 LV, § 2 Abs 3 LVA-G).

Empfehlungen an oberste Organe: Der LVA kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung anlässlich einer Prüfung Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte **Misstand** soweit als möglich **beseitigt** und künftig **vermieden** werden kann. Dieses hat den Empfehlungen möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten zu entsprechen und dies dem LVA mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird (Art 60 Abs 1 LV, § 3 Abs 2 LV-G).

Ratschlag an die Allgemeinheit: Der LVA kann in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch Ratschläge an die Allgemeinheit richten (§ 2 Abs 1, 2. Satz LVA-G).

Anrufung des Verfassungsgerichtshofes: Auf Antrag des LVA erkennt der VfGH über die **Gesetzwidrigkeit von Verordnungen**, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind (Art 60 Abs 2 LV), auf Antrag der Landesregierung oder des LVA auch über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem LVA und der Landesregierung über die **Zuständigkeit** des LVA (Art 60 Abs 3 LV). Die bundesverfassungsrechtliche Grundlage zur Anrufung des VfGH findet sich in Art 148i iVm Art 148e und 148f B-VG.

1.2. Büro, Mitarbeiter und Bürgerkontakte

Das **Büro** des LVA befindet sich in verkehrsgünstiger Lage gegenüber dem Vorarlberger Landhaus, an der Ausstattung hat sich im Berichtszeitraum nichts Wesentliches geändert.

Auch der **Personalstand** mit einem **juristischen Mitarbeiter** und zwei Mitarbeiterinnen im **Sekretariat** ist gleich geblieben. Dank des großen Engagements der Mitarbeiter konnten trotz des in den letzten Jahren gestiegenen Arbeitsanfalles die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in vertretbarer Zeit geprüft und erledigt werden. Viele Bürger wenden sich in Notlagen und oft in Unkenntnis der Aufgaben an das Sekretariat des LVA, welches daher für viele Menschen **erster Ansprechpartner** ist.



Das Team des Landesvolksanwaltes

1.2.1. Vorsprachen und Telefonate

Neben **262** vereinbarten **Terminen** im Büro und **47 Sprechtagsterminen** gab es **159 Vorsprachen** ohne Termin, vorwiegend von Männern (107) und aus dem Bezirk Bregenz. Manche Anliegen lagen außerhalb der Zuständigkeit, wie Probleme mit Privatrecht (36), Steuern (4) und Sozialversicherungen (6).

Zusätzlich zu den Telefonaten des LVA und des juristischen Mitarbeiters wurden im Sekretariat **2453 Anrufe** registriert (55 % männliche Anrufer). Auch viele dieser Anliegen lagen außerhalb der Zuständigkeit und betrafen unter anderem Familienrecht (20), Mietrecht (17), Erbrecht (16), Sachwalterschaft (10), Arbeitsrecht (9) und sonstige privatrechtliche Fragen (276), insbesondere Konsumentenprobleme.

Im **Auskunftsdienst** werden Besucher und Anrufer von den Mitarbeiterinnen grundsätzlich **nicht ab-, sondern** an die zuständige Behörde oder Rechtseinrichtung **weiter verwiesen**. 405 Bürger wurden auf die Amtstage bei Gericht oder die (unentgeltliche) Beratungsmöglichkeit bei Rechtsanwälten, 10 auf den Patientenanwalt, 45 auf die Konsumentenberatung der Arbeiterkammer und 23 auf andere Beratungsstellen hingewiesen.

Zahlreiche Anrufe betrafen Angelegenheiten der **Bundesverwaltung** wie Sozialversicherung und Pensionen (53), Führerschein (15), Fremden- (17), Kraftfahr- (7) und Wasserrecht (6), die Gewerbeordnung (5) sowie Steuern und Bundesabgaben (31). 145 Anrufer und 14 Besucher wurden an die **Volksanwaltschaft** des Bundes verwiesen. In 20 Fällen waren Gerichtsurteile, in 6 Fällen Exekutivbeamte und in 11 Fällen Rechtsanwälte und ihre Kostennoten Anlass für Anfragen und Beschwerden.

1.2.2. Form der Kontaktaufnahme

Maßgebend für die Zuordnung ist die **Erstinformation**, die zur Einleitung des Verfahrens führt (nicht schon eine Terminvereinbarung). Erfolgt dies aufgrund eines Telefonates, ist dies maßgebend, auch wenn noch Briefe, Besprechungen oder Augenscheine folgen. Jeder Akt wird einer Kategorie zugeordnet. Nahezu $\frac{3}{4}$ der Verfahren wurden aufgrund eines **mündlichen Vorbringens** eingeleitet, häufiger nach persönlichen Vorsprachen als bereits beim ersten telefonischen Kontakt.

Trotz einer größeren Zahl von Briefen und E-Mails ist der Anteil des schriftlichen Vorbringens etwas zurückgegangen, da sich die Zahl der nach einem Telefax eingeleiteten Verfahren halbiert hat.

Tabelle 1: Anlass zur Einleitung des Verfahrens	Anzahl	Prozent
Persönliche Vorsprache im Büro	252	34,3
Vorsprache bei auswärtigem Sprechtag	47	6,4
Telefonat mit Beratung und Information	243	33,0
Summe mündliches Vorbringen	542	73,7
Briefliche Beschwerde oder Ersuchen	83	11,3
Beschwerde oder Ersuchen per Telefax	26	3,7
Beschwerde oder Ersuchen per E-Mail	68	9,2
Summe schriftliches Vorbringen	178	24,2
Überwiesen von VA oder anderer Institution	8	1,1
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	7	1,0
Gesamtsumme	735	100

1.2.3. Persönliche Merkmale der Klienten

Bürger wenden sich überwiegend mit **privaten Anliegen** und Problemen an den LVA. Trotz des Rückganges an Fällen waren darunter **mehr Klientinnen** als im Vorjahr (268 statt 231, 36,5 statt 29,9% im Jahre 2003), während wesentlich weniger Männer den LVA angerufen haben (2003: 359 bzw 46,5%).

Es nehmen jedoch auch Vertreter von **Sozialinstitutionen, Bürgerinitiativen, Unternehmen und Behörden** die Dienste des LVA in Anspruch.

Tabelle 2: Profil der Beschwerdeführer und Klienten	Anzahl	Prozent
Privatperson, männlich	304	41,3
Privatperson, weiblich	268	36,5
Ehepaar, Familienangehörige gemeinsam	77	10,5
Gruppe von Privatpersonen (Miteigentümer, Nachbarn, ..)	16	2,2
Unternehmen, Unternehmensvertreter	15	2,0
Bürgerinitiativen, wahlwerbende Gruppen	18	2,4
Sozialinstitutionen, Sozialarbeiter	19	2,6
Behörden, öffentlich rechtliche Körperschaften, deren Vertreter	11	1,5
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	7	1,0
Insgesamt	735	100

1.2.4. Herkunft der Klienten

Sieht man von amtswegig eingeleiteten Verfahren, landesweiten Institutionen sowie Personen ab, deren Wohnort nicht zugeordnet werden konnte, wohnten in **Vorarlberg 677**, in anderen österreichischen **Bundesländern 12** und im europäischen **Ausland 7** Klienten.

Nur aus dem politischen **Bezirk Feldkirch** stammen mehr Klienten als im Vorjahr, dadurch liegt deren Anteil im Berichtsjahr etwas **höher** als dies dem Bevölkerungsanteil entspricht. In allen anderen Bezirken – erstmals auch im Bezirk Bregenz mit dem Sitz des LVA – liegt der Anteil der Klienten geringfügig unter dem Bevölkerungsanteil; insgesamt ergibt sich aber auch 2004 wieder eine relativ **gleichmäßige Verteilung**.

Tab. 3: Regionale Herkunft (Bezirk)	Bevölkerung (31.12.2003)		Beschwerdeführer / Klienten	
	Personen	Prozentanteil	(gerundet)	Personen
Bludenz	68.529	18,2 %	17,9 %	121
Bregenz	128.860	34,4 %	33,2 %	225
Dornbirn	79.391	21,1 %	20,5 %	139
Feldkirch	98.763	26,3 %	28,4 %	192
Vorarlberg gesamt	375.543	100 %	100 %	677

Nicht nur aus den bevölkerungsreichsten Regionen **Rheintal (455)**, **Walgau (56)** und **Bregenzerwald (51)** finden Bürger den Weg zum LVA, sondern auch aus **kleineren Talschaften** wie dem Brandnertal (5), dem Großen (9) und dem Kleinen Walsertal (5), dem Leiblachtal (29) sowie der Region Klostertal/ Arlberg (17).

Im Vergleich zum Bevölkerungsanteil **überrepräsentiert** ist wiederum das **Montafon** mit 50 Klienten (7,4% gegenüber einem Bevölkerungsanteil von 4,7%), unterrepräsentiert in diesem Jahr hingegen der **Walgau** (8,3% an Klienten bei einem Bevölkerungsanteil von 13,3%) .

1.2.5. Sprechtage und Ortsaugenscheine

Vom LVA und dem juristischen Mitarbeiter wurden **10 Ortsaugenscheine** und **17 auswärtige Besprechungen** durchgeführt. Darüber hinaus stand der LVA auch bei den **Sprechtagen der Volksanwälte** des Bundes für Auskünfte und Beschwerden zur Verfügung.

Tabelle 4: Sprechtage der Volksanwälte in Vorarlberg

Datum	Ort	LVA mit Volksanwalt
22.03.2004	BH Feldkirch	Dr Peter Kostelka
22.03.2004	BH Bludenz	Dr Peter Kostelka
23.03.2004	BH Dornbirn	Dr Peter Kostelka
23.03.2004	Bregenz, Büro LVA	Dr Peter Kostelka
02.08.2004	Bregenz, Büro LVA	Rosemarie Bauer
03.08.2004	BH Bludenz	Rosemarie Bauer
08.11.2004	BH Feldkirch	Mag Ewald Stadler
08.11.2004	BH Bludenz	Mag Ewald Stadler
09.11.2004	Bregenz, Büro LVA und LReg	Mag Ewald Stadler
09.11.2004	BH Dornbirn	Mag Ewald Stadler

1.3. Institutionelle Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit

1.3.1. Vorarlberger Landtag

Vermutlich bedingt durch die Landtagswahl sowie das Erscheinen des Tätigkeitsberichtes 2003 erst im Jänner 2005 fand im Jahre 2004 nur eine Sitzung des **Volksanwaltsausschusses** statt. Unter Leitung der neuen Ausschussvorsitzenden Dr Elke Sader berichtete der LVA am 09.12.2004 über die eingeleiteten und abgeschlossenen **Prüfungsfälle**. Schwerpunkte bildeten die Stellungnahme zum Entwurf eines **Antidiskriminierungsgesetzes**, in dem der LVA als Anlaufstelle vorgesehen ist, sowie die rechtswidrige Vorschreibung von **Schulerhaltungsbeiträgen** durch mehrere Gemeinden.

Einer guten Tradition folgend nahm der LVA regelmäßig an den **Plenarsitzungen** des Vorarlberger Landtages teil. Für die **Unterstützung** der Tätigkeit, aber vor allem das **offene Ohr** für die Anliegen des LVA darf ich den Präsidenten sowie den Mitgliedern des Landtages **danken**.

Mit Trauer und Bestürzung musste der LVA das überraschende Ableben von **Landtagspräsident Manfred Dörler** im Juli 2004 zur Kenntnis nehmen. Sein soziales Engagement, seine großen Leistungen zur Gestaltung des Sozialwesens in Vorarlberg und seine Offenheit bleiben in Erinnerung. Besonders dankbar ist der LVA für die Unterstützung, die er ihm bei der Erfüllung seiner Aufgabe angedeihen ließ.

Nicht mehr der Wahl gestellt hat sich der längst dienende Abgeordnete des Landtages, **Klubobmann Dr Günther Keckeis**. Ihm darf ich für die Unterstützung der Tätigkeit und der Anliegen des LVA danken, vor allem in den letzten Jahren als Vorsitzender des Volksanwaltsausschusses.

1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen

Nicht nur mit dem Landtag, sondern auch mit den meisten **Behördenvertretern** des Landes, der Gemeinden und des Bundes besteht eine gute und meist **problemlose Zusammenarbeit**. Angesichts der sich aus den Aufgaben des LVA ergebenden **Auffassungsunterschiede** ist ein guter Kontakt mit allen Behörden wichtig.

Persönliche Gespräche mit Regierungsmitgliedern, Bürgermeistern, Behördenleitern und Sachbearbeitern sind oft **informativer** als langwierige Korrespondenzen und helfen manchen **Konflikt** leichter zu **lösen**. Eine sehr gute kollegiale Zusammenarbeit besteht auch mit der **Volksanwaltschaft** des Bundes, dem **Tiroler LVA**, dem Vorarlberger **Patientenanwalt** sowie dem **Kinder- und Jugendanwalt**.

1.3.3. Internationale Kontakte

Die Möglichkeit zum **Erfahrungsaustausch** mit anderen Ombudsleuten bot die Konferenz der Petitionsausschüsse und **Volksanwälte im deutschsprachigen Raum** vom 22. bis 24.06.2004 in Wien, bei welcher der LVA von Vorarlberg einen Arbeitskreis zum Thema „Ombudsmann-Einrichtungen und Medien“ leitete.

Der **Round Table des Europarates** für **regionale Ombudsleute** in Barcelona vom 02. bis 04.07.2004 widmete sich der Abgrenzung der **Aufgaben** von nationalen und regionalen Ombudseinrichtungen sowie dem Beitrag regionaler Ombudsleute zur Sicherung **menschenwürdigen Wohnens** und einer **gesunden Umwelt**.

Als **Schatzmeister des Europäischen Ombudsmann Institutes** nahm der LVA an den **Vorstandssitzungen** in Rotterdam (07./08.03.2004), Innsbruck (18.06.2004), Zürich (04.08.2004) und Mainz (07./08.10.2004) teil. Hingegen war die vorgesehene Teilnahme an der Generalversammlung des Europäischen Ombudsmann Institutes in Budapest im Mai 2004 sowie am Weltkongress des Internationalen Ombudsmann Institutes im September 2004 in Quebec/Kanada nicht möglich.

Für den „Congress of Local and Regional Authorities“ des **Europarates** (CLRAE) bereitete der LVA eine **Studie** vor zum Thema „Regional Ombudsmen: An Institution to defend Citizens´ Rights“ (verfügbar auf der Homepage www.landesvolksanwalt.at unter Information/Veröffentlichungen). Diese bildete Grundlage für die **Empfehlung 159** (2004) und die **Resolution 191** (2004) des CLRAE des Europarates (http://www.coe.int/T/E/Clrae/5_Texts/2_Adopted_texts/). Auf Einladung des CLRAE nahm der LVA an den Beratungen des **Komitees für sozialen Zusammenhalt** zu diesen Texten am 22.03.2004 in Straßburg sowie am 30.09. und 01.10.2004 in Uglich (Russische Föderation) teil.

1.3.4. Öffentlichkeitsarbeit

Ein großer **Bekanntheitsgrad**, das **Ansehen** in der Öffentlichkeit sowie die Möglichkeit, auf **Misstände** auch **öffentlich hinweisen** zu können, tragen wesentlich zur **Wirksamkeit** von Ombudsinstitutionen bei. Mitunter wenden sich Journalisten von sich aus an den LVA, bewusst an die Öffentlichkeit getragen werden nur Fälle, die anders **nicht lösbar** erscheinen oder für viele Menschen von **Bedeutung** sind.

In der Österreichweit ausgestrahlten ORF-Fernsehsendung „**Volksanwalt - Gleiches Recht für Alle**“ am 17.04.2004 wurde vom LVA die unerträgliche Situation von Nachbarn eines **Sägewerkes** geschildert (Kap. 2.3.2.). Am Beispiel unverständlicher Ablehnungen zweier Anträge auf Wohnbeihilfe wegen einer Ausgleichszahlung bei Scheidung (Kap 2.5.3.) und Aufnahme eines Studiums (Kap 2.5.4.) wurde die **Benachteiligung von Frauen** durch einzelne Bestimmungen in den **Wohnbeihilferichtlinien** (Kap 2.4.4.) dargelegt.

Diese Themen waren neben der Kritik des LVA an einer **Golfplatzwidmung** wertvollen Landwirtschaftsgrundes (Kap 2.3.1.) sowie Problemen mit der **Errichtung von Handymasten** (Kap 2.6.6. und 2.6.7.) auch mehrmals Gegenstand der Berichterstattung in den regionalen Massenmedien.

Das 2003 erstellte **neue visuelle Erscheinungsbild** samt **Informationsbroschüre** sowie die eigene informative **Homepage** (www.landesvolksanwalt.at) fanden großen Anklang. Dies zeigt auch die Zahl der Inanspruchnahme der Homepage (3693 Zugriffe im Jahr 2004).

1.4. Geschäftsanfall

1.4.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr

Gegenüber den höchsten Anfallzahlen der Jahre 2001 und 2002 gab es wie im Vorjahr einen **leichten Rückgang**, vor allem bei den **Beratungen**. Die (mitunter zeitaufwendigen) **Prüfungsverfahren** sind hingegen weit gehend gleich geblieben.

Tabelle 5: Geschäftsanfall im Vergleich zu den beiden Vorjahren

Verfahren	Aktenzeichen	Jahresanfall 2002	Jahresanfall 2003	Offen 31.12. 2003	Jahresanfall 2004	Erledigungen 2004	Offen 31.12. 2004
amtswegige Missstandsprüfungen	aMP	13	18	4	19	20	3
Anregungen zur Gesetzgebung	AnGe	0	4	0	2	2	0
Anregungen zur Verwaltung	AnVe	9	9	1	9	10	0
Auskunft und Beratung	AuBe	635	579	24	553	560	17
beantragte Missstandsprüfungen	bMP	148	138	27	136	147	16
Empfehlungen an oberste Organe	EO	5	1	0	4	2	2
Verordnungsprüfungen	VP	1	3	1	3	1	3
Sonderregister	S	5	20	0	9	8	1
Insgesamt		816	772	57	735	750	42

1.4.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung

Vergleicht man die **Anfallszahlen** des Jahres **2004** mit den durchschnittlichen der bisherigen **drei Amtsperioden** des LVA, so zeigt sich, dass auch die etwas geringeren **Anfallszahlen** des Jahres **2004** noch deutlich **über dem bisherigen Durchschnitt** liegen.

Tabelle 6: Durchschnittlicher Jahresanfall in den einzelnen Amtsperioden und 2004

	1. Periode 1985-1991	2. Periode 1991-1997	3. Periode 1997-2003	Periode 1 – 3 1985 - 2003	01.01.2004 - 31.12.2004
Prüfungen	167	123	141	143	155
Beratungen	232	301	588	374	553
Sonstige	45	22	30	32	27
Insgesamt	444	446	759	549	735

1.4.3. Betroffene Gebietskörperschaften und Behörden

In der folgenden Tabelle sind jene **Gebietskörperschaften, Behörden** und Institutionen angeführt, welche von **Beschwerden** und **Auskunftsersuchen** betroffen waren, unabhängig davon, ob im Rahmen der **Hoheits-** oder der **Privatwirtschaftsverwaltung**. Mitunter trifft dies auf **mehrere Behörden** zu.

Fälle, welche **Bundesbehörden, Gerichte** oder im Rahmen der **mittelbaren Bundesverwaltung** tätige Landesbehörden betreffen, sind nur erfasst, wenn der **LVA** über die Abklärung der Zuständigkeit hinaus **tätig war** oder eingelangte Beschwerden an die **Volksanwaltschaft weiter geleitet** hat. Manchmal läuft auch ein Verfahren des Bundes (Gewerbe- oder Wasserrechtsverfahren) parallel mit einem Verfahren innerhalb der Zuständigkeit des LVA (etwa Bau- oder Landschaftsverfahren).

Tabelle 7: Aufteilung der Verfahren auf Gemeinde-, Landes- und Bundesbehörden

Behörde / Institution	Prüfungs- verfahren	Beratungs- verfahren	Summe der Verfahren
(Amt der) Landesregierung	25	82	107
Agrarbehörden (ABB, L-AS)	3	14	17
Grundverkehrsbehörden	-	4	4
Unabhängiger Verwaltungssenat	1	4	5
Landesweite Behörden (Summe)	29	104	133
Landeskrankenanstalten	2	2	4
BH Bludenz	4	15	19
BH Bregenz	8	51	59
BH Dornbirn	3	23	26
BH Feldkirch	16	30	46
Bezirkshauptmannschaften (Summe)	31	119	150
BEREICH LANDESVERWALTUNG	62	225	287
5 Städte	21	82	103
10 Marktgemeinden	17	80	97
81 Gemeinden	29	161	190
Gemeindeverbände	1	0	1
BEREICH GEMEINDEVERWALTUNG	68	323	391
LH/LR in Bundesangelegenheiten	0	3	3
Bezirkshauptmannschaft als Bundesbehörde	11	20	31
Gerichte, Staatsanwaltschaft	3	15	18
Andere Bundesbehörden, Sozialversicherung	11	16	27
Sonstige Bundeseinrichtungen (ÖBB, Post)	0	7	7
BEREICH BUNDESVERWALTUNG	25	61	86

Während die Anzahl der Verfahren betreffend die **Landesverwaltung** (287) gegenüber dem Vorjahr **gleich geblieben** ist, war die **Gemeindeverwaltung** von weniger Prüfungen und Beratungen betroffen (391 statt 445); dies sind erstmals seit Jahren **weniger als 60%** aller Angelegenheiten, die im Rahmen der Zuständigkeit zu bearbeiten waren. Hingegen entfielen nahezu **gleich viel Prüfungsverfahren** auf **Gemeinden** (68) wie auf **Landesbehörden** (62).

Von allen Fällen innerhalb der **Zuständigkeit** betrafen **22%** die **Bezirkshauptmannschaften**, **20%** **landesweite Behörden**, **15%** **Städte**, **14%** **Märkte** und **28 % kleinere Gemeinden**.

Bei Aufgliederung der die **Gemeinden** betreffenden Prüfungs- und Beratungsverfahren nach der **Gemeindegröße** wird zwischen den 5 **Städten** (durchschnittliche Einwohnerzahl 26.283), den 10 **Marktgemeinden** (8.964) sowie den 81 übrigen **Gemeinden** (1.868) unterschieden.

Wiederum waren **kleinere Gemeinden überdurchschnittlich** von Prüfungs-, vor allem aber Beratungsverfahren **betroffen** und **Städte** bei den Beratungen (nicht so sehr bei Prüfungen) **unterrepräsentiert**. Die Zahl der Marktgemeinden betreffenden Verfahren entsprach dem Bevölkerungsanteil.

Tabelle 8: Gegenüberstellung Städte, Marktgemeinden und Gemeinden

Gemeindetypus	Bevölkerung (31.12.02)		Prüfungen	Beratungen	zusammen
	Personen	Prozentanteil (gerundet)			
Städte	131.414	35,3 %	31,3 %	25,4%	26,4 %
Marktgemeinden	89.639	24,1 %	25,4 %	24,8 %	24,9 %
Sonst. Gemeinden	151.306	40,6 %	43,3 %	49,8 %	48,7 %
Insgesamt	372.359	100 %	100 %	100 %	100 %

1.5. Erledigung der Missstandsprüfungen

Wie bisher wird unterschieden zwischen Verfahren, die an die VA **abgetreten** oder wegen Unzuständigkeit oder sonstigen Gründen (Zurückziehung der Beschwerde) **eingestellt** wurden, bei denen der **Beschwerdegrund** im Verfahren **beseitigt** oder **kein Missstand** festgestellt werden konnte, sowie jenen Fällen, in denen eine Beseitigung nicht (mehr) möglich war und eine **Beanstandung** oder **Missstandsfeststellung** erfolgte. Erfreulich ist wiederum die **hohe Zahl** jener Fälle, in denen der **Beschwerdegrund** im Laufe des Verfahrens **beseitigt** werden konnte. Dennoch erfolgten deutlich **mehr Missstandsfeststellungen** und Beanstandungen als im Vorjahr.

Tabelle 9: Erledigung der Missstandsprüfungen	amtswegige	beantragte
Am 01.01.2004 offene Fälle	4	27
Im Jahr 2004 eingeleitete Fälle	19	136
Im Jahr 2004 zu bearbeitende Fälle	23	163
Abtretungen an die Volksanwaltschaft in Wien	0	19
Sonstige Unzuständigkeiten	0	2
Kein Fehler oder Missstand feststellbar	4	55
Beschwerdegrund im Laufe des Verfahrens beseitigt	4	29
Beanstandung, Missstandsfeststellung	10	27
Sonstige Verfahrenseinstellungen	2	15
Summe der erledigten Fälle	20	147
Zum 31.12.2004 offen gebliebene Fälle	3	16

Neben den in diesem Bericht geschilderten Fällen betrafen Beanstandungen u.a. **Verfahrensverzögerungen** (9), Mängel in **Bauverfahren** (8), die Erteilung einer **Ausnahmegenehmigung** vom Bebauungsplan, **Verweigerung der Auskunft** und **Akteneinsicht**, die Vorschreibung von **Schulerhaltungsbeiträgen**, das Nichterkennen des **Schweregrades** einer **Verletzung**, die **fehlende Protokollierung** und **Abstimmung** über einen Antrag in der Gemeindevertretung und die Vorschreibung eines 50%igen **Kostenbeitrages** für den Ausbau einer **Gemeindestraße** (gemäß § 11 StrG höchstens 30%).

Der **Beschwerdegrund behoben** wurde u.a. durch Gewährung der zunächst verweigerten **Akteneinsicht**, den nachträglichen **Verzicht** auf rechtswidrig vorgeschriebene **Gebühren** im Vorstellungsverfahren, die **nachträgliche Einholung** einer **Landschaftsschutzbewilligung** für eine Gemeindestraße, der **Verzicht** auf einen **Kostenrückerstattung** gegenüber der leiblichen Tochter eines Sozialhilfebezieher, welche adoptiert worden war. In einer Reihe von Fällen wurden **verzögerte Verfahren** und Antworten **beschleunigt** sowie bisher **untätige Behörden** (etwa bei Planabweichungen oder konsenslosen Bauten) zu einer **gesetzmäßigen Vorgangsweise** veranlasst.

1.6. Aufteilung der Fälle nach Rechtsmaterien

Die Verfahren wurden nicht einem Schwerpunkt zugeordnet, sondern **alle** für einen Fall **wesentlichen Rechtsgebiete** erfasst. Angeführt sind die **wichtigsten**, über die Jahre **wieder kehrenden Materien** ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Tabelle 10: Anzuwendende Rechtsmaterien	2002	2003	2004
Abfallbeseitigung/Mülltrennung	17	5	10
Abgabenverfahren	26	38	23
Agrarförderung	-	4	3
ABGB, Zivilrecht allgemein	294	284	221
AVG, Verwaltungsverfahren allgemein	131	104	70
Amtshaftung	4	5	9
Auskunftsgesetz	2	2	10
Baugesetz und Verordnungen	202	193	204
Behindertengesetz	3	8	6
Bestattungsgesetz	3	2	4
Bienenzuchtgesetz	2	-	-
Bundesverfassung (B-VG)	33	7	3
Datenschutz	11	4	8
Denkmalschutz	-	4	1
Dienstrecht der Gemeinden	5	4	4
Dienstrecht des Landes	12	9	8
Dienstrecht der Landeslehrer	3	5	8
EU-Recht	4	11	13
Familienbeihilfe	1	3	3
Familienförderung	4	3	-
Feuerpolizei	3	2	2
Finanzverfassungs-, Finanzausgleichsgesetz	9	13	15
Flurverfassung (Agrargemeinschaft, Holzstatut)	5	10	3
Förderungswesen allgemein	4	3	8
Forstrecht	3	3	4
Fremdenrecht	7	9	12
Führerschein- und Kraftfahrwesen	23	8	4
Gefahrenzonenplan / Wildbach- Lawinenverbauung	6	2	3
Gemeindengesetz (Gemeindeverwaltung)	43	51	39
Gemeindegut	1	2	1
Gemeindeordnung 1935 (Hand- und Zugdienste)	-	4	2
Gemeindewahl	2	-	2
Gerichtsgebühren, Befreiung gemäß WBF 1984	22	6	3
Gewerbeordnung	35	22	26
Grundsteuer, Grundsteuerbefreiungsgesetz	8	12	2
Grundverkehr	8	9	6
Güter- und Seilwegegesetz	12	10	13
Hundesteuer	1	-	1
Jagdgesetz	2	2	3

Tabelle 10: Anzuwendende Rechtsmaterien	2002	2003	2004
Jugendwohlfahrt	14	15	19
Kanalisation, Abwassergebühren	50	37	30
Katastrophenhilfe	1	1	2
Kindergartengesetz	2	1	4
Krankenanstalten-, Spitalgesetz	4	3	8
Landesverfassung	3	3	2
LVA-Gesetz	1	11	8
Lärmstörung und über das Halten von Tieren, Gesetz gegen	25	16	13
Luftreinhaltegesetz	3	-	1
Meldegesetz	4	1	2
Mietrecht	6	7	8
MTD-Ausbildungsverträge	2	2	1
Naturschutz und Landschaftsentwicklung	26	22	17
Notariatsgebühren und Rechtsanwaltsstarif	2	4	2
Notweggesetz	5	1	2
Parkplatzbewirtschaftung, Parkabgabe	3	3	5
Pflegegeldgesetz des Landes	8	13	4
Pflegegeldgesetz des Bundes	6	3	2
Raumplanungsgesetz	113	108	117
Rettungsgesetz	3	-	-
Sachwalterschaft	6	1	4
Schischulgesetz	-	2	1
Schulerhaltungsrecht, PflichtschulorganisationsG	3	5	5
Schulpflicht, Schulprobleme	2	6	3
Sicherheitspolizeigesetz	1	3	1
Sozialhilfegesetz, -verordnung	42	69	57
Sozialversicherung (ASVG)	10	8	12
Sportgesetz	1	2	2
Staatsbürgerschaftsgesetz	10	8	8
Strafrecht (StGB, StPO)	8	17	9
Straßengesetz des Bundes	3	-	2
Straßengesetz des Landes	72	91	66
Straßenverkehrsordnung	24	25	22
Tierschutz, Tierhaltung	1	1	2
Tierzuchtgesetz und -verordnung	2	1	1
Tourismusgesetz	3	3	3
Unterhaltsvorschussgesetz	2	2	-
Veranstaltungsgesetz	2	3	2
Vergabegesetz	2	2	5
Verkehrsverbund, öffentlicher Nahverkehr	8	7	5
Verwaltungsabgaben	7	2	3
Verwaltungsstrafrecht	32	27	25
Volksabstimmungen, Volksbegehren	2	2	4
Waffengesetz	-	-	1
Wasserrechtsgesetz	25	25	14
Wasserversorgung/Wassergebühren	11	11	9
Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnbaufonds	36	43	44
Wohnungseigentumsrecht	7	3	6
Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz	3	5	5
Wohnungsvergabe durch eine Gemeinde	4	2	4
Zustellgesetz	2	-	2
Zweitwohnsitzabgabegesetz	4	3	1

1.7. Arbeitsschwerpunkte

1.7.1. Bauverfahren

Die Anwendung des **Baugesetzes** und seiner **Verordnungen** war mit **204 Fällen** (166 Beratungen, 28 beantragte, 9 amtswegige Prüfungen) wieder **häufigster Anlass** für Bürger, vor allem von Nachbarn (134), sich an den LVA zu wenden. Wichtige Anliegen waren die **Nachbarrechte** (71), vor allem wegen vorhandener oder befürchteter **Immissionen** (46) sowie Klärung des Bauabstandes (26). Anlass boten **Gewerbebetriebe** (25), **Sportanlagen** (7), **Handymasten** (6), **Tierhaltung** (5), **Landwirtschaften** (3) sowie ein Kinderspielplatz. **Einfriedungen** und Stützmauern warfen 11 Mal, schattenwerfende **Bäume** und Büsche 5 Mal Probleme auf.

Die Vereinbarkeit von Bauwerken mit der **Flächenwidmung** (29), einem **Bebauungsplan** (17), der **Bau-nutzungszahl** (12) sowie dem **Orts- und Landschaftsbild** (16) wurden ebenso geprüft wie Fragen der Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes bei **Planabweichungen** (12) oder **konsenslosen Bauwerken** (9) sowie die (mögliche) Erlassung von **Bausperren** (5). Auch Probleme der **Zufahrt** (33), der **Eignung** von Baugrundstücken wegen Rutschgefahr, Lawinen, Bäumen, Steinschlag und der Nähe zu Gewässern (14), mit **Autoabstellplätzen** (9) und fehlenden **Kinderspielplätzen** (4) sowie des Denkmalschutzes wurden thematisiert. 14 Verfahren betrafen die Verletzung der Entscheidungspflicht durch **Untätigkeit oder Säumnis** der Behörde, 7 die Verweigerung der **Akteneinsicht** oder unzureichende Auskünfte, je 4 die **Kosten** des Bauverfahrens und die Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren.

1.7.2. Raumplanung

Auf diesen Rechtsbereich entfielen **117 Fälle**, davon 13 beantragte und 5 amtswegige Prüfungen, 96 Beratungen sowie 3 Anträge auf Verordnungsprüfung durch den VfGH. 55 Anliegen betrafen **Bauvorhaben**, etwa wegen der **Vereinbarkeit** mit Flächenwidmung und Bebauungsplan (s.o.) sowie der **Bestandsregelung** (1).

19 Verfahren betrafen **Umwidmungen**: Neben den 3 Anträgen auf Verordnungsprüfung wurden 4 Mal Umwidmungen in der Nachbarschaft und 3 Mal Rückwidmungen **beanstandet**, in 9 Fällen ging es um **erhoffte Baulandwidmungen**. Weitere Anliegen betrafen **Umlegungen** (14), **Bebauungspläne** (17), **Bausperren** (5) sowie **EKZ-Regelungen** (3).

1.7.3. Straßenrecht, Straßenpolizei

66 Fälle (11 Beschwerden, 54 Beratungen, 1 Anregung) betrafen das **Straßengesetz** des Landes, 13 das **Güter- und Seilwegegesetz**, 22 die **Straßenverkehrsordnung**, 2 **Bundesstraßen** (Autobahnen), 3 das **Führerschein-** und 1 das **Kraftfahrwesen** (im Zuständigkeitsbereich des Bundes).

Häufigstes Anliegen war wieder die **Grundinanspruchnahme** (oder **Rückstellung**) bei **Verbreiterung**, Verlegung, Neuanlegung oder Auflassung von **Straßen** (21). Überwiegend betroffen waren **Gemeindestraßen** (34), aber auch öffentliche **Privat-** (15), **Genossenschafts-** (3) und **Landesstraßen** (3). Dabei ging es um das Bestehen des **Gemeingebrauches** (11), die **Übernahme** in das öffentliche Straßennetz (3), die **Zufahrt** zu und von öffentlichen Straßen (17), einen **Sondergebrauch** (3), die **Verkehrsregelung** (5) und **Erhaltungspflicht** samt allfälliger Haftung (2).

In je 2 Fällen war der **Grenzverlauf** zu öffentlichen Straßen sowie das Bestehen einer **öffentlichen Dienstbarkeit** für Fahr- oder Fußwege über Privatgrundstücke strittig. Weitere Anliegen waren die Beeinträchtigung durch **Verkehrslärm und Abgase** (6), **Oberflächenwässer** und **Straßenbeleuchtung** (je 2), **Schneeräumung** (5), **Straßenbaumaßnahmen** sowie der **Bauabstand** zu öffentlichen Straßen (2).

1.7.4. Sozialhilfe

Die **57 Fälle**, darunter 8 Prüfungen, 2 Anregungen und 47 Beratungen, betrafen vor allem die **Gewährung** von Sozialhilfe bzw deren Höhe (33) sowie den **Rückersatz** von Sozialhilfebeziehern (3), **unterhaltspflichtigen Angehörigen** (10) sowie auf Grund eines **Schenkungswiderrufes** gemäß § 947 ABGB (8). Der **Heizkostenzuschuss** war 5 Mal, die drohende **Abschiebung** wegen des Sozialhilfebezuges (siehe Kap 2.5.6.) 6 Mal Anlass für eine Vorsprache.

30 **Sozialhilfebezieher** bzw Antragsteller wandten sich selbst an den LVA, in 16 Fällen wurden ihre Probleme durch **Angehörige** oder **Sachwalter**, in 9 Fällen durch **Sozialarbeiter** und andere betreuende Personen vorgebracht.

1.7.5. Wohnbauförderung und andere Beihilfen

Zur Wohnbauförderung (44 einschließlich Wohnbeihilfe und Wohnbaufonds) erfolgten **36 Beratungen, 6 Prüfungen** sowie je eine **Anregung** und **Empfehlung**.

Davon entfielen 30 auf die **Wohnbeihilfe**: In 14 Fällen wurde die **Ablehnung**, in 6 die **Einkommensberechnung** nicht verstanden. Gründe für die Ablehnung oder Kürzung der Wohnbeihilfe waren die Hochrechnung von **Teilzeiteinkommen** (4), die **Ausgleichszahlung** bei Scheidung (3), die Anrechnung eines **fiktiven Unterhaltes**, ein **Mietrückstand**, die zu geringe **Aufenthaltsdauer** oder (je 2) weil die Ehe trotz **Trennung** noch aufrecht, die Miete nicht **ortsüblich** oder das Einkommen angeblich zu hoch war. Je zweimal ging es um die Versäumung der Antragsfrist sowie die Rückforderung, einmal um die nachträgliche Kürzung der Beihilfe.

Die eigentliche **Wohnbauförderung** war Gegenstand von 8 Anfragen und einer Beschwerde. Diese betrafen die vorzeitige Rückzahlung (3) sowie die Kürzung der Förderung (2) sowie die Ablehnung wegen Verkaufes einer Wohnung an einen nicht förderungswürdigen Käufer. Zwei betrafen Mietkaufwohnungen, eine die **Althausanierung**.

Die Unterstützung von **Gastarbeitern** aus dem **Wohnbaufonds** war Gegenstand einer Beratung, wegen der Vorschreibung von **Eintragungsgebühren** im Grundbuch trotz Wohnbauförderung wandten sich nur noch 3 Bürger an den LVA.

Neben Wohnbauförderung und Sozialhilfe waren noch andere Formen finanzieller Unterstützung Gegenstand von Bürgeranliegen: 4 betrafen das **Landespflegegeld**, 6 die **Behindertenförderung**, 3 **Agrarförderungen**, 2 die **Katastrophenhilfe** und 8 andere Förderungen.

1.7.6. Gemeindeverwaltung und Gemeindeabgaben

Regelungen des **Gemeindeggesetzes** (39) spielen sowohl im Bereich der Gemeindeverwaltung (etwa für die **Zuständigkeit** der Gemeindeorgane) eine Rolle wie bei Maßnahmen der **Gemeindeaufsicht** (4). Viele Anliegen standen im Zusammenhang mit **zivilrechtlichen Problemen** zwischen Bürgern und Gemeinden, eines mit der Verwaltung des **Gemeindegutes**.

Besonders häufig wirft die **Abwasserbeseitigung** (30) Probleme auf, wie beim **Kanalanschluss** (9) und der **Verlegung** von Kanälen (3), insbesondere aber die Vorschreibung von **Gebühren** (19). Bei nachträglich geltend gemachten Anschlussbeiträgen musste 3 Mal die Frage der **Verjährung** geprüft werden.

Die **Wasserversorgung** warf weniger Probleme (9, davon 4 wegen Gebühren) auf. Beschwerden und Anfragen betrafen auch andere Gemeindeabgaben wie **Abfall-** (7) und **Parkgebühren** (5), **Tourismusbeitrag** (3), **Verwaltungsabgaben** (3), **Grundsteuer** (2) und die **Zweitwohnsitzabgabe** (1). **Verfahrensrechtliche Abgabenprobleme** (23) gab es ausschließlich in Gemeinden.

1.7.7. Verwaltungsstrafrecht

Bei 25 Fällen (davon 4 Prüfungen) standen Vergehen im **Straßenverkehr** (10) im Vordergrund. Strafverfahren betrafen auch Verstöße gegen das **Baugesetz** (3), das Jugendgesetz (wegen Rauchens) und (teilweise außerhalb der Zuständigkeit) das Ausländerbeschäftigungsg, LuftfahrtG, WaffenG und KFG. **Anonymverfügungen** und deren Nichtbezahlung spielten in 2, die Stundung bzw Ratenzahlung sowie der Vollzug der **Ersatzfreiheitsstrafe** in 6 Verfahren eine Rolle.

1.7.8. Dienstrecht

Von 17 dienstrechtlichen Anliegen betrafen 8 **Landesbedienstete**, 5 **Gemeindeangestellte** und 8 **Lehrer**. 3 Landes- und je einem Gemeindebediensteten und Lehrer wurde ein **dienstwidriges Verhalten** vorgeworfen, ein Lehrer erhob den Vorwurf des **Mobbing**.

Gegenstand von Prüfungen und Beratungen waren die Gewährung einer **Zulage**, die Voraussetzungen in einer **Ausschreibung**, die **Aufnahme** in den Landesdienst statt einer geringen Entlohnung im Rahmen eines Arbeitsprojektes, der **Verfall** von **Urlaubsanspruch** und Überstundenausgleich wegen Arbeitsbelastung, die Benachteiligung **schwangerer Turnusärztinnen** bei der Ausbildung, das **Beschäftigungsausmaß** von Lehrern (3) sowie von Kindergärtnerinnen, die Auswirkung der **Pensionsreform** und eine mögliche **Dienstfreistellung**.

1.8. Verfahrensdauer

Mehr als **60%** aller im Berichtsjahr abgeschlossenen Verfahren konnte **innerhalb einer Woche** erledigt werden. Dies betraf vor allem **Beratungen** (416), **Anregungen** zur Verwaltung, die innerhalb weniger Tage **weiter geleitet**, sowie Beschwerden in **Bundesangelegenheiten**, welche unverzüglich an die Volksanwaltschaft **abgetreten** wurden.

Mehr als 75% aller Verfahren wurden innerhalb eines Monats, nahezu **90% innerhalb von 3 Monaten** abgeschlossen. Wegen der Stellungnahme der Behörde und der Erforschung des Sachverhaltes sowie der aktuellen Rechtsprechung nehmen Prüfungen meist mehr Zeit in Anspruch.

Tab. 11: Verfahren abgeschlossen innerhalb von	Anzahl	Prozent	Kumuliert
einer Woche	466	62,2	62,2 %
einem Monat	106	14,1	76,3 %
drei Monaten	90	12,0	88,3 %
sechs Monaten	58	7,7	96,0 %
einem Jahr	21	2,8	98,8 %
mehr als einem Jahr	9	1,2	100 %
Insgesamt	750	100	

2. Besonderer Teil

2.1. Anregungen zur Gesetzgebung

2.1.1. Ausübung des Wahlrechtes auch bei Aufenthalt außerhalb Vorarlbergs

Ein pensioniertes Ehepaar ging im **September 2004**, als das Wetter noch angenehm, die Hauptsaison vorbei und die Preise günstiger waren, im Süden Österreichs auf **Urlaub**. Dadurch konnte es an der **Landtagswahl** nicht teilnehmen. Es sah in der **Entziehung des Wahlrechtes** für alle Landesbürger, die sich am Wahltag nicht in Vorarlberg aufhalten, eine **Diskriminierung** und Ungleichbehandlung durch den Gesetzgeber. Mit Schreiben an die vier Landtagsfraktionen sowie den LVA erhob es die Forderung, künftig auch jenen Landesbürgern die **Ausübung ihres Wahlrechtes zu ermöglichen**, die sich zum Wahltermin **nicht in Vorarlberg aufhalten** (04 AnGe-002).

Der **LVA** leitete die Anregung an den Landtag mit dem Bemerken weiter, dass es zu begrüßen wäre, wenn die Ausübung des **Wahlrechtes** – bei Gewährleistung der persönlichen Ausübung und des Wahlheimnisses – **erleichtert** und auch Bürgerinnen und Bürgern, die sich am Wahltag aus privaten oder beruflichen Gründen **außerhalb des Landes** befinden, **ermöglicht** wird. Allerdings setzt dies eine Änderung der Bundesverfassung voraus. Die Ermöglichung der **Briefwahl** war auch Gegenstand der Beratungen im Verfassungskonvent.

In der vom Landtagspräsidenten übermittelten **Stellungnahme** der Abteilung Gesetzgebung wurde bestätigt, dass die **Einführung der Briefwahl** bei Landtagswahlen eine **Änderung der Bundesverfassung** voraus setzt. Die **Landeshauptleutekonferenz** hat am 30.04.2003 den Bund ersucht, die Voraussetzungen zu schaffen, dass bei Wahlen auf Landes- und Gemeindeebene die gleichen Möglichkeiten für die Stimmabgabe im gesamten Bundesgebiet vorgesehen werden wie bei bundesweiten Wahlen und Volksabstimmungen; auch wurde von den Landeshauptleuten im **Österreichkonvent** mehr Spielraum für landesgesetzliche Wahlrechtsregelungen gefordert. Diese **Voraussetzungen** wurden auf Bundesebene noch **nicht geschaffen**, sodass der Anregung nicht entsprochen werden konnte.

2.1.2. Änderung oder Abschaffung des Kriegsofopferabgabegesetzes

Ein Unternehmer sah in der Vorschreibung der **Kriegsofopferabgabe** für den **Verleih von Videos** eine sachlich nicht gerechtfertigte **Ungleichbehandlung** im Hinblick auf die Steuerfreistellung von Kinoveranstaltungen; dies sei **verfassungswidrig**. Nachdem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof seine Bedenken nicht geteilt hatten, wandte er sich an den LVA (03 bMP-128). Angesichts der Rechtslage sah der LVA in der Einhebung der Kriegsofopferabgabe **keinen Missstand** in der Verwaltung. Daraufhin forderte der Unternehmer die **Änderung des Kriegsofopferabgabegesetzes**, damit das Überlassen von Videos nicht mehr erfasst wird (04 AnGe-001).

Der **LVA** leitete dies als **Anregung** an den Landtag weiter mit der Äußerung, dass sich die Frage stellt, ob eine derartige Abgabe nahezu **59 Jahre nach dem Krieg** noch angebracht ist und es nicht **zielführender** wäre, den noch lebenden **Kriegsofopfern** aus allgemeinen **Steuermitteln** eine entsprechende **Unterstützung** zu gewähren. Auch wäre zu prüfen, in welchem **Verhältnis** der **Verwaltungsaufwand** von Behörden und Unternehmen steht zu den Erträgen und **Ausschüttungen**, welche Kriegsofopfern und ihren Angehörigen tatsächlich zu Gute kommen.

Gemäß der im Wege des Landtagspräsidenten übermittelten Stellungnahme der Gesetzgebungsabteilung beliefen sich die **Gesamteinnahmen** aus der Kriegsofopferabgabe im Jahr 2003 auf etwa **€ 967.000,--**. Davon seien **41,1%** für die **Unterstützung von Kriegsofopfern**, **56,1%** für die **Behindertenhilfe** und ledig-

lich **2,8%** für **Personal- und Sachaufwand** des Kriegsofferfonds verwendet worden. Der **Anregung** auf Abschaffung der Kriegsofferabgabe bzw. Freistellung des Videoverleihs werde **nicht entsprochen**.

Aufgrund dieser Daten erscheint die historisch entstandene **Bezeichnung** „Kriegsofferabgabe“ **verfehlt**, da diese inzwischen zu einem **größeren Teil** der **Behindertenhilfe** zu Gute kommt. Auch war die Angabe, für die Verwaltung würden nur 2,8% der Einnahmen verwendet, zu relativieren: Dies betrifft ausschließlich die Verwaltung des Kriegsofferfonds, der **Aufwand für die Einhebung** der Abgabe bei Unternehmen und Gemeinden ist ebenso wenig berücksichtigt wie der Umstand, dass die Gemeinden gemäß § 8 Abs 4 KriegsofferabgabeG als Entschädigung für ihre Tätigkeit 10% zurück behalten dürfen. Ob es unter diesen Umständen sinnvoll und **zweckmäßig** ist, eine eigene Abgabe, die weniger als eine Million € einbringt, aufrecht zu erhalten, hat der **Gesetzgeber zu entscheiden**.

2.2. Anregungen zur Verwaltung

Im Berichtsjahr wurden **3 Anregungen** von Bürgern an den jeweiligen **Gemeindevorstand** und **5** an die **Landesregierung** weitergeleitet. Dem Wunsch auf **Verlegung** einer **Stadtbushaltestelle** (04 AnVe-002) wurde ebenso wenig entsprochen wie jenem nach der **Anbringung eines Verkehrsspiegels** und - trotz Empfehlung des Verkehrsbeirates - der **Reduzierung der Geschwindigkeitsbeschränkung** auf 40 km/h auf einer Gemeindestraße (04 AnVe-006). Nicht befürwortet wurde seitens des Landes die Errichtung eines **Fußgängerüberganges** über eine Landesstraße, für den Sommer 2005 jedoch eine neue Messung in Aussicht gestellt (04 AnVe-005).

Die Anregung eines Bürgers an Gemeinde und LReg, die (regionalen) **Verkehrsverbundpläne an alle Haushalte zuzustellen**, wurde damit beantwortet, dass das **Kursbuch** für Vorarlberg schon seit 1991 durch **Zeitungsausträger** an alle Haushalte in Vorarlberg verteilt wird (tatsächlich wohl nur an jene, die eine Zeitung beziehen) bzw. von der Gemeinde die regionalen Fahrpläne an alle Haushalte verschickt wurden. Sollte jemand durch ein Versehen den Fahrplan nicht erhalten haben, hätte ohne Einschaltung des LVA ein Anruf im **Gemeindeamt** genügt, wo die **Fahrpläne aufliegen** (04 AnVe-008).

2.2.1. Kostenbeiträge für die Unterbringung von Menschen mit Behinderung überdenken

Eine Sachwalterin und der Patientenanwalt wiesen auf die Problematik hin, dass in **Wohngemeinschaften** und **Beschützenden Werkstätten** untergebrachte Menschen mit Behinderung **einheitliche Tarife** bezahlen unabhängig vom tatsächlichen Betreuungsaufwand. Problematisch erscheine auch die Regelung, dass der Kostenbeitrag erst nach Abwesenheit von zwei Wochen entfällt, sodass **ohne Leistungserbringung** in diesem Zeitraum **Kostenbeiträge** der Bewohner oder der Angehörigen anfallen. Sie regten daher an, bei der Kostenberechnung eine **individuelle Einstufung**, ähnlich dem System der Pflegebetreuung, zu ermöglichen sowie im Falle der Abwesenheit die **Kostenbefreiung früher** eintreten zu lassen (04 AnVe-003).

Die LReg verwies auf **Gespräche** betreffend Wohngemeinschaften und konkrete **Überlegungen** zu einem **differenzierten Leistungsentgelt** für Beschützende Werkstätten, das im Laufe der nächsten Jahre eingeführt werden soll. Derzeit erhielten Menschen mit Behinderung differenzierte Unterstützung und **Hilfe**, welche jedoch **nicht im Einzelfall erfasst** und mit einem **Mischtarif abgerechnet** würden.

Bei **Abwesenheiten** gebe es **Durchrechnungszeiträume**, die nicht nach Belieben tageweise vermehrt oder reduziert werden könnten. Die Nichtinanspruchnahme von Leistungen durch einige Tage führte beim Dienstleister **nicht zu einer Kosteneinsparung**. Eine **frühere Befreiung** von den Kostenbeiträgen in den von der LReg geprüften Tarifen ist daher **nicht beabsichtigt**.

2.2.2. Beim Sozialhilferückersatz künftigen Erhaltungsaufwand berücksichtigen

Ein **Hausbesitzer** wurde zum **Rückersatz** der für seine Mutter aufgewendeten **Sozialhilfe** in Anspruch genommen. Da sein **Haus** bereits **abgezahlt** war, wurde bei Berechnung des Rückersatzes als **Wohnungsaufwand** nur pauschal € 200,-- für **Betriebskosten** angerechnet. Er sah darin eine **Benachteiligung** von Haus- und Wohnungseigentümern: Diese müssten neben allfälligen Darlehensrückzahlungen (die berücksichtigt werden) den **Erhaltungsaufwand** tragen und dafür **Rücklagen** bilden, während **Mieter** keine Aufwendungen für die Erhaltung hätten und deren **Zahlungen zur Gänze** als Wohnungsaufwand **angerechnet** würden. Deshalb wandte er sich an den LVA mit der **Anregung**, im Rahmen des Sozialhilfekosten-Rückersatzes auch in jenen Fällen, in denen Häuser oder Wohnungen im Eigentum eines Unterhaltspflichtigen stehen, eine **Pauschalanrechnung** nach Personen oder Wohnfläche im Hinblick auf den erforderlichen **Erhaltungsaufwand** vorzunehmen (04 AnVe-004).

Die **LReg** verwies auf den neuen **Erlass** vom 15.07.2004, mit dem der **SH-Kostenersatz eingeschränkt** und beim Wohnungsaufwand neben der tatsächlichen Höhe **auch Betriebskosten** in Höhe von pauschal € 200,-- **angerechnet** werden. Damit sei sichergestellt, dass sowohl der Lebens- als auch der **Wohnbedarf** der **unterhaltspflichtigen Person** sowie deren Familie **abgedeckt** ist, zumal der unterhaltspflichtigen Person noch 72% des anrechenbaren Einkommens zur Verfügung bleiben. Der **Anregung**, darüber hinaus pauschal einen Betrag für die Erhaltung des Hauses freizulassen, könne **nicht gefolgt** werden, weil dafür **kein aktueller Bedarf** bestehe. Auch wäre es ungerechtfertigt gegenüber jenen Unterhaltspflichtigen, die in einer Mietwohnung leben und sich einen solchen Betrag nicht zur **Vermögensbildung** ansparen können. Sollte der Unterhaltspflichtige jedoch sein Haus oder seine **Wohnung sanieren**, werde der damit verbundene **Aufwand berücksichtigt**.

2.2.3. Keine Einrechnung der Wohnbeihilfe als Einkommen beim Heizkostenzuschuss

Der Antrag der Klientin einer Sozialinstitution auf Gewährung des **Heizkostenzuschusses** wurde **abgewiesen**, weil ihr **Einkommen einschließlich Wohnbeihilfe zu hoch** sei. An **Pension** mit **Ausgleichszulage** abzüglich Krankenversicherung hatte sie netto € 625,--; zur Bestreitung des **Mietaufwandes** (ohne Betriebskosten) von € 378,-- bezog sie eine **Wohnbeihilfe** von € 291,--. Mit der Wohnbeihilfe verblieb ihr nach Abzug der Miete **für den Lebensunterhalt € 538,--**.

Ihr Betreuer verwies auf diesen und andere **Härtefälle** durch Einrechnung der Wohnbeihilfe als Einkommen bei Prüfung der Voraussetzungen für die Gewährung des Heizkostenzuschusses. Wohnbeihilfe erhielten Personen, die auf Grund ihrer Einkünfte nicht in der Lage sind, den Mietaufwand selbst zu tragen. Da die **Wohnbeihilfe** den Nachweis eines entsprechenden **Wohnungsaufwandes voraussetzt**, handle es sich um einen **Durchlaufposten**, welcher **nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes** herangezogen werden kann. Er regte an, die **Wohnbeihilfe** künftig **nicht mehr als Einkommen** bei der Entscheidung über den Heizkostenzuschuss **inzurechnen** (04 AnVe-009).

Der LVA unterstützte die Anregung, zumal im Rahmen der **Sozialhilfe** neben der Miete der sonstige **Lebensunterhalt einschließlich Heizkosten** abgedeckt wird. Hingegen deckt die **Wohnbeihilfe** nur einen **Teil der Miete** ab. Deshalb stellt es eine **sachlich nicht begründete Ungleichbehandlung** dar, wenn die **Wohnbeihilfe** beim Heizkostenzuschuss als **Einkommen berücksichtigt** wird.

So erhält eine Familie mit **niedrigem Einkommen** und einer **günstigen Mietwohnung** den Heizkostenzuschuss. Muss eine Familie mit **gleichem Einkommen** für eine **teurere Wohnung** die **Beihilfe** in Anspruch nehmen, die nur zur Abdeckung der nicht leistbaren höheren Miete dient, wird nach den Richtlinien kein Zuschuss gewährt. Die vom LVA schon mehrmals kritisierte **restriktive Handhabung** der Gewährung des Heizkostenzuschusses erscheint auch in diesem Punkt **nicht gerechtfertigt**.

Die LReg teilte mit, nur in **besonderen Härtefällen** sei eine einmalige Hilfe zum Aufwand für die Beheizung in Höhe von € 150,-- vorgesehen, die Kriterien seien an jene bei Gewährung von **Sozialhilfe angeglichen**. Bei Feststellung des Einkommens sei daher von dem im **Sozialhilferecht** geltenden **weiten Einkommensbegriff** auszugehen, zu dem **auch Wohnbeihilfen** gehören.

Auch werde als Einkommensgrenze für den Heizkostenzuschuss nicht der Sozialhilferichtsatz, sondern der **Ausgleichszulagen-Richtsatz** des ASVG herangezogen. Weiters könne bei Personen, die Miete oder Darlehens-Rückzahlungen leisten, die **Einkommensgrenze** um bis zu € 180,-- zusätzlich € 37,-- für jede weitere Person im Haushalt, in besonders **berücksichtigungswürdigen Fällen** um weitere 10% **überschritten** werden. Dadurch sei sicher gestellt, dass eine **Hilfe** zum Aufwand für die Beheizung in all jenen Fällen **möglich** ist, in denen eine **besondere Härte** vorliegt. Die Anregung werde jedoch zum **Anlass** genommen zu **prüfen**, ob **künftig höhere Freibeträge** bei Berücksichtigung des **Wohnungsaufwandes** vorgesehen werden sollten.

2.3. Anträge auf Verordnungsprüfung durch den Verfassungsgerichtshof

2.3.1. Hochwertige Landwirtschaftsflächen für Golfplatz umgewidmet

Von den 30iger bis in die 60iger Jahre des letzten Jahrhunderts wurden in einer feuchten **Riedlandschaft** die **Voraussetzungen** für die **landwirtschaftliche Produktion geschaffen** und verbessert. Im Zuge der größten **Grundzusammenlegung**, die es je in Vorarlberg gab, wurden unter Verwendung vieler Millionen an **öffentlichen Förderungen** Feuchtstellen entwässert, Flächen neu verteilt, Wege gebaut, Siedlungshöfe geformt und **Landwirtschaftsbetriebe** aus den Ortszentren dorthin verlegt. Da diese Flächen seither eine besonders **hohe Bodenqualität** aufweisen, erschienen die Voraussetzungen für eine langfristige Absicherung landwirtschaftlicher Existenzen im besonderen Maße gegeben. Die als Freifläche/Landwirtschaft gewidmeten Grundstücke in der **Landesgrünzone** sollten bei Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes (Auflage 2002) zur Verhinderung einer weiteren Verhüttelung in Freihaltegebiet (FF) umgewidmet werden.

Eine Gruppe von Unternehmern, die sich in einer **Betreiber-gesellschaft** zusammen schlossen, plante indessen in Absprache mit Grundeigentümern die **Errichtung eines Golfplatzes** in diesem Bereich. Nach **Interventionen** bei dem für Tourismus (und Raumplanung) zuständigen Landesrat und der Gemeinde sowie Vorprüfungen beantragte die Gesellschaft die **Umwidmung** mehrerer Grundstücke in „**Sonderfläche Golf**“. Die Gemeinde veranlasste die Erstellung einer **Raumverträglichkeitsprüfung**, die im Gemeindevorstand sowie den Ausschüssen der Gemeindevertretung diskutiert wurde. Wie die Raumplanungsabteilung der LReg drei Tage vor der Beschlussfassung beanstandete, ging das Gutachten nicht auf das **Raumplanungsziel** ein, dass **für die Landwirtschaft besonders geeigneter Flächen** nur bei überwiegendem öffentlichen Interesse verwendet werden dürfen (§ 2 Abs 3 lit d RPG): Ein allfälliger **Umwidmungsbeschluss** wäre daher **gesetzwidrig** und nicht genehmigungsfähig. Kurzfristig ersuchte der Bürgermeister um eine Ergänzung der Raumverträglichkeitsprüfung, welche wenige Stunden vor der Sitzung der **Gemeindevertretung** eintraf. Diese **beschloss** am 01.07.2003 mit 16 zu 14 Stimmen, dem **Umwidmungsantrag** der Grundeigentümer Folge zu geben.

Nachdem der **Raumplanungsbeirat** mehrheitlich keinen Einwand erhoben hatte, **genehmigte** die **LReg** trotz Bedenken der eigenen Raumplanungsabteilung die Umwidmung (04 aMP-001).

Gegen die Umwidmung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen liefen mehrere **Landwirte** aus der Nachbarschaft, die **Landwirtschaftskammer** sowie ein **BürgerInnen-Komitee** Sturm. Aufgrund der Beschwerden prüfte der LVA die Umwidmung und stellte **zahlreiche Rechtswidrigkeiten** fest.

So war **weder** ein **Auflageverfahren** durchgeführt **noch** den betroffenen Grundeigentümern oder den im Gesetz angeführten Behörden und Dienststellen die **Möglichkeit** zur **Stellungnahme** eingeräumt worden, obwohl nicht von allen Grundeigentümern Vollmachten vorlagen. Noch zum Zeitpunkt der Genehmigung

durch die LReg war der Verlauf der **Widmungsgrenze** durch ein Grundstück **unklar**. Auch erwies sich die **Grundlagenforschung** als **unzureichend**: In der Raumverträglichkeitsprüfung war lediglich eine Golfplatznutzung mit der bestehenden intensiven Landwirtschaft verglichen, jedoch weder geprüft worden, wie das Projekt gegenüber einer ökologisch ausgerichteten landwirtschaftlichen Nutzung zu beurteilen wäre noch ob der **Standort** aus einer Gesamtbetrachtung heraus **richtig** ist.

Aus diesen Gründen erfolgte nur eine **eingeschränkte Interessenabwägung**, ohne alle berührten Interessen einzubeziehen. Vor allem **widersprach** die Umwidmung dem **Raumplanungsziel**, wonach **für Land- und Forstwirtschaft besonders geeignete Flächen** für andere Zwecke nur verwendet werden dürfen, wenn dafür ein **überwiegendes öffentliches Interesse** besteht (§ 2 Abs 3 lit d RPG). Diese Flächen weisen eine besonders **hohe Bodenqualität** auf: Nur 4 % aller Landwirtschaftsflächen Vorarlbergs sind in dieser Ertragswertstufe. Es wäre daher zu prüfen gewesen, ob es – sofern die Errichtung eines Golfplatzes als im öffentlichen Interesse gelegen angesehen wird – nicht für die **Landwirtschaft weniger geeignete Flächen** gibt, mit denen den **Raumplanungszielen** eher **entsprochen** würde.

Die Umwidmung widerspricht auch dem Raumplanungsziel gemäß § 2 Abs 2 lit f RPG, wonach Gebiete und Flächen für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Einkauf oder sonstige Nutzungen einander so **zuzuordnen** sind, dass **Belästigungen** möglichst **vermieden** werden: Durch den geplanten Golfplatz verlaufen mehrere **öffentliche Straßen**, welche trotz **Gefährdung** beibehalten wurden. In der Umgebung wird weiterhin **Landwirtschaft** betrieben. Gegenseitige Belästigungen und **Beeinträchtigungen** sind deshalb **vorprogrammiert**.

Nicht berücksichtigt wurde das Durchführungsprotokoll der **Alpenkonvention** betreffend Raumplanung und nachhaltige Entwicklung: Laut Stellungnahme des Bürgermeisters war dieses im Dezember 2002 in Kraft getretene und unmittelbar anzuwendende Abkommen der Gemeinde **nicht** einmal **bekannt**.

Aus all diesen Gründen entschloss sich der LVA, die **Aufhebung der Umwidmung** beim **Verfassungsgerichtshof** zu **beantragen** (04 VP-003).



Neues vom Golfkrieg! (Silvio Raos, VN 18.10.2003)

2.3.2. Sägewerk: Mehr als 20 Jahre lang Gesundheitsgefährdung ignoriert

1979 wurde ein seit vielen Jahren bestehendes **Sägewerk** durch einen wesentlich **größeren Betrieb** ersetzt. Das neue Betriebsgebäude rückte **näher** an ein **Wohngebiet** heran und wurde auf einer Fläche errichtet, welche (erst zwei Jahre vorher) zu 1/3 als **Baumischgebiet** und etwa 2/3 als **Freifläche/Landwirtschaft** gewidmet war. Auch der größere Teil des Betriebsgebietes war als Freifläche/Landwirtschaft gewidmet, darunter auch das Gelände für die **Rundholzsortierung**, welches bis auf **35 m** an das östlich gelegene **Wohngebiet** heranreichte. Trotz des Widerspruches zum Flächenwidmungsplan wurden **Bewilligungen** nach dem Baugesetz, der Gewerbeordnung und dem Landschaftsschutzgesetz **erteilt**.

Da zwischen dem Platz für das Rundholz und dem Wohngebiet **kein Lärmschutz** bestand, kam es schon kurz nach Inbetriebnahme des neuen Sägewerkes ab 1980 immer wieder zu **Beschwerden der Anrainer**, die sich **1986** auch an den gerade erst bestellten LVA wandten (86 bMP-247). Der **Kritik** des damaligen LVA an den rechtswidrigen Bewilligungen wurde von Gemeinde, BH und LReg **nicht Rechnung getragen**, die für die Nachbarn problematische Situation jedoch erkannt. Einzige **Lösung** erschien, auch in Beratungen des Volksanwaltsausschusses des Landtags, eine **Verlegung des Holzlagerplatzes nach Süden**, wo jedoch keine Grundstücke zur Verfügung standen.

Als die Betreiber des Sägewerkes **2001** die südlich des Betriebes gelegenen **Liegenschaften erwerben** konnten, bestand die **Möglichkeit** für ein Abrücken von den Wohnhäusern. Da das Konzept aber nur eine Betriebserweiterung und keine Verlegung vorsah, waren die **Nachbarn dagegen**. Die **Gemeinde** wollte die gewerbebehördliche Genehmigung **abwarten** und erst **danach** die neu gekauften Liegenschaften **umwidmen**. Da diese noch als Freifläche/Landwirtschaft gewidmet waren, **genehmigte die Grundverkehrs-Landeskommission** den Kaufvertrag **nicht**, machte aber deutlich, dass **nach einer Umwidmung eine Genehmigung möglich** ist. Bemühungen des Bürgermeisters, des Bezirkshauptmannes und des LVA, den Nachbarn durch **Verlegung des Holzlagerplatzes** nach Süden und Errichtung von **Lärmschutzwänden** Erleichterung zu schaffen, **scheiterten** an der **fehlenden Widmung** der südlichen Grundstücke.

Im Jänner 2003 erklärte der **medizinische Amtssachverständige** bei einer Gewerbeverhandlung, durch die deutliche **Überschreitung** der **zumutbaren Lärmbelastung** sei eine **Gesundheitsgefährdung** der Anrainer gegeben. Bis Anfang März müssten **schalldämmende Maßnahmen** greifen, andernfalls der **Betrieb eingeschränkt** werden. Dies veranlasste die Gemeinde nach Einholung eines Gutachtens die **Betriebsliegenschaften im Schnellverfahren umzuwidmen**: Den größten Teil als **Betriebsgebiet I**, den Platz für die Rundholzsortierung als **Sondergebiet Holzlagerplatz**. Dies ermöglichte zwar die Errichtung von Lärmschutzwänden, **widersprach** aber der seit vielen Jahren angestrebten **Lösung**, den „Rundholzlagerplatz“ vom Wohngebiet abzurücken (03 aMP-002).

Bis zur überraschenden Umwidmung durch die Gemeindevertretung und der kurzfristig erteilten Genehmigung der LReg war der LVA von einer **guten Gesprächsbasis** mit den Raumplanungsbehörden und einem gemeinsamen **Bemühen**, eine für den Betrieb des Sägewerkes und die Nachbarn **verträgliche Lösung** zu finden, überzeugt. Der LVA wurde erst unmittelbar vor dem Umwidmungsbeschluss von Nachbarn darüber informiert, legte kurzfristig seine **rechtlichen Bedenken** dar und stellte schließlich fest, dass die **Umwidmung rechtswidrig** und somit als **Misstand** in der Verwaltung anzusehen ist.

Nachdem dieser Fall auch Gegenstand umfangreicher **medialer Berichterstattung** in den regionalen Medien, aber auch Österreich weit in einer Volksanwalt-Sendung war, gab es Bemühungen um eine **vertragliche Vereinbarung** zwischen Sägewerkbetreibern und Nachbarn, um zumindest für die Zukunft im Falle einer Erweiterung ein Abrücken zu gewährleisten. Erst nach **Scheitern** dieser Gespräche entschloss sich der LVA, den **Verfassungsgerichtshof** um **Aufhebung der Sondergebietswidmung** Holzlagerplatz zu ersuchen (04 VP-001).

Die Umwidmung diente der **Sanierung** eines seit mehr als 22 Jahren bestehenden (von den Behörden ignorierten) **rechtswidrigen Zustandes** sowie der **Beibehaltung** des bisherigen **Holzlagerplatzes** durch Errichtung von Lärmschutzwänden; andernfalls hätte wegen der vom Amtssachverständigen fest gestellten Gesundheitsgefährdung eine **Betriebseinschränkung** erfolgen müssen.

Tatsächlich **widerspricht** die Errichtung dieses Betriebsgeländes für die Rundholzsortierung (beschönigend: „Rundholzlagerplatz“) bis in unmittelbare Nähe von Wohnhäusern dem **Raumplanungsziel** des § 2 Abs 3 lit f RPG, wonach Gebiete und **Flächen** für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Einkauf und sonstige Nutzungen **so einander zuzuordnen** sind, dass **Belästigungen möglichst vermieden** werden. Statt der in § 3 RPG vorgesehenen Abwägung aller berührter Interessen wurde in Widerspruch zu den Raumplanungszielen einfach der **Weiterbetrieb** des Sägewerkes auf dem bisherigen Gelände **ermöglicht**.

Vor allem beruhte die Entscheidung der Gemeindevertretung aber auf **falschen Voraussetzungen**. Selbst im **Gutachten** wurde die Widmung bis nahe an das Wohngebiet mit aktuell **fehlenden Alternativen** gerechtfertigt. Die **primär anzustrebende räumliche Entflechtung** von Wohn- und betrieblicher Nutzung scheiterte aktuell an der **fehlenden Flächenverfügbarkeit** und solle nicht aus den Augen verloren werden. Die Betreiber des Sägewerkes hatten eine Bestätigung vorgelegt, wonach sie selbst **vom Kaufvertrag Abstand genommen** hatten, was als Nichtverfügbarkeit dieser Flächen interpretiert wurde. Tatsächlich scheiterte die Genehmigung des Kaufvertrages nur daran, dass die **südlich gelegenen Flächen nicht umgewidmet** worden waren. Die **Gemeindevertretung** hätte es somit in der Hand gehabt, diese Flächen anstelle jener in unmittelbarer Nähe des Wohngebietes umzuwidmen und damit eine den Raumplanungszielen eher entsprechende Situation herbei zu führen..

2.3.3. Kerngebietswidmung für Einkaufszentrum als Geheimsache

In einer Walgaugemeinde verhandelte der Bürgermeister mit einer Betreibergesellschaft über die Errichtung eines kleineren **Einkaufszentrums am Rande der Ortschaft**, in der Nähe von Gemeindeamt und Kirche. Die Betreibergesellschaft zeigte sich interessiert, verlangte aber zur Vermeidung der im RPG festgelegten **Beschränkung der Verkaufsflächen** eine **Kerngebietswidmung**.

Der Bürgermeister setzte auf die Tagesordnung der **Gemeindevertretungssitzung** vom 09.04.2002 einen „**Vertraulichen Punkt**“. Gemeindevertretern gab er **keine Auskunft** über den Gegenstand mit Ausnahme des Hinweises, es gehe um die **Nahversorgung**. Im vertraulichen Teil der Sitzung informierte er über die Verhandlungen und die **Forderung** nach einer **Kerngebietswidmung**. Diese wurde nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung mit 17:1 Stimmen **beschlossen**, sollte jedoch noch den Anrainern zur Äußerung zugestellt werden. Den Einsprüchen wurde in der nachfolgenden Sitzung nicht Rechnung getragen und der gesamte **Flächenwidmungsplan** unter Berücksichtigung der am 09.04. beschlossenen Kerngebietswidmung mit 15:2 Stimmen **verabschiedet** und in weiterer Folge von der LReg **genehmigt** (04 aMP-001).

Auf Grund von Beschwerden der Anrainer prüfte der LVA die Widmung und stellte fest, dass es sich um eine reine **Anlasswidmung** handelt, die **Voraussetzungen** für eine Umwidmung **fehlen** und in den Beschlüssen und der kundgemachten Verordnung **widersprüchliche Grundstücksnummern** angeführt waren. Der Beschluss der Gemeindevertretung war **ohne jegliche Grundlagenforschung** und – wie nach einer Aufsichtsbeschwerde auch die BH feststellte – **rechtswidrig** zustande gekommen.

Auch bestanden **Widersprüche** zum **Räumlichen Entwicklungskonzept** der Gemeinde, zu den **Raumplanungszielen** und zum Durchführungsprotokoll der **Alpenkonvention**. Weder war die in § 3 RPG vorgesehene Interessenabwägung vorgenommen worden noch lagen – auf Grund der Situierung der Grundstücke am Ortsrand – die sachlichen **Voraussetzungen** für eine **Kerngebietswidmung** vor. Aus all diesen Gründen beantragte der LVA beim Verfassungsgerichtshof die **Aufhebung** der Kerngebietswidmung **wegen Gesetzwidrigkeit** (04 VP-002). Auch dieses Verfahren ist noch anhängig.

2.4. Förmliche Empfehlungen

Die **vier förmlichen Empfehlungen** des LVA aufgrund festgestellter Missstände betrafen eine kleine Gemeinde, zwei Städte sowie die Landesregierung. Während die **Gemeinden** der Empfehlung **entsprachen**, war die **Landesregierung** dazu **nicht** bereit.

2.4.1. Verzicht auf Wahlempfehlungen in Rundbriefen der Gemeinde

Ein Bürgermeister versandte wenige Tage **vor der Landtagswahl** im September 2004 einen als Bürger-Information bezeichneten **Rundbrief der Gemeinde** an alle Haushalte. Darin führte er aus, dass „Parteipolitik in unserer Gemeinde eine untergeordnete Rolle“ spiele und die Gemeinde seitens des Landes **hohe Förderungen** erhalten habe. „Ein vorrangiges Ziel **unseres Landeshauptmannes** ist es, möglichst **gleiche Lebensbedingungen** für alle Landesbürger .. zu schaffen. Nur Dank der hohen Unterstützung des Landes und des **persönlichen Einsatzes** unseres Landeshauptmannes war es der Gemeinde möglich, diese Vorhaben umzusetzen.“ Der Landeshauptmann habe sich „in den vergangenen Jahren **mit aller Kraft für unser Land** Vorarlberg, für die Gemeinden und uns Bürger **eingesetzt**. Die solide Finanzpolitik des Landes, für die der **Landeshauptmann hauptverantwortlich** ist, ermöglicht die großzügige Förderung der Kleingemeinden.“ Schließlich heißt es neben einem Aufruf zur Teilnahme an der Wahl: „Ich **ersuche euch** im Interesse der Gemeinde, diesen erfolgreichen Vorarlberger Weg zu bestätigen und **unserem Landeshauptmann** mit seinem Team **eure Stimme zu geben**.“ (04 aMP-014)

Medienberichte über diesen Rundbrief veranlassten den LVA zur Einleitung einer **amtswegigen Prüfung**. Der **Bürgermeister** bestätigte, dass es sich um ein Rundschreiben auf dem offiziellen Briefpapier der Gemeinde **an alle Haushalte** gehandelt habe. Dieses habe er in seiner Freizeit erstellt, für die **Kosten** von € 64,45 (Papier, Kopie, Porto) sei die **Gemeinde** aufgekommen. Er habe darin nicht dezidiert auf eine politische Partei hingewiesen. Da die LReg und im speziellen „unser Herr Landeshauptmann“ sich sehr bemühten, für die kleinen Gemeinden finanzielle Rahmenbedingungen für eine lebenswerte Zukunft zu schaffen, sei es ihm ein **Bedürfnis** gewesen, „in diesem Schreiben auf diese Unterstützung hinzuweisen und **für unseren Landeshauptmann zu werben**.“ Er hoffe, damit die Fragen des LVA ausreichend beantwortet zu haben.

Der LVA betonte, dass es **jedem Bürger**, auch wenn er ein öffentliches Amt ausübt, **frei steht**, zu einer bevorstehenden Wahl Stellung zu nehmen und **Wahlempfehlungen** abzugeben. Es ist jedoch **unzulässig**, wenn der Inhaber einer **öffentlichen Funktion** in einem offiziellen Schreiben seiner Gebietskörperschaft oder Behörde – noch dazu auf deren Kosten - **Wahlempfehlungen** abgibt. Vielmehr muss zwischen **parteipolitischer Betätigung** und **behördlicher Tätigkeit unterschieden** werden. Aus diesem Grunde wurde die Vorgangsweise, in einem offiziellen Rundschreiben der Gemeinde an alle Haushalte auf Briefpapier und Kosten der Gemeinde eine Wahlempfehlung abzugeben, als **Misstand** festgestellt.

Der Stellungnahme des Bürgermeisters war weder das Eingeständnis der unkorrekten Vorgangsweise noch die Absicht, derartiges künftig zu unterlassen oder die aufgewendeten Kosten zu erstatten, zu entnehmen. Deshalb richtete der LVA an die Gemeindevertretung die **Empfehlung** dafür Sorge zu tragen, dass künftig **keine Wahlempfehlungen** auf Briefpapier und Kosten der Gemeinde abgegeben und die für das Rundschreiben aufgelaufenen **Kosten ersetzt** werden (04 E0-004).

Der **Bürgermeister** teilte darauf hin mit, dass er die Empfehlung der Gemeindevertretung zur Kenntnis gebracht und die **Kosten ersetzt** habe. Er sei sich bewusst, dass die **Vorgangsweise unkorrekt** war und werde künftig in seiner Funktion als Bürgermeister **keine Wahlempfehlungen mehr** abgeben.

2.4.2. Keine Vorschreibung von Selbstbehalten für den Schulbesuch in Nachbargemeinde

Mehrere Kinder aus einer Stadt besuchten in der **Nachbargemeinde** eine **Hauptschule** mit technischem **Schwerpunkt**. Die **Stadt zahlte** für diese den **Schulerhaltungsbeitrag** an die **Gemeinde**, verlangte von den **Eltern** jedoch eine Verpflichtungserklärung und die **Rückzahlung** als „Selbstbehalt“. Als Schülereltern davon hörten, dass diese Vorschreibung rechtswidrig sein könnte, wandten sie sich an den LVA (04 BMP-054).

Gemäß § 14 Abs 1 **PflichtschulerhaltungsgrundsatzG** des Bundes und § 19 Abs 1 **SchulerhaltungsG** des Landes ist der **Besuch der öffentlichen Pflichtschulen** für alle Kinder **unentgeltlich**. Wie vom LVA schon mehrmals betont, **verstoßen** auch **privatrechtliche Vereinbarungen** über einen Schulerhaltungsbeitrag der Eltern **gegen diese Gesetze**. Einem Schreiben der Stadt war zu entnehmen, dass deren Mitarbeiter die gesetzliche Lage kennen. Umso bedenklicher erschien es, dass sich die **Verwaltung über die Gesetze hinwegsetzt** und von den Eltern einen „Selbstbehalt“ verlangt.

Die **Stadt** sah darin trotzdem eine **sachgerechte Lösung** im Interesse der betroffenen Eltern und Schüler. Diese hätten vielfach den Wunsch, eine **Schwerpunktschule** zu besuchen, mangels Sprengelzugehörigkeit aber **keinen Rechtsanspruch** darauf. Obwohl keine Verpflichtung zur Bezahlung von Schulerhaltungsbeiträgen an die Nachbargemeinde bestehe, habe die Stadt auf **Ersuchen der Eltern** freiwillig einen Teil der Beiträge übernommen, wenn die Eltern den anderen Teil bezahlen. Dies bilde eine **Voraussetzung** für die **Aufnahme** in diese Schule. Damit könnten die Schüler die von **ihnen bevorzugte Schule besuchen**, auch wenn sie nicht zum Berechtigungssprengel gehört.

Der LVA betonte, dass es angesichts der Differenzierung der **Hauptschulen**, insbesondere durch die Setzung von **Ausbildungsschwerpunkten**, zu begrüßen ist, wenn Schülern aus anderen Sprengeln die Möglichkeit gegeben wird, eine ihrer **Begabung** entsprechende Ausbildung zu erhalten. Die **gesetzliche Regelung** der Schulerhaltungskosten sowie die Einteilung der **Schulsprengel entspricht nicht** mehr diesen Gegebenheiten und den **Bedürfnissen der Schüler**. Aus diesem Grunde ist eine **Vereinbarung**, wie sie **zwischen der Stadt** und der **Nachbargemeinde** zur gegenseitigen Übernahme der Schulerhaltungskosten getroffen wurde, eine **sinnvolle** und im Interesse der Schüler gelegene **Vorgangsweise**.

Dies ändert jedoch nichts daran, dass die **Vorschreibung** von **Schulerhaltungsbeiträgen** an **Eltern** für den Besuch ihrer Kinder in öffentlichen Pflichtschulen **rechtswidrig** ist und auch **privatrechtliche Vereinbarungen** darüber gemäß § 879 ABGB als **nichtig** anzusehen sind. Die **Vorschreibung** eines Rückersatzes für die von der Stadt bezahlten Schulerhaltungsbeiträge ist daher **rechtlich nicht gedeckt** und wurde vom LVA als **Misstand** in der Verwaltung festgestellt.

Gemäß einer vom LVA verlangten **Aufstellung** der Schuljahre 2001/02 und 2002/03 hatten 75 (69) Schüler aus der Stadt auswärtige Schulen besucht, wofür € 35.470,-- (€ 33.738,--) bezahlt worden waren. Andererseits besuchten in diesen Schuljahren 162 (168) auswärtige Schüler städtische Hauptschulen, wofür die Stadt von deren Heimatgemeinden € 166.257,-- (€ 157.176,--) an Schulerhaltungsbeiträgen erhalten hatte. Obwohl die **Stadt** somit von anderen Gemeinden **fünf Mal** so viel an **Schulerhaltungsbeiträgen erhalten** als selbst für den Schulbesuch ihrer Schüler an andere Gemeinden **bezahlt** hatte, forderte sie von den Eltern der Schüler, die eine auswärtige Schule besuchten, jeweils € 363,36 an „Selbstbehalt“ zurück.

Der LVA richtete an die Stadtvertretung deshalb die **Empfehlung**, von der **Vorschreibung** von **Schulerhaltungsbeiträgen gegenüber den Eltern schulpflichtiger Kinder abzusehen**. Im Interesse der betroffenen Schüler sollte an der **flexiblen Handhabung** des **Besuches** von **Pflichtschulen außerhalb** des **Sprengels** festgehalten werden (04 EO-003). 5 Monate später beschloss die Stadtvertretung, **keine Kostenersätze** mehr vorzuschreiben. Die bisherige **Wahlmöglichkeit** zum Besuch der Nachbarhauptschule werde aber nur beibehalten, wenn der Stadt dadurch **keine** zusätzlichen **Kosten** entstehen.

2.4.3. Über Berechnung des Tourismusbeitrages korrekt informieren

Ein Rechtsanwalt beschwerte sich, dass die Stadtverwaltung über die **Bemessungsgrundlage** zur Berechnung des **Tourismusbeitrages falsch informiere**. In § 10 TourismusG wird der **abgabepflichtige Umsatz** festgelegt mit **zahlreichen Ausnahmen**: Einnahmen aus Lieferungen in andere Bundesländer oder ins Ausland, aus Wohnungsvermietungen (außer Ferienwohnungen), aus Unternehmensveräußerungen, aus Land- und Forstwirtschaft u.a. Im **Informationsblatt** zum Tourismusbeitrag hieß es dazu lediglich: „Der abgabepflichtige Umsatz ergibt sich aus der Summe der Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein selbständig Erwerbstätiger im Rahmen seiner Erwerbstätigkeit gegen Entgelt ausführt, sowie dem Eigenverbrauch“. (04 bMP-062)

Der LVA betonte, dass es gerade bei **Selbstbemessungsabgaben** geboten ist, die Abgabepflichtigen über die Voraussetzungen sowie die Art und Weise der Bemessung **korrekt** und eingehend zu **informieren**. Die **Stadt** erklärte dazu, mit dem Rundschreiben sei **keine umfassende Rechtsbelehrung** bezweckt und werde darauf hingewiesen, dass für **Detailfragen** die **Mitarbeiter** jederzeit gerne zur Verfügung stehen. Das **Rundschreiben** informiere **nur** über die Berechnungsweise im **Regelfall** und klammere aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Einzelfall bezogene Probleme aus.

Vom **LVA** wurde die **unzureichende Rechtsbelehrung** dennoch in Kritik gezogen, da auf die in § 10 Abs 1 lit a bis g TourismusG angeführten **Ausnahmen in keiner Weise**, auch nicht in allgemeiner Form **hingewiesen** wird. Vielmehr muss aufgrund der Formulierung ein nicht juristisch informierter oder beratener Abgabepflichtiger **annehmen**, dass der **gesamte Umsatz** zuzüglich Eigenverbrauch **ausnahmslos** in die Bemessungsgrundlage einfließt.

Auch wenn Hinweise auf spezifische Fallkonstellationen den Rahmen eines Informationsschreibens sprengen, betreffen die **Ausnahmen** doch **viele Abgabepflichtige**, welche somit nicht den gesamten Umsatz in die Bemessung einzubeziehen haben. Die **Formulierung** im **Informationsblatt**, welche die Ausnahmeregelung nicht einmal erwähnt, ist daher **grob irreführend**. Aus diesem Grunde richtete der LVA an die Stadtvertretung die **Empfehlung**, künftig bei der **Rechtsbelehrung** zum Tourismusbeitrag in geeigneter Form **auf die Ausnahmen** von der Bemessungsgrundlage **hinzuweisen** (04 EO-001). Die Stadt übermittelte in weiterer Folge den Entwurf für ein neues Informationsblatt, in welchem auf die Ausnahmen ausdrücklich hingewiesen wird, und **entsprach** damit der **Empfehlung**.

2.4.4. Überprüfung der Wohnbeihilferichtlinien im Sinne des Gender Mainstreaming

In den vergangenen Jahren hat der LVA immer wieder Bestimmungen der **Wohnbeihilferichtlinien in Kritik gezogen**. An einer Reihe von Einzelfällen wurde aufgezeigt, dass gerade **Frauen**, welche auf Grund ihres geringeren Einkommens **stärker auf Wohnbeihilfe angewiesen** sind, durch einzelne Bestimmungen **benachteiligt** werden. Die LReg hat am 04.06.2002 den **Beschluss** gefasst, die **Gender-Mainstreaming-Strategie** als Querschnittsaufgabe **für alle Bereiche der Landespolitik** als Leitziel zu verankern. Dies veranlasste den LVA auf Grundlage bisheriger Fälle und Missstandsfeststellungen, das **System** der Wohnbeihilfe einer **grundsätzlichen Betrachtung** zu unterziehen und an die LReg die **Empfehlung** zu richten, die **Wohnbeihilferichtlinien im Sinne des Gender Mainstreaming zu überprüfen** (04 EO-002).

Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe und Sozialhilfe stellen wichtige Instrumente dar, Bürgerinnen und Bürgern ein **menschenwürdiges Wohnen** zu **ermöglichen**. Neben **Objektförderungen** zur Schaffung günstigen Wohnraumes kommt die eigentliche **Wohnbauförderung** jenen zugute, welche sich die Errichtung eines **Eigenheimes** oder den Kauf einer Eigentumswohnung **leisten können**. Diese Förderung durch begünstigte Darlehen oder Annuitätzuschüsse wird auf Jahrzehnte hinaus gewährt ohne Berücksichtigung der künftigen Entwicklung des Einkommens der geförderten Personen.

Menschen, die mit einem **geringen Arbeitseinkommen** oder sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen aus früherer Berufstätigkeit (wie Pension, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) **an der Armutsgrenze** leben und sich die Wohnungskosten (Miete, Rückzahlungen) nicht leisten können, erhalten **Wohnbeihilfe**. Diese wird nur für jeweils ein Jahr gewährt, danach muss neu angesucht werden. Im Falle einer Änderung der Einkommensverhältnisse während des Bezuges wird sie reduziert oder eingestellt.

Am schlechtesten gestellt sind jene Menschen, die über **kein Arbeitseinkommen** oder Sozialversicherungsansprüche verfügen und damit **unter der Armutsgrenze** liegen. Diese sind seit etwa 10 Jahren **von der Wohnbeihilfe ausgeschlossen**, ihre Wohnungskosten werden neben dem Sozialhilfe-Richtsatz aus Mitteln der **Sozialhilfe** getragen. Sozialhilfe kann von unterhaltspflichtigen Angehörigen (§ 10 SHG) und von den Beziehern **zurück verlangt** werden, wenn diese innerhalb von 10 Jahren ein ausreichendes Einkommen oder Vermögen erhalten (§ 9 Abs 1 SHG).

Im Ergebnis wird somit die öffentliche **Unterstützung** des Wohnungsaufwandes für die **finanziell besser gestellten** Bürgerinnen und Bürger **großzügiger** gehandhabt als gegenüber jenen, die nur über ein geringes oder kein Einkommen verfügen.

Angesichts der **ungleichen Einkommensverteilung** zwischen den Geschlechtern sowie ihres höheren Anteils an geringfügig und Teilzeit-Beschäftigten sowie **Alleinerziehern** sind **Frauen** im besonderen Maße auf **Unterstützung** der Wohnungskosten **angewiesen**. Diese kommt somit Frauen stärker zugute, dennoch enthalten die geschlechtsneutral formulierten Richtlinien eine Reihe von **Bestimmungen**, welche besonders die **Möglichkeit** von Frauen, Wohnbeihilfe in Anspruch zu nehmen, **einschränken**:

a) Einrechnung fiktiven Unterhalts als Teil des Familieneinkommens:

Wie der LVA bereits 2001 in einer Empfehlung (Bericht 2001, Kap 3.3.1.) ausgeführt hat, ist es sachlich nicht zu rechtfertigen, wenn **nachweislich uneinbringliche Unterhaltsforderungen** von Kindern, die keine Unterhaltsvorschüsse erhalten, oder gegenüber geschiedenen Ehegatten trotzdem **als Einkommen angerechnet** werden und zu einer Kürzung oder Ablehnung der Wohnbeihilfe führen.

b) Hochrechnung von Teilzeiteinkommen:

Gemäß § 21 Abs 6 der Richtlinien kommt es bei **Teilzeitbeschäftigten** (mit Ausnahmen bei Betreuung minderjähriger Kinder) zu einer **Hochrechnung auf 100%** - unabhängig davon, ob im Einzelfall eine Vollbeschäftigung überhaupt möglich ist. Laut Volkszählung 2001 sind 89% aller Teilzeitbeschäftigten in Vorarlberg Frauen.

c) Berücksichtigung der Ausgleichszahlung bei Scheidung:

Scheidungsabfindungen dienen oft der **Neubeschaffung von Wohnraum** und Einrichtung oder zur Deckung von **Rechtsanwalts- und Übersiedlungskosten**, mitunter auch als Ausgleich fehlenden **Unterhaltes**. Kaum einmal stehen diese ausschließlich zur Bestreitung der laufenden Wohnungskosten zur Verfügung. Auch wenn nach der Kritik des LVA nunmehr gewisse nachgewiesene Auslagen bei Übersiedlung bis zu einem Höchstbetrag in Abzug gebracht werden, wird nach wie vor davon ausgegangen, dass mit dem verbleibenden Teil der Ausgleichszahlung die **laufenden Wohnungskosten zu bestreiten** sind. Dies führt regelmäßig zur Ablehnung der Wohnbeihilfe, wovon überwiegend Frauen betroffen sind (s. Kap 2.5.2. und 2.5.3.).

d) Ablehnung der Wohnbeihilfe bei getrenntem Wohnsitz von Eheleuten in Scheidung:

Solange Eheleute nicht geschieden sind, wird die Wohnbeihilfe regelmäßig mit der Begründung abgelehnt, dass die Verwaltungspraxis den **Status getrennte Wohnsitznahme** für Ehegatten **nicht kennt** und von einem **gemeinsamen Wohnsitz** auszugehen ist (s. Kap 2.5.1.). Bei länger dauernden Scheidungsverfahren oder wenn ein Ehepartner im Ausland lebt, führt dies immer wieder zu **Härten**.

e) Ausschluss von Schülern und Studenten von der Wohnbeihilfe:

Gemäß § 23 Abs 1 der Richtlinien sind Schüler, Studenten und Minderjährige **generell** von der Wohnbeihilfe **ausgeschlossen**. Der LVA wurde damit konfrontiert, dass Frauen mit kleinen Kindern keine Wohnbeihilfe erhielten, weil sie sich weiterbilden wollten (s. Kap 2.5.4.). Der LVA tritt nicht dafür ein, Lehrlingen, Schülern und Studenten generell Wohnbeihilfe zu gewähren, zumal diese üblicherweise auch die Voraussetzungen nicht erfüllen. Es ist aber nicht nachvollziehbar, wenn **Berufstätige, Pensionisten** oder **Mütter mit Erziehungspflichten**, welche sonst die **Voraussetzungen** für die Wohnbeihilfe **erfüllen**, wegen einer Weiterbildung davon **ausgeschlossen** werden.

Angesichts der vom **LVA** mehrmals aufgezeigten Kritikpunkte, welche eine **Diskriminierung von Frauen** nahe legen, sowie des von der **LReg** gefassten Beschlusses, die **Gender-Mainstreaming-Strategie** als Querschnittsaufgabe **für alle Bereiche der Landespolitik** als Leitziel zu verankern, erscheint es geboten, den von der LReg selbst gefassten **Grundsatzbeschluss** auf die **Verwaltungspraxis** bei Gewährung von **Wohnbeihilfe anzuwenden** und diese einer entsprechenden **Evaluierung** zu unterziehen. Der LVA richtete daher an die LReg die **Empfehlung**, die **Wohnbeihilferichtlinien** im Sinne des **Gender Mainstreaming zu überprüfen**.

Die **Landesregierung** erklärte dazu, dass die **Richtlinie keine Unterscheidung** zwischen Mann und Frau mache und die Wohnbeihilfe zu **75% Frauen** und zu **40% Alleinerziehenden** zugute komme. Es könne daher **nicht** von einer **Benachteiligung** gesprochen werden. Es sei Faktum, dass überwiegend **Frauen** Alleinerzieherinnen und nicht selten durch nicht adäquate Unterhaltszahlungen **benachteiligt** sind. Auch wurde eingeräumt, dass es für Frauen schwierig ist, gleichzeitig Kinder zu erziehen und die Ausbildung zu verbessern. Dies sei jedoch auf der Berufs- und Ausbildungsebene, in Sachen Unterhalt und Karenz abzufragen. Die **Wohnbeihilfe** könne lediglich einen gewissen **Ausgleich** für gesellschaftliche Unterschiede auf Ebene der **Wohnungskosten** herstellen, **nicht** jedoch deren **Ursachen kompensieren**.

Zweck der Wohnbeihilfe sei auch **nicht** die **Kompensation** von fehlenden **Unterhaltszahlungen**. Auf die **Hochrechnung** von Teilzeiteinkommen für Alleinerziehende mit **3 und mehr Kindern** im Alter von 6-18 Jahren werde seit 01.08.2004 **verzichtet**, auf **arbeitssuchende Frauen** während der Zeit der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt besonders Bedacht genommen. **Privatvermögen** sei grundsätzlich **nicht** zu Lasten von Fördergeldern (letztlich Steuermitteln) **zu schützen**, was nicht nur Ausgleichszahlungen, sondern auch sonstige Barschaften betreffe.

Gender Mainstreaming könne nicht als Begründung dienen, Wohnbeihilfe für alle Zwecke einzusetzen. Vielmehr bedürfe es einer ursächlichen Betrachtung, auf welcher Ebene Frauen keine entsprechende Gleichstellung erfahren. Eine weitere **Ausdehnung der Wohnbeihilfe** würde zu starken **finanziellen Engpässen** im Budgetrahmen der Wohnbauförderung führen.

Unabhängig von den vom LVA übermittelten Anlassfällen sei man **bemüht**, im **Beirat** und **Kuratorium** vertretbare **Lösungen** anzubieten. Bei entsprechendem Nachweis über die Verwendung der Mittel würde eine tragbare Regelung im Beirat und Kuratorium gefunden. Dies gelte in Notfällen auch bei länger dauernden Scheidungsverfahren und getrenntem Wohnsitz.

Die (ablehnende) Stellungnahme der **LReg** zu den Kritikpunkten des LVA bedeutet wohl, dass sie **nicht bereit** ist, der **Empfehlung zu entsprechen** und die Wohnbeihilferichtlinien im Sinne des (von ihr selbst beschlossenen) Grundsatzes des Gender Mainstreaming zu überprüfen.

2.5. Berichtenswertes aus der Landesverwaltung

2.5.1. Getrennt lebende Eheleute gibt es für die Landesregierung nicht

Die **Scheidung zog sich** seit Jänner 2003 **hin**, da der Ehegatte zu einer einvernehmlichen Scheidung nur bei einem Unterhaltsverzicht bereit war. Dazu konnte der Anwalt der **Gattin** aber nicht raten. Diese **bezog** daher noch **vor** Ausspruch der **Scheidung** zusammen mit dem Kind eine **eigene Wohnung**. Angesichts der hohen **Wohnungskosten** in Vorarlberg konnte sie sich die **Miete** mit der **Notstandshilfe** und den **geringen Unterhaltszahlungen** jedoch **kaum leisten**, weshalb sie **Wohnbeihilfe beantragte**. Die **LReg** teilte ihr mit, dass der Antrag auf Wohnbeihilfe **nicht bewilligt** werden kann, weil es den **Familienstand „getrennt lebend“** nach den Bestimmungen der Wohnbeihilferichtlinien **nicht gibt**. Bis zur Scheidung gelte sie als verheiratet und bilde eine **wirtschaftliche Lebensgemeinschaft** mit dem Gatten (04 AuBe-327).

Der **LVA** ersuchte um **neuerliche Prüfung** des Anliegens und wies darauf hin, dass angesichts des vorliegenden Sachverhaltes der **Standpunkt** der LReg, es liege eine aufrechte wirtschaftliche Lebensgemeinschaft vor, **lebensfremd** ist. Nach Befassung des Kuratoriums wurde **ausnahmsweise** im Hinblick auf das lang dauernde Scheidungsverfahren doch für ein halbes Jahr ein **Wohnungszuschuss gewährt** unter der **Auflage**, das sie nach Abschluss des Verfahrens das **Scheidungsurteil** vorlegt.

2.5.2. Seltsame Rechenkunststücke der Wohnbeihilfenstelle

Nach dem **Scheitern ihrer Ehe** übersiedelte die Gattin mit 2 kleinen Kindern in eine **Mietkaufwohnung**. Da die Scheidung noch nicht abgeschlossen und die Höhe der **Ausgleichszahlung** noch **nicht festgelegt** war, nahm sie für den erforderlichen **Finanzierungsbeitrag** (€ 27.000,--) einen **Privatkredit** auf, den sie **nach Erhalt** der **Ausgleichszahlung** von € 48.000,-- **zurück zahlte**. Da sie damit auch die **Kosten** der **Wohnungseinrichtung** (€ 7.000,--) und der **Scheidung** (€ 2.000,--) bestreiten musste, **blieben** ihr von der Ausgleichszahlung **€ 12.000,--**.

Als sie wegen ihres für die laufenden Wohnungskosten zu geringen Einkommens **Wohnbeihilfe beantragte**, stellte sich die LReg auf den Standpunkt, von der Ausgleichszahlung dürften nach der Spruchpraxis des Kuratoriums **maximal € 10.000,--** für die Anschaffung von **Gebrauchsvermögen** und **Wohnungsaufwendungen** in Ansatz gebracht werden. Sie hätte somit **noch € 38.000,--** zur Verfügung, damit könne sie die **Wohnungskosten** der nächsten **4 Jahre bestreiten** (04 bMP-057).

Für den LVA war **nicht nachvollziehbar**, wie eine **Ausgleichszahlung**, die nach Verlust der Ehwohnung überwiegend zur **Finanzierung** einer **Mietkaufwohnung verwendet** worden war, zur **Bestreitung der laufenden Wohnungskosten** herangezogen werden soll. Diesen Betrag bei Beurteilung der Wohnbeihilfe als **verfügbares Vermögen** zu werten, ist **unlogisch** und **lebensfremd**. Dabei darf es **keine Rolle** spielen, dass die **Ausgleichszahlung** infolge der Dauer des Scheidungsverfahrens erst **nach Überweisung** des **Finanzierungsbeitrages** (der mit einem Kredit bevorschusst wurde) erfolgt ist.

Nach **neuerlicher Prüfung** erklärte sich die **LReg** bereit, den **Finanzierungsbeitrag** sowie die nachgewiesenen **Anschaffungs- und Scheidungskosten** von der Ausgleichszahlung **abzuziehen**. Sie hielt jedoch an der **Verwaltungspraxis** fest, den trotzdem noch verbleibenden Restbetrag **auf die Miete anzurechnen**. Damit erhielt die betroffene Frau zwar noch immer **keine Wohnbeihilfe**, die **Wartezeit verkürzte sich** jedoch von ursprünglich vier Jahren auf nur noch **ein Jahr**.

2.5.3. Wohnbeihilfe abgelehnt, obwohl Ausgleichszahlung nicht einbringlich ist

Im Zuge der **Scheidung** erhielt der bisherige Ehegatte die eheliche Wohnung und die **Gattin** eine **Ausgleichszahlung** von € 36.000,-- **zugesprochen**. Der Gatte verfügte über keine finanziellen Mittel, war arbeitsunfähig und hatte einen Pensionsantrag gestellt. Eine **Realisierung** der Ausgleichszahlung war **nur durch Zwangsversteigerung** der bisherigen Ehwohnung **möglich**, wodurch der Ehegatte die Wohnung verlieren würde und gefährdet wäre.

Als die geschiedene Gattin **Wohnbeihilfe** beantragte, wurde dies unter Hinweis auf die **Ausgleichszahlung abgelehnt**. Es war für sie **nicht verständlich**, dass die praktisch **nicht realisierbare Ausgleichszahlung** Grund für die **Ablehnung** sein sollte. Auch sah sie eine Verletzung des **Gleichbehandlungsgrundsatzes**, da normaler Weise Antragsteller auf Wohnbeihilfe Privatvermögen wie **Ersparnisse nicht offen legen** müssen (03 bMP-133).

Der LVA ersuchte aus **sozialen Gründen** um **neuerliche Prüfung** des Antrages im Hinblick auf die konkrete Situation: Die **Ausgleichszahlung** war mittelfristig **nicht einbringlich**, eine Geltendmachung durch **Zwangsversteigerung** der Wohnung würde vermutlich nicht nur für den geschiedenen Ehegatten, sondern auch für die öffentliche Hand **noch größere Probleme** aufwerfen.

Trotz dieser Argumente **lehnte** auch der **Wohnbauförderungsbeirat** zunächst eine Wohnbeihilfe **ab**. Erst nach Darlegung des Falles in der **ORF-Sendung** „Volksanwalt - Gleiches Recht für Alle“ am 17.04.2004 und Vorlage eines **ärztlichen Gutachtens** über den ehemaligen Gatten erklärte sich die LReg schließlich doch bereit, **vorläufig** von der faktisch nicht einbringlichen Ausgleichszahlung **abzusehen** und angesichts der schwierigen Situation **Wohnbeihilfe zu gewähren**.

2.5.4. Wohnbeihilfe für zweifache Mutter wegen Aufnahme eines Studiums abgelehnt

Die **alleinerziehende Mutter** von 5-jährigen Zwillingen führte bereits einen **eigenständigen Haushalt**, als sie sich entschloss, ihr **Studium** fortzusetzen. Mit dem **Stipendium** und den **Unterhaltsbeiträgen** für die beiden Kinder waren die Kosten für die Wohnung jedoch nicht zu bewältigen. Ihr Antrag auf **Wohnbeihilfe** wurde mit der Begründung abgelehnt, dass **Studenten** nach den Richtlinien **keine Wohnbeihilfe** erhalten. Es wurde ihr nahe gelegt, doch um **Sozialhilfe** anzusuchen.

Sozialhilfe wurde wiederum mit der Begründung **abgelehnt**, sie habe eine **Lehre** als Einzelhandelskauffrau **abgeschlossen** und könne ihren Lebensunterhalt im erlernten Beruf bestreiten. Für die Aufnahme eines **Studiums** habe **keine Notwendigkeit** bestanden (03 AuBe-219).

Für den LVA ist die **Regelung**, Schülern, Lehrlingen und Studenten keine Wohnbeihilfe zu gewähren, **grundsätzlich nachvollziehbar**. Es gibt allerdings **untypische Fälle**, bei welchen diese Bestimmung zu einer **unbilligen Härte** führt. Auch hier lag **nicht** jener **Regelfall** vor, den die LReg bei der Formulierung der Richtlinien im Auge hatte. Vielmehr erfüllte die Alleinerzieherin von 2 Kindern unter 6 Jahren **ohne Nachweis eines Arbeitseinkommens** die **Voraussetzungen** für den Bezug der **Wohnbeihilfe**. Es war daher nicht nachvollziehbar, dass die Fortsetzung des **Studiums** der **Grund für die Ablehnung** der sonst möglichen Wohnbeihilfe sein sollte.

Auch nach neuerlicher Befassung der LReg und Darlegung des Falles in der **ORF-Sendung** „Volksanwalt - Gleiches Recht für Alle“ am 17.04.2004 **lehnte** die **LReg** - für den LVA **unverständlich** - die Gewährung einer Wohnbeihilfe **endgültig ab**.

2.5.5. Wohnbauförderung gekürzt, weil Hausanteil zu früh übergeben

Vor 10 Jahren hatte ein Ehepaar eine **Mietkaufwohnung** bezogen, die es **nunmehr erwerben** konnte. Da der Gatte seit einem schweren Unfall **arbeitsunfähig** war und nur eine **kleine Invalidenrente** bezog, war dies nur durch den **großen Einsatz der Gattin** möglich, die neben der Betreuung der vierköpfigen Familie noch Reinigungsarbeiten verrichtete. Die **Mutter** des Ehegatten hatte im Jahre 2001 – kurz vor Erhöhung von Bundesabgaben – ihr **Wohnhaus** den 4 Kindern zu gleichen Teilen **übertragen**, sich dabei aber das **Wohnungsrecht** samt Belastungs- und Veräußerungsverbot **vorbehalten**. Da der **Invalidenrentner** nun zu **1/4 Miteigentümer** einer Liegenschaft war, wurde er zur **Rückzahlung von Wohnbauförderungsmitteln** für die Mietkaufwohnung in Höhe von ca **€ 13.000,--** **aufgefordert** (04 AuBe-347).

Der LVA verwies auf die **persönliche Tragik**, die damit verbundene **eingeschränkte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** sowie den Umstand, dass auf Grund der Vertragsgestaltung der **1/4 Anteil** am elterlichen **Wohnhaus wirtschaftlich nicht realisierbar** ist. Wäre sich die Familie der Konsequenzen der **vorgezogenen Erbteilung** bewusst gewesen, hätte man wohl mit der Übergabe des Hauses zugewartet. Die LReg wurde daher ersucht, auf die Rückforderung zu verzichten und eine **Lösung** zu suchen, die es der Familie ermöglicht, die gerade erst **erworbene Wohnung halten zu können**. Angesichts der persönlichen Umstände und nach Übermittlung entsprechender Belege erklärte sich die **LReg** schließlich bereit, von der **Kürzung der Wohnbauförderung** vorerst **Abstand** zu nehmen.

2.5.6. Wegen Sozialhilfe-Antrag mit Abschiebung bedroht

Von der Möglichkeit, im Rahmen der **Freizügigkeit** ihren **Wohnsitz in Vorarlberg** zu nehmen, machen immer mehr (vor allem deutsche) **EU-Bürger** Gebrauch. Manchen von ihnen **gelingt es** allerdings **nicht** wie erhofft, auf dem **Arbeitsmarkt** Fuß zu fassen und ihren **Lebensunterhalt** selbst zu **bestreiten**. Als EU-Bürger haben sie denselben **Rechtsanspruch auf Sozialhilfe** wie Österreicher.

Eine **deutsche Staatsbürgerin** lebte seit **zwei Jahren** in Vorarlberg, hatte zunächst **gearbeitet** und nach Verlust des Arbeitsplatzes **von Ersparnissen gelebt**. Als diese **erschöpft** waren und sie wegen ihrer **Schwangerschaft keine Arbeitsstelle** mehr erhielt, beantragte sie zur **Überbrückung** bis zur Karenz **Sozialhilfe**. Die SH-Abteilung informierte die **Fremdenpolizeiabteilung**, von der sie eine Aufforderung wegen **drohender Ausweisung** erhielt. Sie sah darin einen Widerspruch zum **Grundsatz der Freizügigkeit** (04 bMP-100).

Gemäß § 46 Abs 1 FremdenG haben **EWR-Bürger** zwar Sichtvermerks- und **Niederlassungsfreiheit**, hingegen sind gemäß § 46 Abs 2 FremdenG EWR-Bürger, die nicht über **ausreichende Mittel** zu ihrem Unterhalt oder über keine **Krankenversicherung** für alle Risiken verfügen, nur dann zur Niederlassung berechtigt, wenn sie der Behörde 1. eine Einstellungserklärung oder **Arbeitsbescheinigung** vorlegen oder 2. nachweisen können, dass sie eine **selbständige Erwerbstätigkeit** ausüben, oder 3. glaubhaft machen, dass sie innerhalb von 6 Monaten nach der Einreise **begründete Aussicht** auf Aufnahme der Erwerbstätigkeit haben, oder 4. nachweisen können, dass ihnen als Familienangehöriger eines zum Aufenthalt berechtigten EWR-Bürgers **Unterhalt** gewährt wird.

Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kann gemäß § 48 Abs 2 FremdenG auch ein **EWR-Bürger ausgewiesen** werden. Zu berücksichtigen ist im Falle einer beabsichtigten Ausweisung im Hinblick auf die **Europäische Menschenrechtskonvention** jedoch auch, ob die betroffene Person in Österreich **integriert** ist oder **familiäre Bindungen** zu Österreich bestehen.

Die **Vorgangsweise** der BH – wobei der Vollzug des Fremdenrechtes eine Sache der Bundesverwaltung ist – konnte daher **nicht** als **rechtswidrig** festgestellt werden.

Der LVA war aber verwundert darüber, dass bei einer Frau, die **zwei Jahre** lang ihren **Unterhalt selbst bestritten** und in wenigen Monaten **Anspruch** auf entsprechende **Familienleistungen** hat, so vorgegangen wird. Die BH bestätigte die (**übliche**) **Meldung der SH-Abteilung** an die **Fremdenpolizeiabteilung** angesichts der **Mittellosigkeit** und hoher Wohnungskosten, gewährte aber schließlich **Sozialhilfe** zur **Überbrückung**. Nach Vorlage einer Bestätigung über die **künftige Beschäftigung** sah sie auch **keinen Anlass** für **fremdenpolizeiliche Maßnahmen** mehr.

2.5.7. Sozialhilfeanspruch falsch berechnet

Im Zuge der **Scheidung** vom hoch verschuldeten Ehegatten war abgeklärt worden, dass die Mutter eines Kindes sowie eines Pflegekindes **Anspruch auf Sozialhilfe** hat. Der **SH-Bescheid**, mit welchem nur die Hälfte der Wohnungskosten sowie ein relativ geringer Lebensunterhalt zugesprochen wurden, enthielt unter Hinweis auf § 58 AVG **keine Begründung** und war weder für sie noch für die betreuende Sozialarbeiterin **nachvollziehbar**. Einem Ersuchen der Gemeinde um Übermittlung des Berechnungsblattes wurde von der BH nicht entsprochen, weil die **Berechnung zu kompliziert** sei (04 AuBe-046).

Der **LVA riet** im Hinblick auf die offene Rechtsmittelfrist zu einer **Berufung**, versuchte aber auch, die **Berechnung** mit der Sachbearbeiterin der BH **abzuklären**. Es stellte sich heraus, dass bei Berechnung der Wohnungskosten **von einem 4-Personen-Haushalt ausgegangen** worden war. Die Sachbearbeiterin hatte zwar den zuvor eingetragenen, inzwischen geschiedenen und **ausgezogenen Ehegatten** im EDV-Programm gelöscht, bei der EDV-mäßigen Berechnung des SH-Anspruches wurden die Wohnungskosten aber immer noch durch 4 (beide Ehegatten, eheliches Kind und Pflegekind) statt durch 3 geteilt. Für das gemeinsame Kind war ein **Unterhalt** von € 200,-- berücksichtigt worden, weil die **Herabsetzung** auf monatlich € 163,-- entgegen einer Zusage von der **Jugendwohlfahrtsabteilung** der BH (Unterhaltssachwalter) der Sozialhilfeabteilung **nicht bekannt** gegeben worden war.

Die BH sagte zu, den **Bescheid** von Amts wegen zu **berichtigen** unter Berücksichtigung von 2/3 der **Wohnungskosten** (1/3 wurden dem Pflegekind im Hinblick auf das nicht als Einkommen berücksichtigte Pflegegeld angerechnet) sowie des **herabgesetzten Unterhaltes**.

2.5.8. Förderung privater Trinkwasseranlage doch noch ermöglicht

Die **private Wasserversorgung** eines Hauses mit vermieteten Ferienwohnungen **versiegte** plötzlich, sodass sich die Eigentümerin um eine neue Trinkwasserversorgung kümmern musste. Da die **Ge-meindewasserleitung** zu **weit entfernt** war, wandte sie sich an das Wasserbauamt, wo eine **Förderung** gemäß den Richtlinien **in Aussicht gestellt** wurde. Da dies mitten in der **Sommersaison** passiert war, ließ sie möglichst **schnell** die Anlage **erstellen** und suchte danach um die mündlich in Aussicht gestellte Förderung an. Es wurde ihr allerdings mitgeteilt, dass grundsätzlich nur Projekte, **nicht** aber bereits **fertig gestellte Anlagen gefördert** werden (04 AuBe-074).

Der LVA betonte, dass der **Grundsatz**, eine Förderung nur für Projekte und nicht nachträglich für fertige Anlagen zu gewähren, **verständlich** ist, in diesem Fall jedoch zu einer **Härte** führt. Unter den gegebenen Umständen war es **nicht zumutbar**, längere Zeit zuzuwarten. **Ohne Wasserversorgung** wäre die **Vermietung** von Ferienwohnungen und Gästezimmern **nicht möglich** gewesen, was zu einem zusätzlichen erheblichen **wirtschaftlichen Schaden** geführt hätte.

Nach einer **Überprüfung** der Anlage durch die Sachverständigen des Landes und Feststellung, dass die neue Anlage den einschlägigen **Vorschriften entspricht**, wurde im Hinblick auf die besondere Dringlichkeit der Wiederherstellung eine **Ausnahme** gemacht und abweichend von den Richtlinien doch noch eine, wenn auch etwas **eingeschränkte Förderung** gewährt.

2.5.9. Illegale Abfalldeponie – Behörde schaut jahrelang zu

Ein „besorgter Umweltschützer“ teilte dem LVA mit, bei seinen Spaziergängen hätte er immer wieder festgestellt, dass eine **widerrechtliche Abfalldeponie** noch **nicht beseitigt** worden sei. Von verrosteten Tanks über Bauschutt bis zum **Sondermüll** werde im Wald und auf Wiesen alles gelagert. Obwohl diese **Misstände** den **Behörden** längst **bekannt** sein dürften, werde **nichts unternommen** (03 aMP-011).

Nach Mitteilung der Gemeinde würden von der **BH** bereits **Erhebungen** durchgeführt. Aus dem Bescheid der BH vom 02.10.2003, mit welchem den Betreibern der Deponie die restlose Beseitigung des Abfalls aufgetragen wurde, ergab sich folgender Sachverhalt: Mit Bescheid vom **November 1989** war dem Betreiber **aufgetragen** worden, **binnen drei Wochen** auf seinem landwirtschaftlichen Anwesen den rechtmäßigen Zustand dadurch herbei zu führen, dass die darauf gelagerten **Gerätschaften**, insbesondere Eisenmaterialien wie LKW, Anhänger, Silobestandteile, Container, Rohre etc **restlos entfernt** und entsorgt werden. Trotz Rechtskraft des Bescheides erfolgte zunächst **keine Vollstreckung**, da der Betreiber um die **Bewilligung** nach dem Landschaftsschutzgesetz für die Errichtung eines **Lagerplatzes ansuchte**. Diese Bewilligung wurde **versagt** und neuerlich die **Entfernung** der gelagerten Gegenstände **aufgetragen**. **Berufung** und **VwGH-Beschwerde** dagegen erwiesen sich als erfolglos.

Erstmals im **Oktober 1999** wurde die **Ersatzvornahme** gemäß Verwaltungsvollstreckungsgesetz **angeordnet** und die Vorauszahlung der Kosten vorgeschrieben. Das Vollstreckungsverfahren war im **Oktober 2003** immer **noch anhängig**. **Statt** einer **Beseitigung** der abgelagerten Gegenstände war nach Feststellung der BH der **Lagerplatz auf weitere Grundstücke ausgeweitet** worden.

Auch wenn die **Betreiber** der **illegalen Deponie** im Laufe des Verfahrens alle erdenklichen **Rechtsmittel ausgeschöpft** und immer **neue Anträge** eingebracht und damit das **Verfahren verzögert** hatten, war in **Kritik** zu ziehen, dass die **Behörde** durch **nahezu 1 ½ Jahrzehnte** gegen einen klar **rechtswidrigen Zustand keine wirksamen Maßnahmen** gesetzt hat.

Eine Nachfrage im **September 2004** ergab, dass auch gegen den Bescheid vom 02.10.2003 auf Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes **Berufung** erhoben und am 23.10.2003 dem UVS zur Berufungsentscheidung vorgelegt worden war. Der **UVS** hatte die Berufung erst **4 Monate** danach **zuständigkeitshalber an die LReg** zur Entscheidung übermittelt. Im Zuge einer behördlichen Überprüfung wurde festgestellt, dass zumindest die Trasse der Wasserleitung und der angrenzenden Wegparzelle inzwischen von jeglicher Materialablagerung befreit war und es auch bei der Räumung der anderen Liegenschaftsteile **sichtbare Fortschritte** gebe. Im **Jänner 2005** teilte die BH mit, dass die LReg die **Berufung** als **unbegründet** abgewiesen, die **Frist** zur Herstellung des rechtmäßigen Zustandes aber **bis 01.06.2005 verlängert** habe.

2.5.10. 11 Jahre für Berufungsentscheidung zu Verwendungsänderung eines Kellerabteils

Zur Verwendung eines bisher **privat genutzten Kellerabteils** seines Wohnhauses für die **Schindel-Erzeugung** erhielt der Betriebsinhaber mit **Bescheid** der BH vom **23.07.1992** die **bau- und gewerbebehördliche Genehmigung**. Ein **Nachbar** hatte sich im anhängigen Verfahren an den LVA zur Beratung gewandt und **Berufung** gegen den Bescheid erhoben (91 AuBe-026). Erst im **Februar 2004** erhielt der Nachbar den **ablehnenden Berufungsbescheid** der LReg, welchen er dem LVA übermittelte und sich über die **Verfahrensdauer verwundert** zeigte (04 aMP-005).

Im Rahmen der amtswegigen Prüfung wurde festgestellt, dass auf Grund von **Berufungen** des Betreibers sowie von 3 Nachbarn der Akt zunächst dem **Landeshauptmann** zur Entscheidung über den **gewerberechtlichen Teil** des Bescheides (mittelbare Bundesverwaltung) vorgelegt worden war.

Mit Bescheid des Landeshauptmannes vom 12.01.1993 wurden die **Berufungen** der Nachbarn als unzulässig zurück gewiesen und der Berufung des Betriebsinhabers **keine Folge** gegeben. Erst **danach** wurde der Akt am 14.01.1993 der **Abteilung VIIa Raumplanung und Baurecht** im Amt der LReg zur Entscheidung über die Berufung der Nachbarn gegen die **baurechtliche Bewilligung** der Verwendungszweckänderung des Kellerabteiles vorgelegt.

Da der Betriebsinhaber **gegen** den **Bescheid** des **Landeshauptmannes Berufung** erhob, wurden die gesamten **Verwaltungsakten** zur Entscheidung dem **BM für wirtschaftliche Angelegenheiten** übermittelt. Von den Akten wurden **weder Kopien** angefertigt **noch** über die offene Berufung im baurechtlichen Verfahren **entschieden**. Das **Ministerium** wies - nach nahezu **7 Jahren** - im **November 1999** die Berufung des Betriebsinhabers mit Bescheid ab und übermittelte die **Akten der BH**. Im **Jänner 2004** wurde im Rahmen einer Routinedurchsicht festgestellt, dass das **baurechtliche Berufungsverfahren** noch **offen** ist. Nach Anforderung der Verwaltungsakten von der BH erging am 30.01.2004, mehr als **11 Jahre** nach der erstmaligen Vorlage der Akten, der **Berufungsbescheid der LReg**.

Der **Landesamtsdirektor** begründete die Verzögerung mit einem **Versehen** der zuständigen **Abteilung** vor 11 Jahren. Seinerzeit sei es **üblich** gewesen, die einzelnen **Verfahren hintereinander** abzuführen, wenn über eine Berufung nach verschiedenen Rechtsvorschriften von mehreren Fachabteilungen abzusprechen war. Dies habe nicht selten zu **Verfahrensverzögerungen** geführt. Um die Verfahren zu beschleunigen, wurde **1997** eine **koordinierte Vorgangsweise** der Abteilungen eingeführt, nach der es zu solchen Verzögerungen nicht mehr kommen dürfte. Dabei wurde insbesondere neben einer **Verständigung** der mit der Berufungsentscheidung sonst noch befassten Fachabteilungen angeordnet, die betreffenden **Aktenteile** zu **kopieren** und die **Berufungsverfahren parallel** durchzuführen.

Gerade weil die **LReg bemüht** sei, **Verfahren zügig** abzuwickeln, bedaure sie den vorliegenden Fall außerordentlich, auch wenn nur über unzulässige Einwendungen abzusprechen war. Der LVA wurde ersucht, der betroffenen Partei das **Bedauern** der LReg mitzuteilen.

2.5.11. Auch für Gartenhütte aus dem Baumarkt gilt das Baugesetz

Nachdem eine Bürgerin in einem **Baumarkt** eine **Holzhütte** im Ausmaß von 3x3 m und einer Höhe von 2,5 m gekauft hatte, **erkundigte** sie sich **telefonisch** beim Bauamt, ob sie dafür eine Baubewilligung benötige. Sie habe die **Auskunft** erhalten, dafür sei **keine Baubewilligung** erforderlich. Nach Aufstellung der Hütte erhielt sie eine **Strafverfügung** über € 200,--, weil sie ein **anzeigepflichtiges Bauvorhaben ohne Berechtigung** ausgeführt habe (04 AuBe-334).

In der **Baubehörde** konnte man sich an diesen Anruf zwar **nicht** mehr **erinnern** und wurde betont, **Auskünfte** zum Erfordernis einer Bauanzeige oder Baubewilligung würden **nur nach Vorlage** entsprechender **Pläne** gegeben. Andererseits erschien auch die **Aussage** der betroffenen Bürgerin **glaubwürdig**, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie die **Auskunft missverstanden** hat (weil **keine Bewilligungs-**, wohl **aber** eine **Anzeigepflicht** vorliegt).

Auch wenn die angegebene **Rechtsauskunft nicht objektiviert** werden konnte, erschien es schwer verständlich, dass eine **Grundeigentümerin**, welche sich (was im Zweifel zu ihren Gunsten angenommen wurde) bei der **zuständigen Behörde** wegen einer allfälligen Bewilligungspflicht **erkundigt** und sich auf diese Auskunft **verlässt**, in weiterer Folge **dafür bestraft** wird.

Nachdem die Bürgerin über **Anraten des LVA Einspruch** gegen die **Strafverfügung** erhoben hatte, **sah** die **BH** von der Verhängung einer **Strafe ab** und erteilte ihr eine **Ermahnung** gemäß § 21 VStG.

2.5.12. Nach einem Fest betrunken Rad fahren kam Schüler teuer zu stehen

Ein 17-jähriger **Schüler** fuhr kurz nach Mitternacht mit dem **Fahrrad** von einem **Fest** nach Hause. Nachdem **Gendarmen** ihn angehalten und eine **Alkoholisierung** von 0,96 Promille **fest gestellt** hatten, erhielt er eine **Geldstrafe** von € 290,50 zuzüglich Verfahrenskosten. Der **Mutter** erschien diese **Strafe** angesichts des Einkommens ihres Sohnes (**Taschengeld** von monatlich € 50,-) weit **überhöht** (04 AuBe-056).

Nach Einholung der Anzeige und einer Stellungnahme der BH wies der LVA die Mutter darauf hin, dass das **Lenken von Fahrzeugen in alkoholisiertem Zustand strafbar** ist unabhängig davon, ob es sich um ein **motorisiertes Fahrzeug** oder ein **Fahrrad** handelt. Der Gesetzgeber sieht im Interesse der **Verkehrssicherheit** für das Lenken von Fahrzeugen in alkoholisiertem Zustand **empfindliche Strafen** vor, beim festgestellten Alkoholisierungsgrad mindestens € 581,--. Die bisherige **Unbescholtenheit**, die **Jugend** sowie die **finanziellen Verhältnisse** hatten die BH bewogen, von der Möglichkeit der **außerordentlichen Strafmilderung** Gebrauch zu machen. Gemäß § 20 VStG kann die **Mindeststrafe** bis **zur Hälfte unterschritten** werden, wenn die Milderungsgründe die Erschwerungsgründe beträchtlich überwiegen oder der Beschuldigte ein Jugendlicher ist.

Vom **Ermessen**, nur die Hälfte der Mindeststrafe zu verhängen, hat die Verwaltungsstrafbehörde in vollem Umfang **Gebrauch gemacht** und bestand rechtlich gar **keine Möglichkeit** einer **niedrigeren Strafe**. Die **Vorgangsweise** der BH, welche von allen **Milderungsmöglichkeiten** bis zur Gewährung einer **Ratenzahlung** Gebrauch gemacht hat, war daher **nicht in Kritik** zu ziehen.

2.5.13. Ratenzahlung ist dem Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe vorzuziehen

Wegen mehrerer Verstöße gegen die **Verkehrssicherheit** (Fahren ohne Führerschein und alkoholisiert) hafteten für einen jungen Mann **Verwaltungsstrafen** von **über € 4.500,--** aus. Da er nicht in der Lage war, diese zu bezahlen, wurden der Vollzug der **Ersatzfreiheitsstrafe** und die **Vorführung angeordnet**. Da er **Angst** hatte, gleich festgenommen zu werden, wandte sich seine **Freundin** zunächst an den **Sachbearbeiter** der BH, welcher eine neuerliche **Ratenvereinbarung** und Aufhebung des Vorführbefehls **nur bei Bezahlung** von mindestens **€ 1.000,--** zugestehen wollte. Darauf hin wandte sie sich an den LVA: Ihr Freund habe eine **Arbeit in Aussicht** und **könne** dann monatliche **Raten** von etwa € 300,-- bis 400,-- **bezahlen** (04 AuBe-360).

Der LVA verwies in seinem Schreiben an die BH auf die bisherige Korrespondenz in ähnlichen Fällen und die **gemeinsame Auffassung**, dass eine **Ratenzahlung** sowohl für die öffentliche Hand wie auch für die betroffenen Bürger einem **Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe vorzuziehen** ist. Im konkreten Fall erschien es daher **nicht nachvollziehbar**, dass eine neuerliche **Ratenvereinbarung** nur unter der Voraussetzung einer nicht leistbaren hohen Anzahlung möglich sein sollte bzw. ohne Rücksicht auf die persönlichen finanziellen Verhältnisse **abgelehnt** wird. Er ersuchte die BH um **neuerliche Prüfung** der Möglichkeit, angesichts des vorgesehenen **Arbeitsantrittes** noch einmal eine Ratenzahlung zu gewähren.

Die Verwaltungsstrafbehörde erklärte sich auf Grund des Schreibens des LVA trotz der **bisherigen Verzögerungen** bereit, die **Bezahlung** der offenen Verwaltungsstrafen **noch einmal** in monatlichen **Raten** von ca € 400,-- zu ermöglichen. Die Freundin des Zahlungspflichtigen wurde vom LVA darauf hingewiesen, dass dieser nunmehr die **Ratenzahlungen pünktlich leisten** muss, andernfalls der Vollzug der **Ersatzfreiheitsstrafe kaum** mehr zu vermeiden sein wird.

2.6. Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden

2.6.1. Der verschwundene Parkplatz – Entschädigungslose Enteignung

In den 1960er Jahren plante das Land den Ausbau einer **Ortsdurchfahrt**. Die **Gemeinde** verpflichtete sich, für die **Ablöse** des benötigten **Grundes** zu sorgen. Zu den betroffenen Grundeigentümern gehörte ein **Ehepaar**, das auf einer Straßenseite eine **Pension** betrieb und gegenüber (zwischen Straße und Bach) über ein **Grundstück** verfügte, das als **Parkplatz** diente. Es **stimmte** der **Abtretung** eines **Grundstreifens** für die Straße ebenso **zu** wie im wasserrechtlichen Verfahren der **Errichtung** einer **Stützmauer** entlang des Baches, die teilweise auf dem Parkgrundstück vorgesehen war. Mit Schreiben vom 07.07.1969 **teilte** die **Gemeinde** dem Landesstraßenbauamt **mit**, die **Grundablösen** für den Ausbau der Straße seien **geklärt**, mit dem **Ausbau** könne **begonnen** werden.

Bei **Sanierung** der Straße wurde **von** der **Errichtung** der **Stützmauer** auf dem gegenüber liegenden Grundstück **abgesehen** und dieses von den Eigentümern **weiterhin** als **Parkplatz** für ihre Pension genutzt. Nach dem Tod des Ehegatten ging dessen Hälfteanteil 1976 auf die beiden Kinder über, welche nun neben der Witwe zu je $\frac{1}{4}$ Miteigentümer der Liegenschaft waren. Als diese wenig später nach **Deutschland übersiedelten**, vermieteten sie das Gebäude (Pension) und **verpachteten** den gegenüber liegenden **Parkplatz** an die **Seilbahngesellschaft**.

Im Dezember 1979 übermittelte das **Landesvermessungsamt** Feldkirch den **Teilungsplan** zur Verbreiterung der Ortsdurchfahrt an das Vermessungsamt Bludenz mit dem Bemerkten, dass **keine Hinderungsgründe für die Verbücherung** bekannt sind. Das **Vermessungsamt** erstellte den **Anmeldungsbogen** und übermittelte diesen 1983 dem **Bezirksgericht**, welches im Dezember 1983 die **Verbücherung** beschloss. Damit wurde u.a. das gegenständliche **Parkgrundstück** im Ausmaß von 684 m² **zur Gänze gelöscht** und dem **Straßengrund** (inzwischen im Eigentum der Bundesstraßenverwaltung) **zugeschrieben**. Die **Zustellung** des **Grundbuchsbeschlusses** an die Grundeigentümer sollte unter der früheren Adresse erfolgen. Wie sie vorgenommen wurde, konnte **nicht festgestellt** werden, da die Rückscheine nach 10 Jahren vernichtet wurden.

Die längst in Deutschland wohnhaften **Grundeigentümer erfuhren** von der Auflösung ihres Grundstückes und Zuschreibung an die Bundesstraße **nichts**, **erhielten weiterhin** von der Gemeinde die **Grundsteuervorschreibungen** sowie von der Seilbahngesellschaft den **Pachtzins**. Als Sie **1996** den Parkplatz an die Seilbahngesellschaft verkaufen wollten und diese Interesse zeigte, **erfuhren sie erstmals** durch ein Schreiben der Seilbahngesellschaft, dass ihr **Grundstück nicht mehr existiert** und schon 13 Jahre vorher **der Bundesstraße zugeschlagen** worden war.

Eine **Abgeltung** für das entschädigungslos ins Eigentum des Bundes übertragene Grundstück **lehnte** die **Finanzprokuratur ab**, eine **Klage** gegen die Republik wurde in zwei Instanzen mit der Begründung **abgewiesen**, dass gemäß § 20 Liegenschaftsteilungsgesetz Ersatzansprüche längstens innerhalb dreier Jahre ab Erlassung des Beschlusses zu erheben sind und weder auf die Kenntnis von der Abschreibung des Grundstückes noch auf die (nicht mehr nachweisbare) Zustellung abzustellen ist (03 bMP-112).

Der Sachverhalt ergab sich erst auf Grund eines der bisher **aufwändigsten Prüfungsverfahren** des LVA. Es wurden Stellungnahmen und Akten von der Gemeinde, der BH, dem Amt der LReg, dem Landesstraßenbauamt, dem Landesvermessungsamt, dem Vermessungsamt Bludenz, den Gerichten sowie dem früheren Rechtsvertreter des Beschwerdeführers eingeholt. **Nicht geklärt** werden konnte, worauf sich die **Mitteilung** der Gemeinde vom 07.07.1969 stützte, dass alle **Grundablösen geklärt** sind, und ob sich dies auch auf den gegenständlichen Parkplatz bezog. Die **Gemeinde** konnte trotz mehrmaliger Aufforderung **keine Unterlagen** betreffend **Zustimmung** der Straßenanrainer oder getätigte **Ablösen** vorlegen, außer zu Verhandlungen mit zwei anderen Anrainern. Insbesondere war eine **Zustimmung** des betroffenen Ehepaares **zur Abtretung** eines Grundstreifens oder **der gesamten Liegenschaft** zur ausgebauten Straße **in keiner Weise dokumentiert**. Auch ergaben sich aus den **Protokollen** der Gemeindeorgane dazu **keine**

Anhaltspunkte und befanden sich in den Akten der Gemeinde nicht einmal mehr Abschriften der eigenen Schreiben an die Landesbehörden in dieser Sache. Hingegen erschien die **Darstellung des Beschwerdeführers**, seine Eltern hätten lediglich der Abtretung eines Grundstreifens vor der Pension, nicht aber des gesamten Parkplatzes zugestimmt, auf Grund des nachfolgenden Verhaltens (Verwendung und Verpachtung als Parkplatz, geplanter Verkauf) durchaus **glaubhaft**.

Dass für so wichtige Angelegenheiten wie Grundablösen von Anrainern oder Zustimmungen zur Abschreibung von Grundflächen **nicht einmal** ein **ordnungsgemäß geführter Verwaltungsakt** besteht, wurde gegenüber der Gemeinde als **Misstand** festgestellt. Auch war in Kritik zu ziehen, dass die **Gemeinde**, welche 1983 von der Auflösung des Grundstückes **verständigt** worden war, dafür **weitere 13 Jahre** die **Grundsteuer vorgeschrieben** hatte. Auch deshalb konnten die bisherigen Eigentümer **davon ausgehen**, dass dieses **immer noch** in ihrem **Eigentum** steht.

Auch aus den Akten der **anderen Behörden** ergaben sich **keine** Anhaltspunkte für **Zustimmungserklärungen** der Straßenanrainer mit Ausnahme der Mitteilung der Gemeinde. Offensichtlich **verließ sich** das Amt der LReg einschließlich **Landesstraßenbauamt** auf die **Mitteilung der Gemeinde**, die Grundablösen seien durchgeführt. Auch die Feststellung im **wasserrechtlichen Bescheid** der BH vom 03.11.1969 zur Errichtung zweier Brücken samt Stützmauer, mit den betroffenen Grundeigentümern seien von Seite der Antragstellerin (Land Vorarlberg) privatrechtliche Vereinbarungen getroffen worden, stützte sich nicht auf entsprechende Urkunden, sondern nur auf die Erklärung der Gemeinde. Das **Landesvermessungsamt** **verließ sich** auf die Unterlagen des **Landesstraßenbauamtes** samt Naturvermessung, das **Vermessungsamt** Bludenz **auf** die Mitteilung des **Landesvermessungsamtes**, der Verbücherung stünden **keine Hindernisse** entgegen. Nach Auskunft der Leiter beider Vermessungsämter entsprach dies der damals üblichen Praxis, heute würde die Zustimmung der Grundeigentümer aber strenger geprüft.

Nach dem **verlorenen Prozess** gegen die Republik hatten Anfragen im **Nationalrat** aus diesem Anlass zu einer **Änderung** des rechtsstaatlich problematischen **Liegenschaftsteilungsgesetzes** 1929 geführt. Die **Frist** zur Geltendmachung von Entschädigungen **beginnt nunmehr** erst mit **rechtsgültiger Zustellung**.

Die nachträgliche **Gesetzesänderung** **nützte** den betroffenen Eigentümern jedoch **ebenso wenig** wie die angeblich **geänderte Verwaltungspraxis** in den Vermessungsämtern und die **Misstandsfeststellung** des LVA. Angesichts der **entschädigungslosen Enteignung** und des Verhaltens der Behörden blieb das **Vertrauen** der betroffenen Familie **in den Rechtsstaat** nachvollziehbar **erschüttert**.

2.6.2. Bebauungsplan und Bausperre für projektierte Wohnanlage gefordert

Im Zuge eines **Umlegungsverfahrens** waren in einem Ortsteil kleinere Baugrundstücke und mit der Zeit eine hochwertige **Wohngegend** geschaffen worden, welche durch **Ein- und Zweifamilienhäuser** geprägt war. Als auf zusammen gelegten Grundstücken eine **Wohnanlage** mit 3 Geschossen für 16 Wohneinheiten samt Tiefgarage errichtet werden sollte, wandten sich **Bewohner** dieses Ortsteils **gegen** das **Projekt** und **verlangten** die Erstellung eines **Bebauungsplanes** und bis zu dessen Vorliegen eine **Bausperre** für größere Baukörper. Die Erarbeitung eines Bebauungsplans wurde in Aussicht gestellt, jedoch **keine Bausperre** erlassen und das Bauverfahren fortgesetzt (04 AuBe-404).

Der als **Sachverständiger** beigezogene Architekt hatte auf die **nicht verträgliche Baumasse** sowie darauf hingewiesen, dass die **Flächenausdehnung** des Baukörpers in keinem Verhältnis zu bestehenden Baukörpern steht. Das vorliegende Konzept sei daher mit den Zielen für den Schutz des **Orts- und Landschaftsbildes** **nicht vereinbar**. Er empfahl eine **Reduzierung** der **Baunutzungszahl** sowie des 3. Obergeschosses und die Änderung des Baukörpers.

Der LVA wies darauf hin, dass es im **laufenden Verfahren** Sache der **Parteien** ist, ihre **Rechte** selbst **geltend zu machen**, bestimmte Aspekte wie etwa die **Ortsbildverträglichkeit** aber im Bauverfahren von Amts wegen **durch die Behörde zu prüfen** sind.

Der **Bürgermeister** betonte, es sei auch ihm ein Anliegen, das **hochwertige Wohngebiet** vor **störenden** baulichen **Eingriffen** zu **schützen**, weshalb die Ortsbildverträglichkeit von einem anerkannten Fachmann beurteilt wurde. Auf dessen Empfehlung sei das **Projekt** zwei Mal **überarbeitet** und wesentlich **verbessert** und auf dieser Basis erst eine **Baubewilligung erteilt** worden. Die Erstellung eines **Bebauungsplanes** sei in **Auftrag** gegeben worden, in die Planung würden die Grundeigentümer einbezogen. Es gehe aber **nicht** um eine **Anlassgesetzgebung** nur für das gegenständliche Grundstück.

Die Nachbarn erhoben selbst Berufung, der **LVA** überprüfte den behaupteten - nicht von den Nachbarrechten gedeckten - Widerspruch des Projektes zum Orts- und Landschaftsbild. Bei Durchsicht der Aktenunterlagen (einschließlich der inzwischen vorliegenden Berufungsentscheidung, in welcher die Baugenehmigung bestätigt wurde) ergaben sich **keine** hinreichenden **Anhaltspunkte** für einen **Missstand**.

Die Erlassung eines **Bebauungsplanes** mit **Einschränkungen** für die **bauliche Nutzung** liegt im **Planermessen** der Gemeindevertretung. Diese hat ein **Planungsbüro** mit der Ausarbeitung eines Bebauungsplanes **beauftragt**, welcher allerdings für dieses Bauvorhaben **zu spät** kommt. Zwar hätte man durch Erlassung einer **Bausperre** bis zur Verordnung des Bebauungsplanes einen maximalen Schutz der Interessen der Nachbarn sicherstellen können, doch **widerspricht** eine solche Maßnahme den ebenfalls **legitimen Interessen** jener **Grundeigentümer**, die auf Grundlage der geltenden Gesetze und Verordnungen bereits **Planungen** und **Baueingaben** zur Verwirklichung konkreter Bauvorhaben erstellt haben.

Auf Grund von **Beschwerden von Grundeigentümern**, welche im Vertrauen auf die geltenden Gesetze und Verordnungen **Bauanträge** eingebracht hatten, wurde die **kurzfristige Erlassung** von **Bausperren** wegen einer geplanten Erlassung oder Änderung eines Bebauungsplanes (§ 37 RPG) oder des Flächenwidmungsplanes (§ 25 RPG) – mitunter erst veranlasst durch ein Bauvorhaben – vom LVA schon **mehrfach in Kritik gezogen**, weil sie dem Gleichheits-, vor allem aber dem **Vertrauensgrundsatz widersprach**. Nur in jenen Fällen, in denen ein Bauvorhaben offensichtlich dem **Orts- und Landschaftsbild widerspricht** oder für die **künftige Entwicklung** und Gestaltung der Umgebung **erhebliche Probleme** aufwirft, erscheint ein so **schwerwiegender Eingriff** in ein anhängiges Verfahren **gerechtfertigt**.

Im konkreten Fall waren nach zwei sehr **kritischen Stellungnahmen** eines anerkannten Architekten **Planänderungen** vorgenommen und schließlich bestätigt worden, dass das Projekt **nunmehr** den Zielen des **Orts- und Landschaftsbildschutzes entspricht**. Angesichts dieser Umstände sah der LVA **keinen Anlass**, die auf Gutachten eines anerkannten Sachverständigen gestützte **Beurteilung** der **Baubebehörde** oder die **Nichterlassung einer Bausperre** bis zur Erlassung eines Bebauungsplanes **in Kritik zu ziehen**.

Es ist für den LVA nachvollziehbar, dass dies den **Nachbarn unbefriedigend** erscheint. Naturgemäß **decken** sich die **Interessen** der **Nachbarn nicht** immer mit jenen eines **Bauherrn** und wird in der Regel die **Wohnqualität** durch Bauvorhaben in der Nachbarschaft **nicht verbessert**. Der **LVA** hat aber in **objektiver Weise** die **Interessen beider Seiten** zu berücksichtigen und nicht nur jener Personen, die sich gerade an ihn wenden.

Dabei sind die Interessen der **Nachbarn** im Bauverfahren nur in eingeschränktem Maße im Hinblick auf **unzumutbare Belästigungen** und **Beeinträchtigungen geschützt**. Die Nachbarn können in diesem Rahmen ihre Einwendungen im laufenden Verfahren geltend machen und stand ihnen der **weitere Rechtszug** an die Vorstellungsbehörde sowie an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes **offen**.

2.6.3. Erst nach Einschaltung des Staatsanwaltes Baubescheid erlassen

Im **Dezember 2000** war der **Bauantrag** zur Errichtung eines Blockhauses außerhalb des Wohngebietes eingebracht worden. Es sollte der Unterbringung eines Bienenhäuschens, einer Wasserpumpstation sowie von Gerätschaften dienen. Nachdem der **Bürgermeister** unter Hinweis auf die ablehnende Haltung des Gemeindevorstandes **geraten** hatte, vom Bauantrag **Abstand zu nehmen**, wiederholte der Bauwerber im **März 2001** seinen Bauantrag und schloss **Planunterlagen** an.

Der Bürgermeister legte diesen der **Agrarbezirksbehörde** Bregenz vor, welche ihn am 28.3.2001 an den **Amtssachverständigen** für **Raumplanung** weiter leitete, der ihn **monatelang liegen** ließ. Der Antragsteller erfuhr davon erst im September 2001. Erst nach einer schriftlichen **Urgenz** unter Hinweis auf eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 22 RPG ersuchte der Amtssachverständige im November 2001 die Gemeinde, den Antragsteller zur **Klarstellung der Nutzung** des Objektes aufzufordern, was aber bereits aus dem Antrag hervor ging.

Im **April 2002** ersuchte der **Bürgermeister** den Amtssachverständigen, den **Antrag** bis zur Klärung der Quellnutzung **nicht mehr** weiter zu **bearbeiten**, im Mai 2002 verlangte er eine **schriftliche Einverständniserklärung** der Mitnutzungsberechtigten an einer Quelle auf diesem Grundstück. Erst danach wurde eine Stellungnahme des Amtssachverständigen eingeholt. Die **Aufsichtsbehörde**, an die sich der Bauwerber inzwischen gewandt hatte, wies den Bürgermeister darauf hin, dass eine derartige **Zustimmungserklärung** der Mitnutzungsberechtigten weder mit der Baubewilligung noch mit einer Ausnahmegenehmigung nach dem RPG zu tun hat und dies **zivilrechtlich zu lösen** ist. Nachdem das **Verfahren** von der Baubehörde **noch immer nicht fortgesetzt** wurde, wandte sich der Bauwerber schließlich im **Juli 2002** an den **LVA** (02 bMP-081).

Die Aufforderung des LVA vom 08.07.2002 zur **Stellungnahme** wurde von der Gemeinde nach zwei schriftlichen Urgenzen und einem Telefonat mit dem Bürgermeister erst Ende **November 2002** beantwortet. Der Bürgermeister rechtfertigte sich damit, er sei bei der Fixierung des Termins für die Bauverhandlung vom Sachverständigen darauf **aufmerksam gemacht** worden, dass vorher die **raumplanungsrechtlichen Voraussetzungen** gegeben sein müssten.

Über Empfehlung des LVA stellte der Bauwerber im **Dezember 2002** einen **Devolutionsantrag**. Vom LVA wurden die bisherigen **Verfahrensverzögerungen** als **Misstand** in der Verwaltung festgestellt und die **Erwartung** ausgesprochen, dass nach Vorliegen des Devolutionsantrages die **nunmehr** zuständige Gemeindevertretung **ohne weiteren Aufschub** entscheiden wird.

Im **Jänner 2003** teilte der Bürgermeister mit, Mitglieder des Gemeindevorstandes hätten bei Beratung der Ausnahmegenehmigung **festgestellt**, dass der **Bauantrag nicht** der **Baueingabeverordnung** entspreche, weshalb das **Projekt nicht beurteilt** werden könne. Erst nach Vorliegen eines Projektes gemäß Baueingabeordnung könne über die Ausnahmegenehmigung entschieden werden.

Der **LVA** war **verwundert**, dass **mehr als zwei Jahre** nach Einlangen des Bauantrages und nahezu zwei Jahre nach Ergänzung der Pläne vom Gemeindevorstand (der nicht Baubehörde ist) **plötzlich festgestellt** wird, dass der Antrag nicht der Baueingabeverordnung entspricht. In diesem Falle hätte der **Bürgermeister** als Baubehörde **längst** darauf hinweisen und, wenn der **Mangel nicht beseitigt** wird, **bescheidmäßig entscheiden** müssen. Außerdem war infolge des Devolutionsantrages nunmehr die **Gemeindevertretung** zur Entscheidung berufen.

Am **14.07.2003** teilte der **Amtssachverständige** für Raumplanung der Gemeinde schließlich mit, dass das **Vorhaben** den **Raumplanungszielen nicht widerspricht** und die **Voraussetzungen** für eine **Ausnahmegenehmigung** gemäß § 22 RPG **vorliegen**. Auch danach sah der Bürgermeister **ein Jahr lang keinen Grund**, die **Anträge** auf Ausnahmegenehmigung und Baubewilligung **der** infolge des Devolutionsantrages **zuständigen Gemeindevertretung vorzulegen**.

Im **Juni 2004** meldete sich der Bauwerber **neuerlich** beim **LVA: Nach** inzwischen **3 ½ Jahren** war trotz Einschaltung des LVA, der Gemeindeaufsichtsbehörde, zahlreicher Bitten und Urgenzen, eines Devolutionsantrages und der Androhung einer Strafanzeige **noch immer kein Bescheid** ergangen und der Bauantrag noch **nicht einmal** der **Gemeindevertretung vorgelegt** worden (04 bMP-055).

Der LVA stellte diese **systematische Verschleppung** des Bauverfahrens als **groben Missstand in der Verwaltung** fest. Im Hinblick auf die Aufforderungen und **Rechtsbelehrungen** sowohl durch die **Gemeindeaufsichtsbehörde** wie den **LVA** und mehrmaligen **Zusagen** einer gesetzeskonformen Erledigung durch den Bürgermeister bestand der **Verdacht des Amtsmissbrauches**.

Die **Misstandsfeststellung** des LVA wurde deshalb am 06.08.2004 nicht nur an Gemeinde, Beschwerdeführer und Gemeindeaufsichtsbehörde, sondern samt Unterlagen auch der **Staatsanwaltschaft** zur **Kenntnis** gebracht. Dies veranlasste den **Bürgermeister** schließlich, den Bauwerber durch **Zusage** einer **positiven Erledigung** zur Zurückziehung seines Devolutionsantrages zu bewegen und nach **Genehmigung** der **Ausnahme vom Flächenwidmungsplan** gemäß § 22 RPG durch den Gemeindevorstand (09.08.2004) und einer **Bauverhandlung** (19.08.2004) am 23.08.2004 die **baubehördliche Bewilligung** endlich zu erteilen.

Nach dieser **positiven Erledigung** und Vorerhebungen **sah** die **Staatsanwaltschaft** - aus für den LVA **nicht nachvollziehbaren Gründen** - von einer **strafrechtlichen Verfolgung ab**.

2.6.4. Auch ausnahmsweise keine Ausnahmegenehmigung für Ausbau der Terrasse

Der Eigentümer eines Wohnhauses wollte die **überdachte Terrasse** zu einem **Wohnraum** umbauen. Die Baubehörde lehnte dies mit der Begründung ab, dass dadurch die im Bebauungsplan festgesetzte **Baunutzungszahl (BNZ) überschritten** würde, eine **Ausnahmegenehmigung** wurde vom Gemeindevorstand **abgelehnt**.

Für den Bürger war **nicht verständlich**, dass für sein Grundstück eine **BNZ von lediglich 60** gilt, auf der gegenüber liegenden Straßenseite jedoch eine von 80. Auch würden auf Grund der Lage des Grundstückes und von Aufschüttungen Teile des Gebäudes **optisch kaum ins Gewicht fallen**, sodass keine übermäßig dichte Verbauung feststellbar wäre. Man habe ihn lediglich auf die **Möglichkeit** hingewiesen, von seinem benachbarten Bruder einen **Grundstreifen zu erwerben**, dann könnte durch die größere Fläche des Grundstückes die BNZ eingehalten werden (04 AuBe-332).

Gemäß Mitteilung der Gemeinde war nach entsprechenden Vorarbeiten für die verschiedenen Ortsbereiche ein **Bebauungsplan** festgelegt und bisher **keine Überschreitung** der **BNZ zugelassen** worden. Einzige Ausnahme sei eine Erhöhung von maximal 20%, wenn Wegedienstbarkeiten zur Reduzierung der BNZ führten; beim vorliegenden Bauantrag betrage die BNZ aber 98 statt 60. Die Gemeinde war wegen **möglicher Folgewirkungen nicht bereit**, trotz der vom LVA übermittelten Argumente eine **Ausnahmegenehmigung** zu gewähren.

Der LVA konnte dies dem betroffenen Bürger nur **bedauernd mitteilen**. Aus den Planungsgrundlagen ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass der **Bebauungsplan sachlich nicht begründet** wäre. Die Verordnung stützte sich auf ein **Fachgutachten**, eine **generelle Ausnahme** war nur bei Wegedienstbarkeiten vorgesehen. Wenn tatsächlich in dieser Gemeinde (zur Praxis in anderen Gemeinden siehe nachfolgendes Kapitel) **in keinem einzigen Fall** eine sonstige **Ausnahme genehmigt** worden ist, konnte auch nicht mit einer Ungleichbehandlung argumentiert werden. Letztlich konnte auch der LVA nur dazu raten, mit dem Bruder die –von der Gemeinde bereits dargelegte– Möglichkeit der Abtretung einer Teilfläche zu erörtern, um das **Bauvorhaben gesetzeskonform realisieren** zu können.

2.6.5. aber großzügige Ausnahmegenehmigung für Wohnanlage

In einer anderen Gemeinde sollte auf einem durch eine **schmale Straße** erschlossenen Grundstück eine **Wohnanlage** errichtet werden. In diesem Bereich bestanden überwiegend **Ein- und Zweifamilienhäuser** und ein **Bebauungsplan**, welcher Geschosshöhe und Baunutzungszahl begrenzte. **Trotz Bedenken** der **Nachbarn** und Straßenanrainer wegen der **Zufahrt** und der **übermäßigen Ausnutzung** des Grundstückes erteilte der Bürgermeister die **Baubewilligung**, die von der Berufungskommission **bestätigt** wurde. Der **Vorstellung** der Nachbarn wurde **keine Folge** gegeben, da die Beschwerdepunkte nicht von den Nachbarrechten erfasst sind. Auf Grund des Vorbringens der Nachbarn **hob** die **BH** die **Baubewilligung** aber **von Amts wegen auf**, da das **Projekt** die festgelegte Baunutzungszahl und Höchstgeschosshöhe überschritt und damit dem **Bebauungsplan widersprach**.

Inzwischen war mit den **Bauarbeiten** bereits **begonnen** worden. Nach einer geringfügigen Änderung des Projektes erteilte der Gemeindevorstand eine **Ausnahme** von der festgesetzten **Geschosshöhe** und der Bürgermeister wieder die **Baubewilligung**. Weder der Berufung noch der Vorstellung der Nachbarn wurde Folge gegeben. Bei der **Prüfung** stellte die **BH** fest, dass die **Baunutzungszahl falsch berechnet** worden war und wieder der **Verordnung widersprach**. Dennoch sah die **BH** von einer neuerlichen Aufhebung der Bewilligung ab. Die **Bauwerberin** sei **schutzwürdig**, weil sich die Baubehörde im 2. Verfahrensgang mit der Frage der höchst zulässigen Geschosshöhe auseinandergesetzt und eine Ausnahmegenehmigung erteilt hatte. Sie konnte daher **nach Treu und Glauben** darauf **vertrauen**, dass nunmehr die **Bestimmungen** besonders **sorgfältig geprüft** wurden. Eine **nochmalige Aufhebung** des Bescheides hätte einen erheblichen **finanziellen Verlust** zur Folge: Bei korrekter Berechnung müssten ein Teil des **Dachgeschosses abgetragen**, **Verträge** über Wohnungsvverkäufe **rückabgewickelt** und die Anlage **neu parifiziert** werden (04 bMP-032).

Die von der **BH** zur Begründung des „**Schonungsprinzips**“ angeführten **wirtschaftlichen Auswirkungen** einer neuerlichen Aufhebung waren die Folge **rechtswidriger Entscheidungen** der **Gemeindebehörden**. Der **Widerspruch zum Bebauungsplan** war im ersten Rechtsgang beiden Instanzen der Gemeinde trotz Einwendungen von Nachbarn **nicht aufgefallen**, was zur amtswegigen Aufhebung der Baubewilligung geführt hatte.

Auch im **zweiten Rechtsgang** musste der Baubehörde, abgesehen von der **falschen Berechnung** der **Baunutzungszahl**, die Problematik des Bauvorhabens bewusst sein. Gemäß dem verkehrstechnischen Gutachten sei die **Zufahrt** (mit einer Engstelle von 2,68m) **nicht unproblematisch**, jedoch als ausreichend anzusehen, wenn die **Hauszufahrten** zum Ausweichen **frei bleiben** und nicht durch Absperrungen abgegrenzt werden. Dazu wurde vom LVA festgestellt, dass aus verkehrstechnischer Sicht die Annahme, bei Mitbenützung der angrenzenden Grundstücksfahrten sei die Zufahrt ausreichend, noch nachvollziehbar ist. § 4 Abs 2 BauG verlangt jedoch eine ausreichende **rechtlich gesicherte Zufahrt** und wurde ein Recht zur Mitbenützung privater Zufahrten als Ausweiche nicht eingeräumt.

Der **Amtssachverständige** für Raumplanung beurteilte in seiner aus **1,5 Zeilen** bestehenden **Stellungnahme** das Ausmaß und die **Gebäudestruktur** im gegenständlichen Ortsgebiet in Zentrumsnähe aus **ortsräumlicher Sicht** als **noch verträglich**.

Auch wenn die Erteilung einer **Ausnahmegenehmigung** gemäß § 35 Abs 2 RPG im **Ermessen** des Gemeindevorstandes liegt, wunderte es doch, dass angesichts einer als **problematisch** und verbesserungsbefürftig (**rechtsirrtümlich** als **gesetzeskonform**) eingestuften **Zufahrt** und einer Beurteilung des **Amtssachverständigen**, das Bauprojekt sei **noch ortsbildverträglich**, eine **Ausnahmegenehmigung erteilt** wurde. Die Frage der Ortsbildverträglichkeit ist ohnehin im Bauverfahren zu prüfen; **wenn** es für eine Ausnahmegenehmigung **ausreicht**, dass ein Objekt gerade **noch ortsbildverträglich** und eine **rechtlich nicht einmal gesicherte Zufahrt gerade noch ausreichend** ist, stellt sich die Frage, welchen **Sinn ein Bebauungsplan** noch hat.

Dazu kommt, dass im zweiten Rechtsgang die **BNZ falsch berechnet** wurde. Dass die Gemeindeaufsichtsbehörde „angesichts des für die Bescheidprüfung nach § 85 GG geltenden **Schonungsprinzips** bzw des Grundsatzes von **Treu und Glauben**“ von der neuerlichen Aufhebung der Baubewilligung abgesehen hat, ändert dies nichts daran, dass die **Bescheide** beider Gemeindeinstanzen **auch im zweiten Rechtsgang** wieder mit **Rechtswidrigkeit behaftet** waren. Die Entscheidungen sowie die Vorgangsweise der Gemeinde in diesem Bauverfahren stellen daher einen **groben Missstand** in der Verwaltung dar.

Gegenüber der **BH** verwies der **LVA** auf seine **Empfehlung**, bei Wahrnehmung der **Gemeindeaufsicht** aufgezeigte und **feststellbare Rechtswidrigkeiten** gegenüber den betroffenen Gemeinden mit aller **Deutlichkeit**, tunlichst schriftlich **festzuhalten** und unabhängig von einer Parteistellung den **Beschwerdeführer** vom **Ergebnis** zu **verständigen** (Tätigkeitsbericht 2002, Seite 29/30). Zu dieser Empfehlung hatte der Landesamtsdirektor mitgeteilt, diese sei den Bezirkshauptleuten zur Kenntnis gebracht und erörtert worden. Vorwürfe, es würden **Rechtswidrigkeiten „unter den Teppich gekehrt“**, wurden entschieden **zurück gewiesen**. Aufgezeigte und feststellbare Rechtswidrigkeiten seien auch in der Vergangenheit regelmäßig in aller Deutlichkeit und bei Aufsichtsbeschwerden sowie in Vorstellungsverfahren auch schriftlich festgestellt worden.

In diesem Verfahren wurde aber gegenüber der Gemeinde **nur festgehalten**, angesichts des **Schonungsprinzips** werde auf die **Aufhebung** des Bescheides **verzichtet**, die **Rechtswidrigkeit** aber **nicht deutlich festgestellt**. Der **Beschwerdeführer** wurde lediglich im Vorstellungsbescheid darauf hingewiesen, dass seine Beschwerdepunkte **von den Nachbarrechten nicht erfasst** sind und deshalb der Vorstellung keine Folge gegeben wird. Dass die aufgezeigten Rechtswidrigkeiten jedoch zum Teil tatsächlich vorgelegen und im Rahmen einer amtswegigen Überprüfung auch festgestellt worden sind, wurde dem Beschwerdeführer (Vorstellungswerber) nicht mitgeteilt. Die vom **LVA** im Jahre 2002 aufgezeigte **Problematik im Gemeindeaufsichtsverfahren besteht** daher offenbar **weiterhin**.

2.6.6. Wenig Nachbarrechte bei Errichtung von Handymasten

Auf dem **Postgebäude** wurde ohne Information der Nachbarn nach mehreren GSM-Antennen auch noch eine **UMTS-Sendeanlage** aufgestellt. Ein Nachbar zeigte sich verwundert darüber, dass für die Aufstellung seines **Gartenhäuschens** eine kommissionelle **Bauverhandlung** unter Einbeziehung der Nachbarn notwendig war, die Aufstellung derartiger Anlagen **wenige Meter** von seinem Schlafzimmer **entfernt** trotz der damit verbundenen **gesundheitlichen Risiken** und **Wertverlust** seines Hauses **ohne Verhandlung** möglich ist. Die Gemeinde sei nicht einmal bereit gewesen, ihm einen angeblich bestehenden Bewilligungsbescheid zur Verfügung zu stellen (03 AuBe-502).

Gemäß Mitteilung der Gemeinde habe sich die Übermittlung des **Baubescheides** wegen Abwesenheit des Sachbearbeiters **verzögert** und sei inzwischen **erfolgt**, auch die Fragen des Nachbarn seien beantwortet worden. Da die technischen Anlagen für die zusätzliche Antenne im Gebäudes selbst untergebracht wurden, der Mast 14 m von der Grundstücksgrenze entfernt und durch diesen keine besondere Gefährdung der Anrainer gegeben sei, käme dem **Nachbarn keine Parteistellung** im Bauverfahren zu. Die Aspekte des **Schutzes des Lebens** und der **Gesundheit** von den von der Telekommunikationsanlage typischerweise ausgehenden Gefahren seien dabei **nicht zu berücksichtigen**. Die **BH** sah Interessen der Natur oder der Landschaft durch diese Antenne nicht verletzt und nahm die Anzeige des Vorhabens zur Kenntnis.

In weiterer Folge kam es wegen dieser und anderer Anlagen in derselben Gemeinde zu einer Reihe von **Gesprächen**, zur Bildung einer **Bürgerinitiative** sowie zu einem „**VN-Expertengespräch**“ über Handygefahren unter Beiziehung u.a. des Bürgermeisters, einer Vertreterin der Bürgerinitiative, des Geschäftsführers des Forum Mobilkommunikation und des **LVA** (VN 07.04.2004). Von der Gemeinde wurden schließlich **Strahlungsmessungen veranlasst** und zugesagt, **künftig** mit betroffenen Bürgern und Anlagebetreibern frühzeitig **Lösungen zu suchen**.

Im Bauverfahren konnte **keine Rechtswidrigkeit** festgestellt werden. Die gesetzliche Lage sowie die **Kompetenzverteilung** zwischen Bund und Ländern geben den **lokalen Behörden** nur **beschränkte Zuständigkeiten** bei der Beurteilung solcher Anlagen. Neben Bemühungen um bessere **Regelungen** auf **Bundesebene** erscheint es aber erforderlich, auch die Landes- und Gemeindebehörden zu **sensibilisieren** und zu veranlassen, künftig auf die möglicherweise von derartigen Einrichtungen ausgehenden **Gefahren** und die **Ängste** der Menschen stärker **einzugehen**, insbesondere betroffene Bürger von geplanten Vorhaben zu **informieren** und sich um **einvernehmliche Lösungen** zu bemühen.

2.6.7. Handymast vor der Landesbibliothek vorläufig verhindert

Im Herbst 2003 sollte auf einem – im Eigentum der Stadt stehenden – Wiesenhang unmittelbar vor der **Landesbibliothek** und oberhalb eines **Wohngebietes** sowie des **Landeskrankenhauses** eine **Mobilfunkanlage** errichtet werden. Anrainer im Wohngebiet sahen durch die direkte Bestrahlung ihre **Gesundheit** und **Lebensqualität gefährdet** und waren darüber verärgert, dass sie vor Vertragsabschluss und Genehmigung zur Errichtung dieses Handymastes **in keiner Weise informiert** worden waren (03 bMP-093).

Auch für den LVA war diese Vorgangsweise nicht nachvollziehbar, zumal es sich um einen **landschaftlich exponierten Standort** handelt und der Handymast direkt vor einem **historischen Gebäude** aufgestellt werden sollte. Nach Angaben der Anrainer stünden in der Nähe bereits weitere Handymasten anderer Mobilfunkbetreiber, welche mit benützt werden könnten. Es erschien problematisch, an einem für das Orts- und Landschaftsbild so **sensiblen Bereich** einen derartigen Masten zu errichten.

Die BH teilte mit, auf Grund der vorgesehenen Höhe des Mastes bestehe **keine Bewilligungspflicht** nach dem **Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung**, dem Betreiber sei jedoch eine Abstandsnachsicht nach dem Straßengesetz eingeräumt worden.

Die **Stadtgemeinde** als **Grundeigentümerin** teilte nach der Intervention des LVA und auf Grund von Bürgerprotesten mit, dass es noch zu **Messungen** und Einholung eines **Gutachtens** kommen und über den **Bauantrag erst dann entschieden** werde. Mit Schreiben vom 29.10.2003 kündigte der Bürgermeister gänzlich **neue Standortüberlegungen** für die Aufstellung von Handymasten zur Versorgung dieses Gebietes an, welche die Errichtung unterhalb der Landesbibliothek **ersetzen** werden. Sobald neue Standorte feststehen, werde der **LVA** darüber **in Kenntnis gesetzt**.

Ein Jahr später, im November **2004** informierten Anrainer den LVA, dass **Bagger aufgefahren** sind, um den Sendemast zu errichten. Der LVA zeigte sich dem Bürgermeister gegenüber **befremdet**, dass entgegen seiner ausdrücklichen **schriftlichen Zusage ohne jegliche Information** des LVA sowie der Anrainer mit den **Bauarbeiten begonnen** wurde. Sollte es sich nicht um eine rechtswidrige Vorgangsweise handeln, müsste eine Bewilligung der Stadt vorliegen.

Der Bürgermeister teilte darauf hin mit, dass der Standort-Mietvertrag bereits im Juli 2003 noch vor den Anrainerprotesten unterzeichnet worden war und die **Baubehörde** deshalb **keine Möglichkeit** mehr gehabt habe, die **Bewilligung** weiterhin zu verzögern oder **zu versagen**. Bemühungen **alternative Standorte** zu finden seien **ergebnislos** geblieben. Auf Grund der **neuerlichen Bürgerproteste** – auch standen in wenigen Monaten **Gemeindewahlen** bevor – fand jedoch eine **Bürgerversammlung** statt und wurde der **Standort** vorerst „**ruhend gestellt**“ und lediglich ein Provisorium errichtet.

2.6.8. Recht auf Schulbesuch auch bei Nebenwohnsitz

Ein Schüler besuchte die **Hauptschule** der Nachbargemeinde **außerhalb** des **Schulsprengels** und nahm dort auch an Freizeitaktivitäten teil. Da er regelmäßig Mahlzeiten bei seiner dort wohnhaften Tante einnahm und bei dieser immer wieder übernachtete, meldeten ihn seine Eltern dort (als **Nebenwohnsitz**) an. Trotzdem verlangte die **Schulerhaltergemeinschaft** von den Eltern die **Bezahlung eines Schulerhaltungsbeitrages**, da sein **Hauptwohnsitz nicht in dieser Gemeinde** ist und die Gemeinde des Hauptwohnsitzes nicht bereit war, diesen Beitrag zu bezahlen (04 bMP-114).

Der LVA wies grundsätzlich darauf hin, dass die **Vorschreibung** eines **Schulerhaltungsbeitrages rechtswidrig** und der Besuch öffentlicher Pflichtschulen für alle Kinder **unentgeltlich** ist (siehe Kap 2.4.2.). Kinder haben **keinen Rechtsanspruch** auf den Besuch einer **sprengelfremden Schule**, können jedoch zugelassen werden, wenn dies nicht zu einer Klassenteilung führt. Der betreffende Schüler war ursprünglich unter der **Annahme** aufgenommen worden, dass die **Eltern oder die Wohnsitzgemeinde** den **Schulerhaltungsbeitrag bezahlen**.

Gemäß § 18a SchulerhaltungsG haben jene **Schulpflichtigen**, die **im Schulsprengel**, wenn **auch nur zum Zwecke des Schulbesuches, wohnen**, das **Recht auf den Besuch** der öffentlichen **Pflichtschule**. Diese gesetzliche Regelung stellt somit **nicht** auf den **Hauptwohnsitz** ab, sondern auf **einen Wohnsitz**, auch wenn dieser ausschließlich zum Schulbesuch begründet wird. Dies gilt etwa bei Aufnahme in ein **Internat**, aber auch in jenen Fällen, in denen ein Schüler **bei Verwandten** wohnt. Im konkreten Fall hatte dieser Schüler somit einen **Rechtsanspruch** auf Besuch dieser Hauptschule.

Die **Gemeinde** stellte sich auf den Standpunkt, eine **Vereinbarung** über **Bezahlung** eines **Schulerhaltungsbeitrages** sei im Falle des Besuches einer sprengelfremden Schule **zulässig** und die **pro forma Anmeldung** eines zweiten Wohnsitzes zur Umgehung **nicht ausreichend**. Sollten die Eltern Interesse am **weiteren Schulbesuch** ihres Sohnes haben, wäre dies **nur bei** Einhaltung der Vereinbarung über die **Bezahlung des Schulerhaltungsbeitrages** möglich; sonst müssten sie ihr Kind an eine Schule des Wohnsitzsprengels schicken.

Im Jahre **2005** wurde im Rahmen einer **Empfehlung** (05 EO-001) und nach Einschaltung der LReg sowie der Gemeindeaufsichtsbehörde **klar gestellt**, dass die Vorschreibung von Schulerhaltungsbeiträgen **rechtswidrig** ist und die **Zugehörigkeit** zu einem **Schulsprengel** auch durch Begründung eines **Wohnsitzes**, der **nicht Hauptwohnsitz** ist, entsteht. Nach dem klaren und jeden Zweifel ausschließenden Wortlaut des § 18a Abs 1 SchulerhaltungsG wird die Sprengelzugehörigkeit und damit der Rechtsanspruch auf die Aufnahme in die Schule **selbst dann** begründet, wenn die **Wohnsitznahme ausschließlich zum Zwecke des Schulbesuches** erfolgt. Unter Wohnen ist dabei der regelmäßige Aufenthalt einschließlich der Nächtigung während des Schuljahres zu verstehen. Im Ergebnis konnte der Schüler **ohne Bezahlung** eines Beitrages die **Schule weiter besuchen**.

2.6.9. Der Wunschkinderkarten kann doch noch besucht werden

Eine Mutter ersuchte um Aufnahme ihrer Tochter in den **nahe gelegenen Kindergarten**. Die Kinder aus der unmittelbaren Nachbarschaft und ihre **Freunde aus der Spielgruppe** würden diesen Kindergarten besuchen. Dennoch erhielt sie die Zusage für den Besuch eines **anderen Kindergartens**, zu dem ihre Tochter eine stark befahrene Landesstraße überqueren und einen **längeren Weg** zurück legen musste. Von der Gemeinde wurde ihr lediglich mitgeteilt, im Wunschkindergarten sei **kein Platz frei** (04 AuBe-300).

Auch wenn bei der Zuweisung von Kindergarten- und Betreuungsplätzen verschiedene Aspekte zu beachten sind, war die Nichtberücksichtigung der konkreten Umstände **nicht nachvollziehbar**. Der LVA ersuchte daher die Gemeinde im Sinne einer **bürgerfreundlichen Verwaltung**, die Möglichkeit der Zuweisung eines Betreuungsplatzes im Wunschkindergarten noch einmal zu **prüfen**.

Die **Gemeinde** begründete die Zuweisung der Tochter in den (nunmehr) weiter entfernten Kindergarten damit, dass sie bei der **Voranmeldung** noch **näher** bei diesem Kindergarten gewohnt habe. Nach der **Meldung des Umzuges** der Familie sei im Wunschkindergarten **kein Platz mehr frei** gewesen. Da durch einen weiteren Umzug aber wieder ein Platz frei geworden war, wurde dem **Wunsch** zum Besuch des näheren Kindergartens zusammen mit den Freunden aus der Spielgruppe **doch noch entsprochen**.

2.6.10. Durch Schneeräumung entstandener Schaden wurde doch noch ersetzt

Im Zuge einer Grundabtretung für einen Gehsteig hatte sich die **Gemeinde vertraglich verpflichtet**, die **Schneeräumung** auf dem **Gehsteig** zu übernehmen, und diese einem **Privatunternehmer** übertragen. Bei der Schneeräumung wurden die **Gartenmauer** sowie ein **Vermessungspunkt beschädigt** und große Mengen Schnee auf das Garagendach und gegen die Fenster geworfen, woraus weiterer Schaden entstand. Die **Gemeinde** wies jede Verantwortung von sich und **verwies auf den Unternehmer**, der jedoch ebenso wie seine Versicherung jede **Haftung ablehnte** (04 bMP-031).

Der LVA erinnerte die Gemeinde daran, dass sie auf Grund der vertraglichen Verpflichtung zur Schneeräumung auch für jene **Schäden haftet**, die ein von ihr beauftragter Unternehmer verursacht. Der **Bürgermeister** teilte kurz darauf mit, dass der betreffende Unternehmer schon seit 24 Jahren die Räumung durchführe, außer im letzten Winter habe es **nie Probleme** gegeben. Bei einer Besichtigung habe er **kaum Schäden festgestellt**, die erkennbaren Schäden könnten **nicht von der Schneeräumung** stammen. Im übrigen müssten gemäß **Straßengesetz Schneeeablagerungen** auf angrenzenden Grundstücken **geduldet** werden.

Die betroffene Familie war von der **Besichtigung** des Bürgermeisters **nicht informiert** worden, die von diesem genannten Schäden betreffen einen anderen Zaunabschnitt. Der LVA zeigte sich darüber verwundert, dass der **Augenschein ohne Verständigung** der geschädigten Anrainer stattgefunden hatte, und schlug eine **gemeinsame Besichtigung** der behaupteten Schäden **an Ort und Stelle** vor. An dieser sollten neben dem Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde und der betroffenen Familie auch der mit der Schneeräumung beauftragte Unternehmer und ein Vertreter der Haftpflichtversicherung teilnehmen. Damit könnte eine **außergerichtliche Klärung** erfolgen und ein **Gerichtsverfahren vermieden** werden, wenn die Gemeinde auf die Bürger zugeht und sich um eine Lösung dieses Problems ernsthaft bemüht.

In weiterer Folge kam es zu dem vom LVA vorgeschlagenen **gemeinsamen Ortsaugenschein** und auf dieser Basis zu einer **einvernehmlichen Lösung** zwischen den Straßenanrainern, der Gemeinde und dem Unternehmer zur **Behebung des Schadens**.

2.6.11. Nach Grundstückskauf von Kanalerschließungsbeitrag überrascht

Ein Ehepaar **kaufte 1999** ein gewidmetes und **erschlossenes Baugrundstück** und errichtete darauf ein Eigenheim. Erst Anfang des Jahres **2004** erfolgte die **Vorschreibung** des Kanalanschluss- (etwa € 2.800,--) und des **Kanalerschließungsbeitrages** (€ 1.100,--). Das Ehepaar überwies den Anschlussbeitrag, **lehnte** schriftlich jedoch die Bezahlung des **Erschließungsbeitrages** mit der Begründung ab, dass schon seit **1992** ein **Sammelkanal** im Einzugsbereich bestanden hätte und der **Abgabenanspruch** daher **verjährt** sei (04 bMP-033).

Die Stadtverwaltung informierte den LVA, dass dieses **formlose Schreiben** korrekterweise als **Berufung** gegen den Bescheid angesehen und der **Abgabenkommission vorgelegt** worden war.

Eine Überprüfung des Sachverhaltes ergab, dass der **Sammelkanal** für diesen Bereich **1993 fertig gestellt**, das **Grundstück** jedoch **erst** im Jahre **1999** in Baufläche **umgewidmet** worden war.

Gemäß § 13 Abs 3 KanalG entsteht der **Abgabenanspruch** mit **Betriebsfertigstellung** des Sammelkanals. Erfolgt dies jedoch **vor der Widmung** des Grundstückes als Baufläche, entsteht der Abgabenanspruch

erst mit **Rechtswirksamkeit der Widmung** (1999). Sollte die Liegenschaft nicht im durch die Verordnung bestimmten Einzugsbereich des Sammelkanals liegen, wäre die Vorschreibung des Erschließungsbeitrages aber erst mit **Bewilligung des Anschlusses** des Hauses an den Sammelkanal im Jahre 2000 entstanden (§ 13 Abs 4 KanalG). Unabhängig davon, ob eine Anschlusspflicht für dieses Grundstück bestanden hatte oder nicht, erfolgte die **Vorschreibung** jedenfalls **noch vor** der frühestens im Jahre 2005 eintretenden **Verjährung** und war daher **rechtmäßig**.

Die Frage, ob das Ehepaar **beim Kauf** des (zu diesem Zeitpunkt bereits erschlossenen) Grundstückes darauf **vertrauen** konnte, dass die Erschließungskosten bereits **vom Verkäufer bezahlt** waren, ist allerdings eine **zivilrechtliche Angelegenheit**. Diese ist **zwischen Käufer und Verkäufer**, mangels Zuständigkeit jedoch nicht vom LVA zu klären.

2.6.12. Ungerechtfertigte Vorschreibung von Kanalbenutzungsgebühren

Als ein Ehepaar in den **50-iger Jahren** sein **Eigenheim** baute, bestand noch **keine Kanalisation**. Auf **eigene Kosten errichtete** es einen **Kanal** samt 3-Kammer-**Kläranlage** und Kontrollschacht, von dem die vorgereinigten Abwässer **in ein öffentliches Gewässer** eingeleitet wurden.

Nach Errichtung **weiterer Häuser** in der Nachbarschaft schloss es wieder **auf eigene Kosten** seinen Kanal **mit dem Abwassersystem** dieser Häuser **zusammen**, da ein Anschluss an einen Sammelkanal immer noch nicht möglich war. Im Zuge der Planung für die Erweiterung des Kanalisationssystems und den Anschluss ihres sowie der umliegenden Häuser an das öffentliche Kanalnetz stellte es fest, dass nur sie **über 27 Jahre Kanalbenutzungsgebühren** (etwa € 5.000,--) **bezahlt** hatten, **andere** an dieses private Abwassersystem mit Vorreinigung und Ableitung in ein öffentliches Gewässer angeschlossene **Hauseigentümer jedoch nicht** (04 bMP-075).

Die **Gemeinde** sah die **Vorschreibung** zunächst als **rechtmäßig** an. Der vom Ehepaar privat errichtete Kanal führe **nicht direkt in** das öffentliche **Gewässer**, sondern **über einen anderen Kanal**. Auch dieser sei **von Anrainern privat errichtet** worden, im Laufe der Jahre jedoch sukzessive **in das Eigentum der Gemeinde übergegangen** und werde seit etlichen Jahren **von der Gemeinde instand gehalten**. Aus diesem Grunde sei die Vorschreibung von Kanalbenutzungsgebühren gerechtfertigt gewesen. Die Bewohner einer angrenzenden Siedlung würden hingegen die (vorgereinigten) Abwässer über einen Privatkanal direkt in das öffentliche Gewässer leiten, sodass zu Recht von diesen kein Kanalbenutzungsbeitrag verlangt werden dürfe.

Nach intensiven Recherchen, einer umfangreichen Korrespondenz und persönlichen Besprechungen mit den betroffenen Bürgern sowie den Verantwortlichen der Gemeinde konnte schließlich festgestellt werden, dass dieser nun im Eigentum der Gemeinde stehende **frühere Privatkanal** nachweislich **erst seit 10 bis 12 Jahren von der Gemeinde instand gehalten** wird. Die Vorschreibung einer **Kanalbenutzungsgebühr** in den letzten Jahren war damit zu Recht erfolgt, in den Jahren **zuvor** jedoch **ohne Rechtsgrundlage**. Auch wenn formalrechtlich ein **Rückforderungsanspruch** für diese Jahre bereits **verjährt** und somit eine Rückzahlung juristisch nicht durchsetzbar war, erklärte sich die Gemeinde zu einer **freiwilligen Rückzahlung** in Höhe von € 2.500,-- bereit. Dies stellte das betroffene Ehepaar zwar nicht zur Gänze zufrieden, wurde angesichts der Rechtslage jedoch **akzeptiert**.

2.6.13. Gemeindeabgaben rechtswidrig durch Inkassobüro eingetrieben

Der **Ehegatte** einer Hauseigentümerin hatte sich bisher um die finanziellen Angelegenheiten gekümmert, begann aber die einlaufenden **Rechnungen** der Gemeinde für Wasser, Kanal, Müll etc **wegzuwerfen** statt sie zu bezahlen. Als sich die **Rückstände** schließlich auf € 1.099,-- beliefen, übergab die **Gemeinde** die **Eintreibung** einem **Inkassobüro**. Dieses machte nach Mahnungen unter **Androhung** einer **gerichtlichen Klage** mit Zinsen und Gebühren € 1.648,79 geltend. Die betroffene Bürgerin sah ein, dass das Verschulden am **Zahlungsverzug** zwar nicht sie persönlich traf, aber auf ihrer Seite lag, und wollte die offenen Verbindlichkeiten im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bezahlen. Die **Forderung** des Inkassobüros, die **50% über den offenen Gemeindeverbindlichkeiten** lag, erschien ihr aber überhöht, auch seien inzwischen erfolgte Zahlungen nicht berücksichtigt worden (04 bMP-106).

Nachdem sie vom LVA die **Rechtsauskunft** erhalten hatte, dass die **Geltendmachung** durch ein **Inkassobüro rechtswidrig** ist, wandte sie sich noch einmal an das Gemeindeamt, um die Verbindlichkeiten **direkt** an die Gemeinde zu **bezahlen**. Dort erhielt sie jedoch die Auskunft, die Gemeinde dürfe **keine Zahlungen mehr annehmen**, diese müssten an das Inkassobüro erfolgen.

Der LVA wies die Gemeinde, bei allem Verständnis für die Bemühungen um Eintreibung offener Abgabeverbindlichkeiten, auf die **Rechtswidrigkeit der Vorgangsweise** hin. Das **Abgabenverfahrensgesetz** regelt ausdrücklich, wie **Abgaben zu betreiben** sind, so in § 90 (Säumniszuschlag), § 94 (Mahnung), § 95 (Mahnggebühr), § 96 (Rückstandsabweisung) und § 97 ff (Vollstreckung). Die Gemeinde wurde aufgefordert, die **weitere Betreibung** von **Gemeindeabgaben** durch das **Inkassobüro** zu **unterbinden** und direkt mit der Gemeindebürgerin die Zahlung der offenen Verbindlichkeiten zu regeln und insbesondere bei der Kanalschließungsgebühr ($\frac{3}{4}$ der offenen Verbindlichkeiten) die Möglichkeit einer Ratenzahlung zu prüfen.

Nach zwei schriftlichen Urzügen teilte die Gemeinde mit, dass nach Bezahlung von € 500,-- und Berücksichtigung aller Zahlungen auf dem Abgabenkonto nur noch € 440,-- aushafteten und die Gemeinde **veranlasst** habe, dass die **Inkassokosten** zur Gänze **storniert** werden. Anstelle dieser Fremdkosten würden künftig die der Gemeinde zustehenden Nebengebühren nach dem Abgabenverfahrensgesetz (Säumniszuschlag, Mahnggebühr) geltend gemacht werden, von deren Einhebung die Gemeinde bisher Abstand genommen habe.

Der Bürgerin wurde diese **erfreuliche Mitteilung** einschließlich des **Entgegenkommens** der Gemeinde, auch auf die gesetzlich vorgesehenen **Zuschläge zu verzichten**, mitgeteilt. Gleichzeitig wurde sie jedoch aufgefordert, künftig trotz aller persönlichen Schwierigkeiten dafür Sorge zu tragen, dass keine Abgabenrückstände mehr entstehen.

2.6.14. Übereifrige und verordnungswidrige Vorschreibung von Friedhofsgebühren

Schon am **Tag der Beerdigung** seiner Mutter erhielt ein Bürger die **Rechnung der Gemeinde** für die Grabstätte. Obwohl das **Familiengrab bis 2014 bezahlt** war und die Mindestruhezeit gemäß Friedhofsordnung (14 Jahre) nur knapp 3 Jahre darüber hinaus reichte, schrieb die Stadtgemeinde die **Friedhofsgebühren für weitere 15 Jahre** ab 2014, somit **bis 2029** vor. Der betroffene Bürger fand die Zustellung der Rechnung am Tag des Begräbnisses **pietätlos** und regte die **Änderung der Friedhofsordnung** an, da ihm die **Verlängerung** um weitere 15 Jahre **nicht gerechtfertigt** erschien (03 AnVe-008).

Der **Bürgermeister entschuldigte sich** schriftlich für die **übereilte Vorschreibung** der Gebühren. Es habe sich um ein **Versehen** gehandelt, weil zufällig am Vortag der Beerdigung Rechnungen über 372 Grabverlängerungen versandt worden seien.

Zur **Verlängerung** der **Grabstätten-Berechtigung** erklärte die Stadtverwaltung, gemäß Friedhofsordnung sei für **Sondergräber** jeweils eine Verlängerung für **15 Jahre vorgesehen**. Eine Verlängerung erfolge nur dann, wenn die Mindestruhezeit durch das erstmalige Benützungsrecht von 25 Jahren nicht mehr abgedeckt ist. Auf **Wunsch** des betroffenen Bürgers werde die Verlängerung jedoch **nur bis zum Ende der Mindestruhezeit** vorgenommen.

Trotz dieses „Entgegenkommens“ wies der LVA im Zuge einer amtswegigen Prüfung (04 aMP-007) zu den Rechtsausführungen der Stadtverwaltung darauf hin, dass die **Bestimmung** über die **Verlängerung** des **Benützungsrechtes** jedenfalls bis zum Ablauf der Mindestruhezeit **allgemein formuliert** ist und somit sowohl für Reihengräber als **auch für Sondergräber** gilt. Die Friedhofsordnung sieht lediglich vor, dass bei Sondergräbern **auf Antrag** das Benützungsrecht um jeweils **15 Jahre verlängert** werden kann.

In **korrekter Auslegung der Verordnung** ist daher auch bei **Sondergräbern**, sofern kein ausdrücklicher Antrag vorliegt, lediglich eine Verlängerung bis zum Ablauf der Mindestruhezeit vorgesehen und **keine automatische Verlängerung von 15 Jahren**, wie von der Friedhofsverwaltung üblicherweise vorgenommen. Der LVA regte an, den Mitarbeitern der Friedhofsverwaltung die korrekte Auslegung der Friedhofsordnung darzulegen, damit sie **Angehörige** von Verstorbenen künftig **richtig informieren** und diese selbst entscheiden lassen, ob sie eine Verlängerung von 15 Jahren wünschen oder nicht.

2.6.15. Anbringung eines Sterbebildes auf der Grabplatte verboten

Nachdem seine Gattin in einem **Urnengrab** bestattet worden war, wollte der Witwer auf der Grabplatte ein **Bild der Verstorbenen** anbringen lassen. Nach einer ersten **Ablehnung** wandte er sich mit diesem Wunsch an die Gemeinde, die ihn schriftlich mit einem einzigen Satz ablehnte: „Laut § 3 der **Friedhofsverordnung** – Urnenfeld – ist es **nicht gestattet**, ein **Sterbebild anzubringen**.“ Nach Hinweis des Witwers, dass die Verordnung keinerlei Bestimmung über das Anbringen von Bildern enthalte, teilte die Gemeinde mit, die **Interpretation der Verordnung** falle **in ihre Zuständigkeit**. Bei Erstellung der Friedhofsordnung sei es die **Intention** gewesen, dass **keine Bilder an Urnengrabplatten** angebracht werden dürfen. Sollte die Friedhofsordnung zu wenig präzise sein, werde sie demnächst in diesem Sinne geändert (04 bMP-036).

Der LVA stellte fest, dass der **Friedhofsordnung tatsächlich kein Verbot** zu entnehmen war, an Urnengrabplatten **Bilder anzubringen**. Dieses Verbot war somit **nicht eine Interpretation** der Friedhofsordnung, sondern eine darin **nicht gedeckte Festlegung** der Verwaltung. Auch ist auf vielen Friedhöfen im Land das **Anbringen von Bildern** der Verstorbenen **üblich** und erscheint es **nicht nachvollziehbar, warum** es gerade in dieser Gemeinde **verboten** ist. Auch sollte in solch **sensiblen Fragen** - soweit nicht das Gesamtbild wesentlich gestört wird, was durch das Anbringen eines Sterbebildes kaum anzunehmen ist – dem **Wunsch der** vom Tod eines Angehörigen **Betroffenen größeres Gewicht** zukommen als den **subjektiven Vorstellungen** von Friedhofsverwaltern über die **einheitliche Gestaltung** von Grabstätten.

Die **Gemeinde** betonte ihr Bestreben, den **Gesamteindruck der Friedhofsanlage** zu **erhalten** und störende Elemente fern zu halten. Wenn die Anbringung von Bildern nicht in einer den Eindruck störenden Größe geschehe, sondern in der vom Witwer skizzierten Form und plangleich mit der Oberfläche der Urnenplatte, könne davon ausgegangen werden, dass der Gesamteindruck nicht gestört wird. Der Witwer **durfte** daher die **Urnensplatte** wie gewünscht **mit einem Bild** seiner Gattin ausführen.

3. Anhang: Gesetzliche Grundlagen

3.1. Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug) ¹

Artikel 59

Bestellung eines Landesvolksanwaltes, Aufgaben

(1) Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

(2) Jedermann kann beim Landesvolksanwalt Auskünfte in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes einholen und Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen.

(3) Jedermann kann sich beim Landesvolksanwalt wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und soweit ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede solche Beschwerde ist vom Landesvolksanwalt zu prüfen. Dem Beschwerdeführer ist das Ergebnis des Prüfungsverfahrens mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen.

(5) Der Landesvolksanwalt leitet die ihm vorgetragene Anregungen und jene Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die in Betracht kommenden Organe weiter. Er kann dieser Mitteilung eine Äußerung anfügen.

(6) Der Landesvolksanwalt erstattet dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht.

Artikel 60

Empfehlungen des Landesvolksanwaltes, Unterstützung seiner Tätigkeit, Anrufung des Verfassungsgerichtshofes

(1) Der Landesvolksanwalt kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des aus Anlass eines bestimmten Falles geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen erteilen. Dieses Organ hat den Empfehlungen binnen zwei Monaten zu entsprechen oder zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird.

(2) Auf Antrag des Landesvolksanwaltes erkennt der Verfassungsgerichtshof über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind.

(3) Entstehen zwischen dem Landesvolksanwalt und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit des Landesvolksanwaltes, so entscheidet hierüber der Verfassungsgerichtshof in nichtöffentlicher Verhandlung auf Antrag der Landesregierung oder des Landesvolksanwaltes.

(4) Alle Organe des Bundes, des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Amtshilfe zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit besteht gegenüber dem Landesvolksanwalt nicht. Dieser unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er herangetreten ist.

Artikel 61

Wahl und Amtsperiode des Landesvolksanwaltes, Unvereinbarkeiten, Büro und Geschäftsführung

(1) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Seine Amtsperiode beträgt sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(2) Ist der Landesvolksanwalt länger als einen Monat verhindert, so wählt der Landtag für die Dauer der Verhinderung einen Stellvertreter. Dauert die Verhinderung länger als sechs Monate oder ist die Stelle dauernd erledigt, so findet unverzüglich eine Neuwahl statt.

(3) Der Landesvolksanwalt muss zum Landtag wählbar sein. Während der Amtsperiode darf der Landesvolksanwalt weder der Bundesregierung noch einer Landesregierung, noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören, noch Bürgermeister sein. Auch darf er keinen anderen Beruf ausüben.

(4) Das Land stellt dem Landesvolksanwalt für seine Tätigkeit und für den notwendigen Personal- und Sachaufwand die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

¹ LGBL.Nr.9/1999 idF 33/2001, 14/2004, 43/2004

3.2. Gesetz über den Landesvolksanwalt ²

§ 1 Allgemeines

Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

§ 2 Aufgaben des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt hat jeden, der dies verlangt, in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen. Er kann Ratschläge in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch an die Allgemeinheit richten.

(2) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden über behauptete Missstände in der Verwaltung des Landes zu prüfen, wenn der Beschwerdeführer von dem behaupteten Missstand betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel dagegen nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht.

(3) Der Landesvolksanwalt kann von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen prüfen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes entgegenzunehmen.

(5) Zur Verwaltung des Landes im Sinne dieser Bestimmung zählen

- a) alle Verwaltungsangelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes einschließlich der Tätigkeit des Landes als Träger von Privatrechten, die von Organen des Landes selbst oder von anderen Rechtspersonen im Auftrag des Landes besorgt werden,
- b) die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, soweit er Angelegenheiten aus dem Bereich der Landesvollziehung umfasst, und die Tätigkeit der Gemeinden als Träger von Privatrechten.

§ 3 Verfahren

(1) Das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt soll für die Ratsuchenden und die Beschwerdeführer möglichst einfach sein.

(2) Der Landesvolksanwalt kann aus Anlass eines Verfahrens zur Prüfung von Missständen dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte Missstand so weit als möglich beseitigt und künftig vermieden werden kann. Dieses Organ hat den Empfehlungen des Landesvolksanwaltes möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten, zu entsprechen und dies dem Landesvolksanwalt mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird. An Organe der Gemeinden gerichtete Empfehlungen sind der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen.

(3) Im Verfahren zur Prüfung von Missständen, die auf Grund von Beschwerden eingeleitet wurden, hat der Landesvolksanwalt den Beschwerdeführern, soweit dem nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen, das Ergebnis des Prüfungsverfahrens und die für den bestimmten Fall getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die zuständigen gleichartigen Einrichtungen des Bundes oder der anderen Länder weiterzuleiten.

(5) Der Landesvolksanwalt hat die ihm vorgetragenen Anregungen betreffend die Gesetzgebung des Landes an den Landtag weiterzuleiten. Anregungen betreffend die Verwaltung sind in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. a an die Landesregierung, in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. b an den betreffenden Gemeindevorstand weiterzugeben.

(6) Die §§ 7, 10, 13, 14, 16, 18 Abs. 1 und 4, 21, 22, 45 Abs. 1 und 2 sowie die §§ 46 bis 55 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes sind auf das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt sinngemäß anzuwenden.

§ 4 Sprechtage

Der Landesvolksanwalt ist verpflichtet, bei Bedarf auch außerhalb seines Amtssitzes Sprechtage abzuhalten. Dabei hat er auf eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller Landesteile Bedacht zu nehmen.

² LGBl.Nr. 29/1985 idF 14/1987, 7/1998, 44/2000, 23/2001, 58/2001

§ 5 Abgaben- und Gebührenfreiheit

Für Amtshandlungen des Landesvolksanwaltes sind keine Landesverwaltungsabgaben zu entrichten. Eingaben an den Landesvolksanwalt und alle sonstigen Schriften, die zur Verwendung in einem Verfahren vor dem Landesvolksanwalt ausgestellt werden, sind von den Stempelgebühren befreit.

§ 6 Berichte des Landesvolksanwaltes³

(1) Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht zu erstatten. Der Jahresbericht ist gleichzeitig mit der Vorlage an den Landtag der Landesregierung zu übermitteln.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in Abständen von jeweils vier Monaten dem Volksanwaltsausschuss des Landtages über die an ihn herangetragenen Beschwerden und über die Ergebnisse der von ihm durchgeführten Prüfungsverfahren schriftlich oder mündlich zu berichten.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, an Sitzungen des Landtages und des Volksanwaltsausschusses, in denen Berichte des Landesvolksanwaltes behandelt werden, mit beratender Stimme teilzunehmen. Er hat dem Landtag und dem Volksanwaltsausschuss über Verlangen alle zur Behandlung seiner Berichte erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat den Jahresbericht und schriftliche Berichte nach Abs. 2 dem Präsidenten des Landtages zu übergeben. Dieser hat sie den Mitgliedern des Landtages unverzüglich zuzuleiten. Vorher dürfen diese Berichte – vorbehaltlich der Übermittlung des Jahresberichtes an die Landesregierung (Abs. 1) – anderen Personen nicht zugänglich gemacht werden.

§ 6a Öffentliche Ausschreibung, Anhörung der Bewerber⁴

Der Wahl des Landesvolksanwaltes hat eine öffentliche Ausschreibung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg und in den Tageszeitungen, deren Verlagsort in Vorarlberg liegt, voranzugehen. Ferner ist vor der Wahl im Volksanwaltsausschuss eine Anhörung der zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber um das Amt des Landesvolksanwaltes durchzuführen.

§ 7 Büro des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt hat an seinem Amtssitz ein Büro einzurichten. Er hat das zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendige Personal zu bestellen und für die sachliche Ausstattung des Büros zu sorgen.

(2) Dem Landesvolksanwalt steht das Leitungs- und Weisungsrecht gegenüber dem Personal des Büros zu.

(3) Das Personal des Büros hat die ihm vom Landesvolksanwalt zugewiesenen vorbereitenden Arbeiten und sonstigen Hilfstätigkeiten zu erledigen. Der Landesvolksanwalt kann Angehörige des Büros damit betrauen, in seinem Namen Amtshandlungen von geringerer Bedeutung zu besorgen. Eine derartige Betrauung bedarf der Schriftform. Im Falle der Befangenheit hat der Leiter des Büros den Landesvolksanwalt zu vertreten.

§ 8 Haushalt

(1) Den für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes anfallenden Personal- und Sachaufwand hat das Land zu tragen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat jährlich einen auf seinen Bereich beschränkten Voranschlagsentwurf zu verfassen und der Landesregierung zur Berücksichtigung bei der Erstellung des Landesvoranschlagsentwurfes zu übermitteln. Desgleichen hat er der Landesregierung zur Aufnahme in den Rechnungsabschluss eine Abrechnung über die tatsächlichen Aufwendungen vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, über die im Landesvoranschlag für seinen Bereich vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben zu verfügen. Davon ausgenommen sind die im § 9 geregelten Angelegenheiten.

§ 9

Bezüge⁵

(1) Der Monatsbezug des Landesvolksanwaltes beträgt 8.850,39 Euro.

(2) Für den Landesvolksanwalt gelten die Bestimmungen des Bezügegesetzes 1998 für Mitglieder der Landesregierung. Soweit der 5. Abschnitt des Bezügegesetzes 1998 auf das Landes-Bezügegesetz verweist, ist in Verbindung mit diesem der § 9 des Gesetzes über den Landesvolksanwalt in der Fassung LGBL.Nr. 29/1985 heranzuziehen. Ein Ruhebezug fällt jedoch frühestens mit der Vollendung von 61 Lebensjahren und sechs Monaten an.

³ idF LGBL.Nr. 44/2000

⁴ idF LGBL.Nr. 14/1987

⁵ idF LGBL.Nr. 7/1998, 23/2001, 58/2001